

plattform

Informationen aus
dem Programm

Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern
des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW

Wohnungsnotfallhilfe mit System Das Zauberwort Zusammenarbeit 2

Ein kurzer Überblick über die Kooperation im NRW-Landesprogramm 4 Interview zur

Bielefelder Wohnungsversorgung im Verbund 7 Trägerübergreifende Kooperation für

wohnungslose Menschen in Duisburg 13 Offene Szene in Solingen ist Stein des Anstoßes

für Kooperation 18 2mal Kooperation zwischen Wohnungswirtschaft und Sozialarbeit in

Essen 25 Zusammenarbeit per Mausclick ;-) WoNET in Rheine 31 Krankenpflege als

Bindeglied im Hilfesystem Mühlheim a.d.R 34 Das EU-Projekt COOP 41 Fazit 45

Tagungsberichte 46 **Hinweise** 48 **Ausblick** 49

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Hilfe mit System – so heißt die aktuelle Plattform, die wir Ihnen mit dieser Ausgabe erstmals im neuen NRW Design präsentieren. Das Thema ist naheliegend für das Landesprogramm des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW, da hier Kooperation eine Förderbedingung ist. Daher beleuchten wir in dieser Ausgabe Kooperationen im Querschnitt zu Zielgruppen, Angeboten und Methoden der Wohnungsnotfallhilfe.

Um Kooperation praxisnah darzustellen, hat die Programmgeschäftsstelle in drei Gesprächsrunden Kooperationspartner/-innen in Solingen, Mülheim a.d.R. und Bielefeld befragt. Zwei Gastartikel schildern die Kooperation in Duisburg und im europäischen Vergleich. Kooperation per Mausclick praktiziert der Caritasverband Rheine e.V. mit WoNET. Außerdem stellen wir Ihnen zwei Projektmitarbeiter aus Essen vor, die dort die Zusammenarbeit von Sozialarbeit und Wohnungswirtschaft in unterschiedlicher Nähe erproben.

Wie gewohnt bietet die Plattform außerdem Informationen zu Tagungen, neuen Projekten und den Aktivitäten der Programmgeschäftsstelle. Interessante Erkenntnisse bei der Lektüre wünscht Ihnen das Team der Programmgeschäftsstelle.

Das Zauberwort Zusammenarbeit



Foto: Anna-Krystina Keller

landet sind. Dieses strukturelle Defizit der Wohnungsnotfallhilfe ist in den rechtlichen Grundlagen und der Finanzierung der Hilfen begründet. Die aktuelle Hilfesystemforschung im Forschungsverbund Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen stellt fest, dass vielerorts bereits organisatorische Veränderungen vorgenommen werden, um traditionelle Trennlinien aufzuheben. „Oftmals sind aber auch noch deutliche Schnittstellen zwischen verschiedenen

Organisationseinheiten erkennbar (...)“ (Volker Busch-Geertsema, Ekke-Ulf Ruhstrat, Bremen, 2003, S. 106).

Kooperation ist schon länger ein Zauberwort, das zur Überlagerung der Schnittstellen angewendet wird. Durch Kooperation lässt sich eine integrierte Wohnungsnotfallhilfe umsetzen, die das Potenzial hat, Wohnungsnot umfassend zu bearbeiten, so der Konsens. Aber Kooperation umzusetzen kann auch

Tab. 1: Kooperation ist je nach örtlicher Situation ...

Die Wohnungsnotfallhilfe ist traditionell stark segmentiert. Nach dem Motto: **Jeder tut, was er kann!** setzen die öffentlichen und Freien Träger der Wohlfahrtspflege ihre Ressourcen in getrennten Zuständigkeitsbereichen ein und im Idealfall ergibt sich eine sinnvolle inhaltliche und organisatorische Arbeitsteilung.

Problematisch wird diese Arbeitsteilung dann, wenn doppelte Zuständigkeiten oder Lücken im Hilfesystem entstehen. Wenn Menschen nicht von Hilfen erreicht werden, weil sie (zufällig) in dem einen oder anderen Hilfesegment ge-

Kooperation ist je nach örtlicher Situation ...			
schriftlich fixiert	----- <input checked="" type="checkbox"/>	-----	mündlich vereinbart
für ein Projekt	----- <input checked="" type="checkbox"/>	-----	auf Dauer angelegt
innerhalb eines Trägers	----- <input checked="" type="checkbox"/>	-----	mit mehreren Partnern
für alle Fälle	----- <input checked="" type="checkbox"/>	-----	für Einzelfälle
auch mit Bürger/-innen	----- <input checked="" type="checkbox"/>	-----	nur mit Profis
per Vertrag geregelt	----- <input checked="" type="checkbox"/>	-----	mit Handschlag
der große Wurf	----- <input checked="" type="checkbox"/>	-----	ein kleiner Schritt
für Geld	----- <input checked="" type="checkbox"/>	-----	und gute Worte
nur Wohnungsnotfallhilfe	----- <input checked="" type="checkbox"/>	-----	darüber hinausgehend
Platz für Ihr Kooperationsmerkmal:			
	----- <input checked="" type="checkbox"/>	-----	

schwierig sein. Widerstreitende Interessen, Konkurrenz, Hierarchie, rechtliche Hürden, Unkenntnis und persönliche Antipathie können Hindernisse in der Zusammenarbeit sein. Auch die BAG Wohnungslosenhilfe fordert zur Überwindung dieser Probleme und damit zur Kooperation auf: „Wir setzen uns dafür ein, die Hilfeangebote für Wohnungslose stärker miteinander zu vernetzen und partnerschaftlich gestaltete Hilfe- und Versorgungsverbände zu entwickeln.“ (BAG W, 2001, S. 42).

Die Gestalt solcher Hilfeverbände ist in Abhängigkeit zur lokalen Situation verschieden und selten statisch. Denn Kooperation ist keine Qualität an sich. Angemessen eingesetzt, mit den richtigen Partnern und dem Anlass entsprechend gestaltet, erweitert Kooperation das vorhandene Handlungsspektrum der einzelnen Akteure und setzt neue, zusätzliche Ressourcen frei. Die Intensität der Kooperationen in der Wohnungsnotfallhilfe reicht von der zufälligen, einzelfallbezogenen Abstimmung bis zum strategisch zusammen gesetzten Gesamthilfesystem.

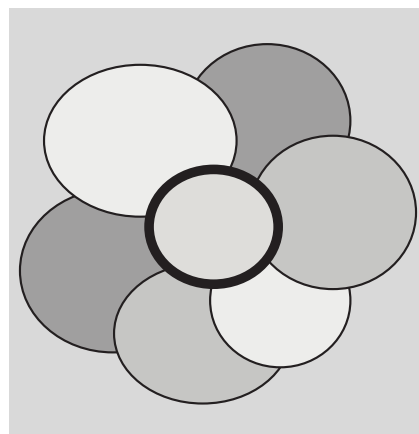
Diese Plattform möchte Ihnen aktuelle Beispiele für gelingende Kooperationen zwischen Kommunen, Freien Trägern, Wohnungsunternehmen und angrenzenden Hilfen vorstellen. Gemein ist den vorgestellten Projekten nicht nur, dass sie vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW im Programm *Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern* unterstützt wurden bzw. werden. Auf ganz unterschiedlichen Maßstabebenen versuchen die Akteure in allen Beispielen, systematisch die vorhandenen Hilfen zusammenzuführen und Synergien zu erzeugen. Hilfe mit System heißt deswegen auch diese Ausgabe der Plattform.

Blüte, Netz, Zelle - Kooperationsmodelle

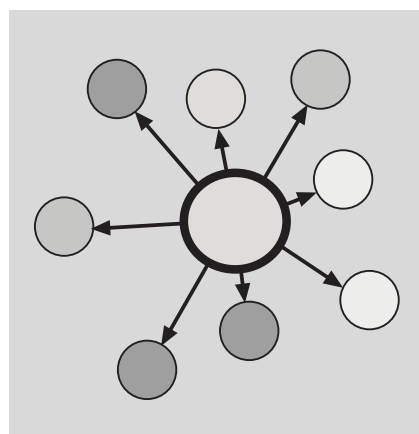
Die Form der Zusammenarbeit lässt sich umfangreich beschreiben, manchmal sagt aber auch ein Bild mehr aus. Deshalb haben wir drei beispielhafte Kooperationsmodelle entwickelt, anhand derer einige der in dieser Plattform vorgestellten Beispiele charakterisiert wer-

den können. Die Gesprächsrunden haben wir gebeten, ihre lokale Kooperation mit Hilfe einer der drei Grafiken genauer zu beschreiben. Die einzelnen Kooperationsmodelle (Blüte, Netz und Zelle) konnten dafür auch gemischt, verändert oder ganz abgelehnt werden.

Die Blüte hat einen Kern, um den herum sich die Kooperationspartner sammeln. Ohne den Kern würde die Zusammenarbeit kaum funktionieren, auch wenn einzelne Akteure sich in ihren Handlungsfeldern überschneiden und untereinander vernetzt sind. Die Blüte ist eine kompakte Kooperationsform. Es ist eine Kooperationsform, bei der die einzelnen Partner und deren Hilfen vom Zentrum ge- und verbunden werden. Die daraus entstehende enge Bindung muss nicht dauerhaft sein, sondern kann sich auch immer wieder im konkreten Fall formieren.



Das Netz hat ebenfalls ein Zentrum, von dem alles ausgeht. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Kooperationspartnern sind lose. Alle Aktivität und auch die Steuerung geht von dem Nukleus der Zusammenarbeit aus.



Möglicherweise entwickeln sich neue Kooperationsbeziehungen zwischen den Partnern. Aber auch diese gestalten sich eher face to face als am Runden Tisch.

Die Zelle ist ein „loser Haufen“, den ein Rahmen zusammen hält. Hierarchien und statische Rollenzuweisung gibt es (offiziell) nicht. Statt dessen bringen sich die Kooperationspartner mal mehr (großer Kreis) mal weniger intensiv ein. Eingerahmt wird das ganze von einem gemeinsamen Ziel, einem gemeinsamen Dach oder einem Verbund.

(se)

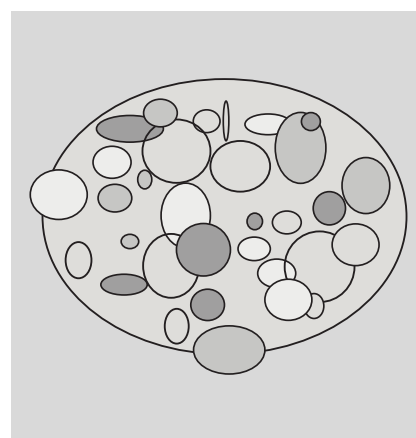


Abb. 3: Zellenmodell

Abb. 1: Blütenmodell

Literatur

- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (Hrsg.): Für eine bürger- und gemeindenahe Wohnungslosenhilfe, Grundsatzprogramm, Bielefeld, 2001
- Volker Busch-Geertsema, Ekke-Ulf Ruhstrat: Aktuelle Entwicklungen bei den Hilfen in Wohnungsnotfällen, erster Zwischenbericht Hilfesystemforschung, auf www.giss-er.de/texte.html Bremen, 2003

Abb. 2: Netzmodell

Kooperation im NRW-Landesprogramm ... ein kurzer Überblick

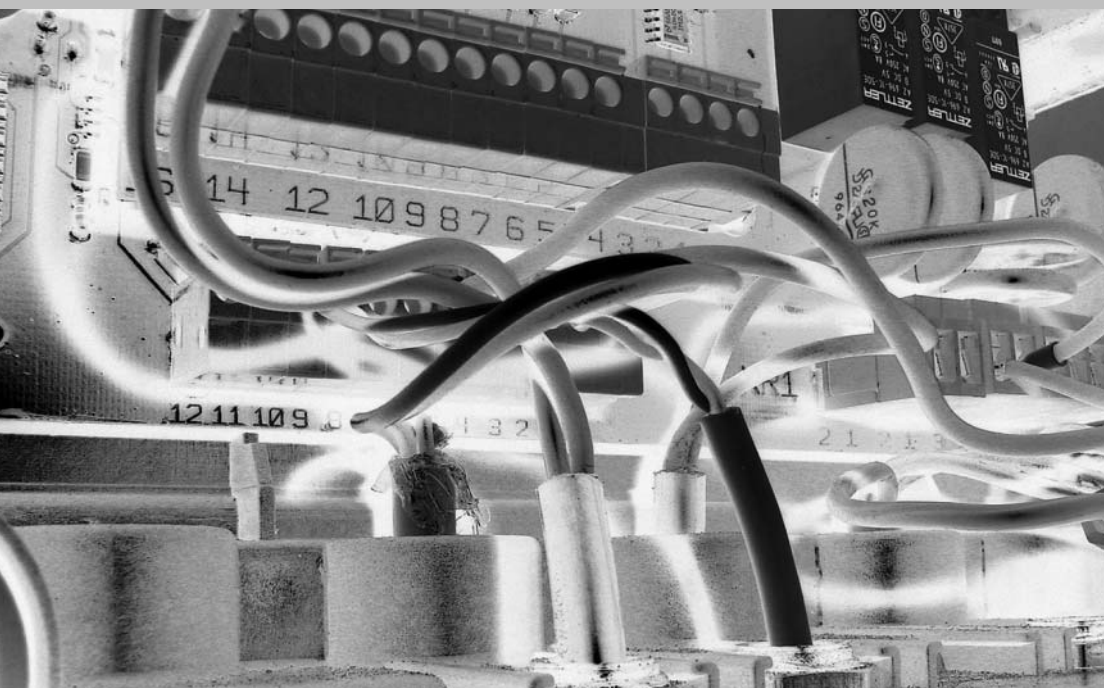


Foto: Thomas Milosek

Das NRW-Landesprogramm *Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern* gibt durch beispielhafte Projekte einen Anstoß zur Weiterentwicklung der Hilfen für Menschen in Wohnungsnot. Ein Grundprinzip ist hierbei die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den relevanten Akteuren in diesem Feld.

Damit soll erreicht werden, dass einzelne modellhafte Arbeitsansätze auf einer breiten Basis aus Trägern gründen. Ein vernetztes Hilfeangebot gewährt außerdem die lückenlose und somit nachhaltige Hilfe im Wohnungsnotfall. So ist es Förderbedingung in einigen Bausteinen des NRW-Landesprogramms, dass verbind-

liche Kooperationen z. B. mit einem Wohnungsunternehmen nachgewiesen sind.

Seit seinem Start im Jahr 1996 hat das Landesprogramm *Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern* in über 100 Projekten vielfältige Partnerschaften vor allem zwischen Kommunen, Freien Trägern und Wohnungsunternehmen initiiert. Zusammengefasst wird oft in unterschiedlicher Intensität, Organisationsform und mit verschiedenen Zielsetzungen. Das Spektrum reicht von der einzelfallbezogenen Zusammenarbeit bis zum vertraglich vereinbarten Gesamthilfesystem.

Kooperation lebt von den handelnden Personen, der gegenseitigen Wertschätzung der Arbeit und Kompetenz des anderen. Die vielfältigen Kooperationsmodelle, die im Rahmen des NRW-Landesprogramms entstehen, sind häufig ein Anfang. Sie können in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde eine beispielhafte Funktion übernehmen und Anstoß für ein Bündnis gegen Wohnungsnot sein. Sie erhöhen den Wirkungsgrad der Hilfen und schaffen eine neue Qualität interdisziplinärer Arbeit vor Ort.

Die Zentrale Fachstelle ist Kooperation

Die Zentrale Fachstelle ist die kommunale Steuerungseinheit für den koordinierten Einsatz der zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Prävention und Sicherung der Wohnungsversorgung. Die Fachstelle selbst existiert nur im Zusammenschluss traditionell von einander getrennter Aufgabenbereiche. Sie ist damit vorbildlich für die innerkommunale Kooperation. Weil sie die alleinige Verantwortung für die kommunale Wohnungsnotfallhilfe trägt, gehen von ihr im Idealfall außerdem Kooperationsbeziehungen zu allen anderen Akteuren im Hilfesystem für Wohnungsnotfälle aus.

In ihren Kooperationsbestrebungen haben die Zentralen Fachstellen des NRW-Landesprogramms immer zuerst den schnellen Informationsfluss als Frühwarnsystem über drohende Wohnungsverluste im Auge. Dafür werden verwaltungsinterne Arbeitsgruppen genutzt und gemeinsame Runden mit den

fallübergreifende Kooperationsvereinbarungen oder Leistungsverträge mit Freien Trägern abgesichert. Die Zentralen Fachstellen machen sich bei solchen Vorhaben das Expertenwissen, die Zugänge und die Erfahrungen der Wohnungslosenhilfe zu Nutzen. Vielerorts ist aus projektbezogener Zusammenarbeit eine verbindliche Kooperation zwischen Fachstelle und Freien Trägern geworden.

Oft fungieren Zentrale Fachstellen auch als Motor für Kooperation in Handlungsbereichen, die über die Wohnungsnotfallprävention im Einzelfall hinaus gehen. Dazu gehören sozialraumbezogene Runden wie zum Beispiel das Stadtteilforum in Duisburg Fahrn, das von der Zentralen Fachstelle auf Grund einer Häufung von Wohnungsnotfällen im Stadtteil initiiert wurde. Thematische Kooperationen in angrenzenden Themen wie z. B. der Gesundheit, in der Stadtplanung oder mit Schulen finden sich ebenfalls im Aufgabenspektrum mancher Fachstelle.

nächst in das Profil der Träger ein. Durch die Abgrenzung der Projekte gegenüber den bestehenden trägereigenen Angeboten werden Stärken und Schwächen der bisherigen Arbeit deutlich. Einzelne projektgebundene Arbeitsfelder haben sich dabei als sinnvolle Ergänzung der trägereigenen Angebote erwiesen und konnten verstetigt werden. Dies gilt vor allem für die aufsuchende Krankenpflege, die meist in multiprofessionelle Teams von Pflege, Straßensozialarbeit und medizinischer Versorgung integriert ist.

Kooperationen werden auch außerhalb des eigenen Trägers geschaffen. Das Feld der Partner umfasst beispielhaft: Drogenhilfe, Schuldnerberatung, den Allgemeinen Sozialen Dienst, Familienhilfe, Jugendhilfe, Frauenhäuser sowie Arzt/-innen und Krankenhäuser oder Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger. Hier greifen die Projekte des NRW-Landesprogramms auf etablierte Kooperationen innerhalb lokaler Trägerstrukturen zurück und erneuern bzw. stärken diese.

Träger von Projekten im NRW-Landesprogramm (04)

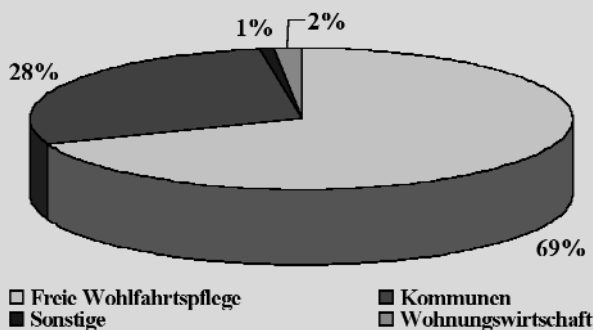


Abb. 4: Träger im NRW-Landesprogramm 2004

örtlichen Wohnungsunternehmen eingerichtet. Zusammenarbeitet wird außerdem bei der Wohnungsvermittlung und -vergabe. Viele Zentrale Fachstellen, die im NRW-Landesprogramm unterstützt wurden, pflegen enge Kooperationen mit lokalen Wohnungsanbietern, um das Wohnungsangebot für Menschen in Wohnungsnot zu erweitern.

Abgegrenzte oder zeitlich befristete Vorhaben wie die Auflösung stadtgenerer Notunterkünfte werden durch einzel-

Kooperation gehört zum Geschäft der Freien Träger

Fast 70 % aller Projekte im NRW-Landesprogramm *Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern* werden von Freien Trägern der Wohlfahrtspflege durchgeführt. Die Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb des eigenen Trägers ist dabei ebenso eine Herausforderung wie die kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Anderen. Die befristet geförderten Projekte des NRW-Landesprogramms gliedern sich zu-

Der besondere Beitrag Freier Träger in der Zusammenarbeit mit Kommunen und Wohnungsunternehmen ist ihre Beratungskompetenz und ihr Zugang zu den Menschen. In möglichst gleichberechtigter Zusammenarbeit mit diesen Akteuren konnten effektive Projekte entwickelt werden, die Menschen in ihrer Notlage erreichen und gleichzeitig ein breites Feld an Hilfen erschließen. Wohnungsanbieter nutzen zunehmend die Beratungskompetenz der Freien Träger um Räumungen frühzeitig abzuwenden. Im Rahmen aufsuchender Beratung und stadtteilbezogener Prävention werden Freie Träger in den Beständen der Wohnungsunternehmen tätig und bieten präventive Beratung und Vermittlung an. Die Kund/-innen der Wohnungsunternehmen profitieren von dieser Zusammenarbeit, auch wenn noch nicht alle datenschutzrechtlichen Fragen geklärt sind.

Wohnungswirtschaft ist oft stiller Partner

Auch wenn Wohnungsunternehmen und private Vermieter/-innen bisher nur in den selteneren Fällen Projektträger im NRW-Landesprogramm waren, sind sie

dennoch unverzichtbare Kooperationspartner. In Zeiten des demographischen Wandels suchen Wohnungsunternehmen zunehmend nach Konzepten und Partner/-innen, mit denen Wohnungsverluste verhindert und die Lebensqualität in den Stadtquartieren dauerhaft verbessert werden kann. Wohnungsunternehmen sind vor allem dann Teil von Kooperation, wenn es um die frühzeitige Information bei drohenden Wohnungsverlusten oder

um die Vermittlung von Wohnraum an Menschen in Wohnungsnot geht. In vielen Fällen können durch frühzeitige Information über ausbleibende Mietzahlungen eine Räumung der Haushalte und damit auch Mehrkosten für das Unternehmen vermieden werden. Eine andere Rolle übernehmen Wohnungsunternehmen als Partner in Wohnprojekten. Die Kooperationspartner stützen sich hier vor allem auf das immo-

bilienwirtschaftliche und ökonomische Know-how der Wohnungswirtschaft.

Die Rollenverteilung zwischen Sozialarbeit und Vermieter/-innen ist in jedem einzelnen Projekt auszuloten; klare Absprachen und gemeinsam festgelegte Erfolgsindikatoren sind sinnvoll, um die Zusammenarbeit über ein Modellprojekt hinaus zu verstetigen.

(se)

Interview zur Bielefelder Wohnungsversorgung im Verbund – gemeinsam sind wir stark!

Die (Re-)Integration von Wohnungsnotfällen in Wohnraum ist ein klassisches Feld, das kooperatives Handeln erfordert - von der Arbeit an den Ursachen des individuellen Wohnungsverlustes über die Suche nach geeignetem Wohnraum bis hin zur Sicherung des neuen Wohnverhältnisses. Im Integrationsprozess können die einzelnen Kooperationspartner ihre jeweiligen Stärken zu dem benötigten Zeitpunkt einbringen. Nicht zuletzt in Zeiten knapper werdender Ressourcen ist Kooperation somit bei der Lösung komplexer Problemlagen unabdingbar.

Die Wohnungsversorgung in Bielefeld erfolgt im Verbund - das bedeutet ein hohes Maß an Kooperation und (verbindlichen) Abstimmungen zwischen Akteuren aus ganz unterschiedlichen Hilfsparten mit dem großen Ziel, gemeinsam gegen Wohnungsnot vorzugehen und Wohnsituationen zu „normalisieren“. Dazu müssen Zugangsbarrieren zum Wohnungsmarkt, denen ganz besonders ehemalige Unterkunftsbewohner/-innen ausgesetzt sind, abgebaut werden. Und das geht nur gemeinsam mit der Stadt,

der Wohnungswirtschaft und Freien Trägern der Sozialen Arbeit: durch informelle, aber auch durch formalisierte Kooperationen.

Über die Art der gesamtstädtischen Kooperation in Bielefeld, ihre Chancen

und Möglichkeiten, aber auch die Rolle des Landesprogramms führte die Programmgeschäftsstelle ein Gespräch „am Runden Tisch“ mit fünf an der Umsetzung des gesamtstädtischen Konzeptes beteiligten Akteuren:

Name	Institution / Funktion
Frau Ingrid Streubühr	Leiterin der Abteilung „Hilfe für Personen in besonderen Lebenssituationen“ der Stadt Bielefeld, Zentraler Dienst Jugend, Soziales, Wohnen
Frau Annelie Saurbier	Sozialarbeiterin in der Zentralen Fachstelle für Wohnungserhalt und Wohnungssicherung der Stadt Bielefeld, Projekt Wohnungspoolmanagement
Herr Ulrich Fecke	Sozialarbeiter bei der Stadt Bielefeld, Projekt Wohnraumsicherung / Integration in Wohnraum
Herr Joachim Scholz	Mitarbeiter der Gebal GmbH, zuständig für das dezentral stationäre Wohnen
Herr Werner Stede	Mitarbeiter bei der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft (BGW), zuständig dort für das Soziale Bestandsmanagement

Tab. 2: Gesprächspartner/-innen in Bielefeld

„Unterkünfte - besser ist Wohnen!“ - Gesamtstädtische Rahmenbedingungen der Wohnungsnotfallhilfe in Bielefeld

Die Stadt Bielefeld hat bereits 1996 eine Fachstelle für Wohnungserhalt und Wohnungssicherung eingerichtet. Auf der Grundlage verbindlich definierter Standards arbeitet die Fachstelle in erster Linie präventiv. Die Obdachlosenzahlen in Bielefeld haben sich seitdem mehr als halbiert (365 Betroffene zum 30.06.2003). 15 kommunale Notunterkünfte konnten bereits aufgegeben und z.T. in Mietwohnungen umgewandelt werden. Die verbliebenen Notunterkünfte befinden sich im Eigentum der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft (BGW), die diese bewirtschaftet und an die Stadt Bielefeld zur Unterbringung von akut obdachlosen Menschen vermietet hat. Die weiteren Bestrebungen, Bewohner/-innen der Notunterkünfte wieder in Mietwohnraum zu integrieren und dort dauerhaft zu halten, gestalten sich jedoch zunehmend schwieriger. Neben individuellen Problemlagen sind strukturelle Benachteiligungen am Wohnungsmarkt die Hauptursache hierfür.

Hier setzt das gesamtstädtische Konzept „Unterkünfte - besser (ist) Wohnen“ an, unter dessen Dach u. a. die Stadt, Freie Träger und Bielefelder Wohnungsunternehmen in vier Säulen (siehe Abbildung) zusammenarbeiten. Besser ist Wohnen! - gemäß diesem Leitgedanken ist es Ziel, bis zum Jahr 2009 u. a. die kommunalen Notunterkünfte bis auf drei Objekte mit rd. 100 Plätzen abzubauen und parallel dazu die niedrighschwellige Versorgung von Menschen in Wohnungsnot durch eine bessere Vernetzung von Diensten und Einrichtungen zu optimieren.

Um für das gesamtstädtische Konzept eine Initialwirkung bei der Vermittlung von Wohnungsnotfällen in Wohnraum zu bieten, werden seit März bzw. April diesen Jahres in Bielefeld zwei Projekte im Rahmen des Landesprogramms *Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern* gefördert. Das Projekt *Wohnungspoolmanagement* zielt darauf ab, in Bielefeld Wohnraum für ausgewählte Notunterkunftsbewohner/-innen zu akquirieren. Ergänzend hierzu arbeitet das Projekt *Wohnraum-sicherung / Integration in Mietwohnraum*, wodurch ein neu geschlossenes Mietverhältnis dauerhaft gesichert werden soll.

grenzung vom Sozial- und Gesundheitsausschuss der Stadt Bielefeld beschlossen worden. Gleichzeitig hat der Ausschuss ein weiteres deutliches Signal gesetzt: Die durch den Abbau von Unterkünften freigewordenen Finanzmittel wurden - trotz Nothaushalt - umgeschichtet vom Bereich der Verwaltung von Obdachlosigkeit in die Prävention und Integration, d.h. in Manpower in Form von zusätzlichen Sozialarbeiterstellen. Dieser politische Beschluss ist die Grundlage unserer Zusammenarbeit. Darüber hinaus verfolgt die Stadt das Ziel, durch das Gesamtprojekt Einsparungen - im Wesentlichen durch den weiteren Abbau von Unterkünften - zu erzielen, die wir auf etwa 400.000 € pro Jahr am Ende des Projektzeitraumes schätzen würden. Neben diesem monetären Aspekt ist es weiterhin unser Ziel, eine Lobby für die betroffenen Menschen in Wohnungsnot zu schaffen. Nicht mehr nur Negatives über dieses Thema in den Zeitungen zu lesen, sondern auch einmal etwas Positives veröffentlicht zu sehen.

Hr. Stede (BGW): Auf eine Zusammenarbeit können wir bereits seit dem Jahr 1982 zurückblicken, als wir - inspiriert durch das Bremer Modell - als erstes Bielefelder Wohnungsunternehmen mit der Stadt eine Belegungsvereinbarung abgeschlossen haben. Die Vereinbarung umfasste den gesamten Bestand unserer Wohnungen, öffentlich geförderte und frei finanzierte Wohnungen. So war es uns möglich, die öffentlich geförderten Wohnungen in eigener Regie zu vermieten. Im Gegenzug haben wir uns dazu verpflichtet, 50 % der frei werdenden Wohnungen an Wohnungsnotfälle zu vermieten. Dieses Verfahren bot den Vorteil, dass wir durch unsere Kenntnis der Mieterstrukturen in unseren Häusern eine ausgewogene Vermietung vornehmen konnten, die keine Instabilisierung bestehender Hausgemeinschaften zur Folge hatte.

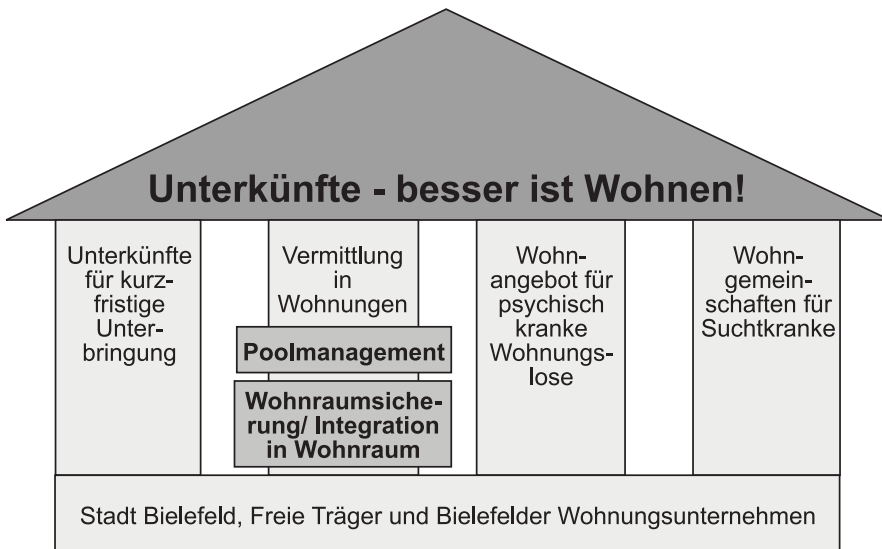


Abb. 5: Das Bielefelder

Modell

PG: In Bielefeld hat sich bereits ein umfangreiches Netz an Kooperations- und Kontaktpartner/-innen etabliert, welches mit hilft „Wohnungsversorgung im Verbund“ zu realisieren. Wie kam es zu der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bielefeld, der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungs-

gesellschaft und der Gebal GmbH, und welche Ziele verfolgen die einzelnen Kooperationspartner?

Fr. Streubühr (Stadt Bielefeld): Im September 2001 ist das Gesamtprojekt „Unterkünfte - besser (ist) Wohnen!“ unter der Leitidee Integration statt Aus-

Durch die Zusammenarbeit erhoffen wir uns einerseits Kosten bei Wohnungsverlusten zu vermeiden, aber auch andererseits Randgruppen, die sonst kaum Chancen am Wohnungsmarkt haben, besser mit Wohnraum versorgen zu können. Im Rahmen solcher Projekte erhält man

als Vermieter eine Garantie, dass Menschen mit Problemen betreut und begleitet werden. Diesen Mieter/-innen wird geholfen insbesondere in Situationen, die zur Störung des Mietverhältnisses führen können. Diese Garantie hat man bei Standardvermietungen nicht.

nungsbehördlich untergebracht wurden, und die aus den Unterkünften herauskommen, machen wir ein qualifiziertes Angebot nach § 72 BSHG, sowohl dezentral als auch zentral stationär. Wir sind also dabei, die klassische Trennung ein Stück weit aufzuweichen, um die Hilfen für Wohnungsnotfälle weiter zu entwickeln.

und sich flexibel im Hilfesystem zu platzieren. Dabei hilft eine intensive Kooperation. So sind wir in der Lage, für Menschen mit vielfältigen, chronifizierten Problemen die Integration in Wohnraum oder Hilfesysteme voranzubringen.

Vereinbarungen zwischen der Stadt Bielefeld und der BGW

Um die Zusammenarbeit im Rahmen der Wohnungslosen- und Wohnungsnotfallhilfe zu verbessern, haben die Stadt Bielefeld und die Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft (BGW) folgende Verträge geschlossen bzw. verbindliche Vereinbarungen getroffen:

- Verträge mit der BGW über die Bewirtschaftung der städtischen Unterkünfte für Wohnungslose
- Vereinbarung mit der BGW über die Bereitstellung und den Betrieb von Notschlafplätzen
- Arbeitsabsprachen mit der BGW über die Zugriffsmöglichkeiten auf die Wohnungen des Projekts „Wohnung statt Unterkunft“
- Eine Vereinbarung, die die Umsetzung des Projektes „Unterkünfte - besser (ist) Wohnen“ regelt, ist derzeit in Arbeit

Vereinbarungen zwischen der Stadt Bielefeld und der Gebal GmbH

Um die Zusammenarbeit im Rahmen der Wohnungslosen- und Wohnungsnotfallhilfe zu verbessern, haben die Stadt Bielefeld und die Gebal GmbH folgende Verträge geschlossen bzw. verbindliche Vereinbarungen getroffen:

- Vereinbarung über aufsuchende Sozialarbeit für alleinstehende und alleinerziehende Frauen in Zusammenarbeit mit der städtischen Fachstelle für Wohnungserhalt und Wohnungssicherung
- Vereinbarung über die Eingliederung von wohnungslosen Personen in das stationäre Hilfeangebot nach § 72 BSHG (Förderung der Durchlässigkeit)
- Arbeitsabsprachen bezüglich des Einsatzes der aufsuchenden Gesundheitsfürsorge der Gebal GmbH - Streetmed

Das Projekt Wohnraumsicherung/ Integration in Wohnraum

Die Beratung und Begleitung der ehemaligen Unterkunftsbewohner/-innen in der neuen Mietwohnung, der Abbau von Vorbehalten im neuen Wohnumfeld sowie die Sicherstellung nachgehender persönlicher Hilfen auf der Grundlage individueller Diagnosen und Hilfeplanungen gehören zum Aufgabenbereich der Wohnraumsicherung.

Hr. Scholz (Gebal GmbH): Hintergrund der Zusammenarbeit ist ein Perspektivwechsel innerhalb der Gebal bezüglich der Zielgruppe unserer Hilfeangebote. Hatten wir uns früher ausschließlich auf die alleinstehenden Wohnungslosen - die sogenannten Nichtsesshaften - konzentriert, haben wir heute das System zur Hilfe im Wohnungsnotfall weiterentwickelt. Zwei Stichworte machen diese Veränderung plastisch: von der Anstalt zur Ortschaft und Regionalisierung der Hilfeangebote. Unter der Zielvorstellung „Ankommen in der Stadt“ hat die Gebal ihre Übernachtungsmöglichkeiten verändert bzw. aufgelöst. Zeitgleich gab es bei der Stadt das Bestreben, die kommunalen Notunterkünfte aufzulösen. Damit einher geht das Interesse der Gebal an der Kooperation mit der Kommune, beide Systeme durchlässiger zu machen. Menschen, die zunächst einmal ord-

Hr. Fecke (Stadt Bielefeld, Projekt Wohnraumsicherung): Die Gebal und die Stadt als größte Anbieter im Bereich der Wohnungslosenhilfe haben seit 1999 ganz gute historische Wurzeln in der Zusammenarbeit, wir haben in gemeinsamer Trägerkooperation Hilfen nach § 72 BSHG angeboten, z. B. den Tagesaufenthalt und die Frauenberatungsstelle. Im Rahmen dieser Kooperationen haben beide Träger dazu gelernt. Aus Sicht der Sozialarbeit mit den Bewohner/-innen in der Unterkunft oder im Rahmen der Nachbetreuung denke ich, dass die Zusammenarbeit mit der Gebal sehr wichtig ist, weil in den Unterkünften auch Menschen leben, die ein qualifiziertes Hilfeangebot nach § 72 BSHG benötigen. Diese Menschen möchten wir motivieren, die Unterkünfte zu verlassen

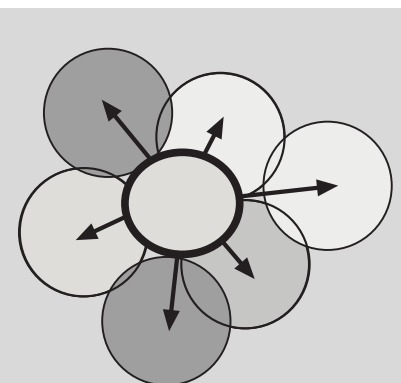


Abb. 6: Bielefelder Kooperationsmodell

Fr. Streubühr (Stadt Bielefeld): „Das Blütenmodell, wir haben ein gemeinsames Thema, das jeder für sich bearbeitet, und die Schnittstellen versuchen wir durch Gremien, Vereinbarungen, feste Absprachen zu regeln und auch zu formalisieren.“

Hr. Scholz (Gebal): „Das Blütenmodell kommt der Praxis am nächsten. In Bielefeld hat die Stadt eine deutlich koordinierende Funktion.“

Hr. Stede (BGW): Eine Verknüpfung aus Blüten- und Netzmodell zeigt die Querverbindungen am besten. In der Mitte des Netzmodells sehe ich unser Projekt, und ringsherum die Kooperationspartner. Im Blütenmodell sehe ich die bestehenden Schnittstellen und Überlappungen.“

Fr. Saurbier (Stadt Bielefeld, Projekt Poolmanagement): „Für mich ist die Kooperation in unserem Projekt eine Mischung aus Blüten- und Netzmodell. Das Netz zeigt die Fallverantwortung: Der Fall ist zentral, und außen herum sind Akteure des Hilfesystems. Das Blütenmodell greift Schnittstellen, Berührungen und engere Zusammenarbeiten auf.“

PG: Welche konkreten Maßnahmen werden bei einem Wohnungsnotfall in Kooperation durchgeführt?

Fr. Saurbier (Stadt Bielefeld, Projekt Poolmanagement): Wir werden von den Vermieter/-innen bzw. Wohnungsgesellschaften sofort schriftlich informiert, wenn eine Kündigung ausgesprochen worden ist. In einigen Fällen werden auch die Mahnungen geschickt, die ja noch vor einer Kündigung stehen. Dann nehmen die Mitarbeiter/-innen der Fachstelle Kontakt mit den betroffenen Haushalten auf. Die Kontaktaufnahme erfolgt entweder schriftlich, indem Termine in der Fachstelle gegeben werden mit Hinweisen auf Unterlagen, die im Falle von Mietrückständen mitzubringen sind, oder auch aufsuchend. Im zweiten Schritt werden die Vermieter/-innen kontaktiert. Angesprochen werden dabei u. a. die jeweilige Problematik des/der Mieter/-in und die generelle Frage nach der Bereitschaft, diesen bzw. diese Mieter/-in weiterhin als Mieter/-in behalten zu wollen. Die Hilfsmaßnahmen hängen dann immer vom Einzelfall ab: es wird z. B. bei Finanzproblemen an die Schuldnerberatung vermittelt, es werden Hilfe zur Pflege oder u. U. gesetzliche Betreuung eingerichtet oder es werden auch Kontoverwaltungen gemacht.

Diese Maßnahmen und Hilfen geschehen immer in Vernetzung mit anderen Stellen. Mit dem zuständigen Sozialarbeiter des städtischen Dienstleistungszentrums wird z. B. im psychosozialen Bereich versucht, ein stabiles Gerüst an Hilfen anzubieten. Kann eine Räumungsklage im Vorfeld nicht abgewendet werden, bekommen wir diese Information in Form einer Benachrichtigung des Gerichtes über die eingereichte Räumungsklage. Dann probieren wir nochmals, den

Ziel heißt Integration

Stadt schließt zwei Häuser und spart gut 197.000 Euro

■ **Bielefeld (kurt).** Die Stadt schließt zwei Unterkünfte: Die für einheimische Wohnungslose an der Beckhausstraße und das Übergangsheim für ausländische Flüchtlinge an der Braker Straße.

Die Schließung der Unterkunft für einheimische Wohnungslose an der Beckhausstraße 114 und 116 folgt aus einem Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschusses aus dem Jahr 2001, der auf „Integration statt Ausgrenzung“ setzt. Unterkunftsbesitzer sollten „in geeignete Wohnformen“ integriert werden. Zwei komplette Unterkünfte sollen geschlossen werden sowie ein Teil einer weiteren Unterkunft. An der Beckhausstraße werden zum 30. September 22 Wohneinheiten (81

Plätze) aufgegeben.

Zum Jahreswechsel, so die Verwaltung, lebten in der Schildescher Einrichtung 28 Personen, fast alle seien zu „einer erfolgreichen Wohnungssuche“ motiviert worden. Einsparung für die Stadt: gut 76.000 Euro pro Jahr.

Das Übergangsheim für ausländische Flüchtlinge an der Braker Straße wird geschlossen, weil es immer weniger „öffentlich rechtlich unterzubringende ausländische Flüchtlinge gibt“ – in den vergangenen zwei Jahren sank die Zahl um mehr als 30 Prozent.

Das Gebäude gehört der Wohnungsgesellschaft BGW, es soll Ende Januar aufgegeben werden. Einsparung für die Stadt: gut 121.000 Euro pro Jahr.

Quelle: Neue Westfälische v. 13. 9. 2004

betroffenen Haushalt anzusprechen und die Räumungsklage möglichst abzuwenden.

Bei Privatvermieter/-innen ist es schwieriger, frühzeitig einzuschreiten und zu klären, was der Grund für die Räumung ist und ob wir diesen u. U. mit Unterstützung Anderer beseitigen können, damit das Mietverhältnis bestehen bleibt. Voraussetzung jeglicher Bemühungen die Wohnung zu erhalten ist jedoch, dass die Betroffenen aktiv mitwirken.

Hr. Scholz (GebaL GmbH): In einem Projekt, das die Gebal 1997 - 2000 im Rahmen des Landesprogramms *Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern* in Kooperation mit der Zentralen Fachstelle der Stadt Bielefeld durchgeführt hat, haben wir erprobt, ob es Unterschiede gibt, wenn die Stadt als Behörde oder die Gebal als sozialer Träger versucht, bei einer drohenden Räumungsklage Kontakt mit den Menschen aufzunehmen. Unterschiedliche Formen des Anschreibens, mit förmlichem Briefkopf oder ohne, wurden ausprobiert. Insgesamt haben wir festgestellt, dass dies nicht unbedingt entschei-

dend ist. Ich glaube die Hartnäckigkeit des Klingelns, der Kontakt zu Nachbarn, eventuell über Treffpunkte, also andere Wege zu finden, um in Kontakt zu treten, das führt zum Erfolg.

Hr. Fecke (Stadt Bielefeld, Projekt Wohnraumsicherung): Leider gibt es auch Fälle, wo die Prävention nicht greift und wo ein Wohnungsnotfall in eine Notunterkunft kommt. Dann setzt die Sozialarbeit in den Unterkünften an. Sie bekommt Informationen aus der Fachstelle, was bereits gemacht und versucht worden ist. Dort setzt sie an, guckt zusammen mit den betroffenen Haushalten, warum das Mietverhältnis gescheitert ist, was die Ursachen waren und schließlich wird festgelegt, welche Hilfen der Haushalt benötigt. Die Sozialarbeiter leisten dann Überzeugungsarbeit, um die Unterbringung wieder zu verändern, denn das Ziel ist ja Integration in Mietwohnraum.

Zunächst wird festgestellt, welche Wohnung benötigt wird und dieser Bedarf wird an das Projekt Poolmanagement weitergegeben, in dessen Rahmen

gezielt eine Wohnung gesucht wird.

Das Poolmanagement meldet ein oder mehrere Wohnungsangebote zurück, und wenn es zu einem Mietverhältnis kommt, dann bereitet das Projekt den Umzug vor. Die Bedarfe bei der Nachsorge zur Wohnungssicherung werden festgestellt und das gemeinsam mit dem betroffenen Haushalt vereinbarte Hilfeplanverfahren setzt ein. Hier kommen Freie Träger ins Spiel, wenn es darum geht, spezielle Hilfen bereitzustellen. Bei Problemen hat der oder die Vermieter/-in einen festen Ansprechpartner bei der Stadt, der für die Nachbetreuung verantwortlich ist. Neben diesem einzelfallbezogenen Kontakt haben wir eine Immobilienrunde ins Leben gerufen, bei der grundlegende Probleme besprochen werden können.

Hr. Stede (BGW): Bevor wir als Vermieter Räumungsklage erheben, versuchen wir natürlich mit unseren Kunden in Kontakt zu kommen, um z. B. ihr Verhalten innerhalb der Mietergemeinschaft zu besprechen und eine Einigung über eine Verhaltensänderung zu erzielen. Bei Zahlungsverzug bieten wir u. a. individuelle Ratenzahlungen an. Es finden eine Vielzahl von Aktivitäten zum Erhalt der Wohnung statt, bevor es zu einer Räumungsklage kommt. Die BGW ist als mehrheitlich kommunales Wohnungsunternehmen stark sozial engagiert, aber unter Beachtung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Bei einer fristlosen Kündigung werden die Betroffenen darüber informiert, dass die Fachstelle der Stadt von dieser Situation unterrichtet wird, um mögliche Hilfestellungen zu gewähren. Gleichzeitig wird der Betroffene im Rahmen des Datenschutz darauf hingewiesen, dass er sich mit diesem Verfahren nicht einverstanden erklären muss, mit der Bitte verbunden, uns dieses mündlich oder schriftlich mitzuteilen.

PG: „Jeder tut was er kann und ein bisschen darüber hinaus?!“ Beschreiben Sie bitte ihre Kernaufgaben. Was bringen Sie darüber hinaus mit in das Projekt ein?

Fr. Streubühr (Stadt Bielefeld): Die Kommune hat ganz klar bestimmte gesetzliche Pflichtaufgaben, die wir erfüllen müssen, und das ist im Bereich

Das Projekt Poolmanagement

Aufgabe des Poolmanagements ist die Akquise von Wohnraum durch persönliche Ansprache der potenziellen Vermieter/-innen, Auswertung der Inserate in Tageszeitungen und über das Internet sowie die Erfassung aller Wohnungen, die zur Versorgung von Wohnungsnotfällen von Wohnungsgesellschaften, Kirchen, sonstigen Institutionen und privaten Vermieter/-innen zur Verfügung gestellt werden.

der Wohnungslosenhilfe die Daseinsvorsorge in Form von materieller Absicherung nach dem BSHG sowie die Beratung und persönliche Unterstützung von Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind. Darüber hinaus haben wir als ordnungsbehördliche Aufgabe die Vermeidung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die durch Obdachlosigkeit entstehen können. Bielefeld hat sich nicht nur auf diese Pflicht/- Kernaufgaben beschränkt sondern verfolgt durch die Initiierung und Beteiligung an diesem Projekt das Ziel bzw. die Aufgabe, Bewohnerinnen und Bewohner von Unterkünften für einheimische Wohnungslose in Mietwohnraum und in das Hilfesystem zu integrieren.

Hr. Stede (BGW): Unsere Kernaufgabe ist die Vermietung von Wohnraum. Wohnraum haben wir und den bringen wir in das Projekt mit ein. Darüber hin-

aus bringen wir unser soziales Engagement mit ein; wir sind an positiver Stadtgestaltung interessiert und das beinhaltet für uns auch, dass es keine Notunterkünfte mehr gibt. Vom Wohnen haben wir eine andere Vorstellung, die Unterkunft ist für uns keine Wohnform.

Hr. Scholz (GebaL GmbH): Klassischer Weise bieten wir stationäre, teilstationäre und ambulante Beratung und Begleitung sowie Unterstützung für Menschen an, die nicht ortsansässig sind. Dazu halten wir ein breites Spektrum an Hilfen vor, auch Hilfen zur Arbeit und Qualifizierung. Darüber hinaus ist unsere Aufgabe im Projekt, dass wir an der Vermittlung der Menschen direkt mitarbeiten, d. h. wir nehmen sie in unseren Einrichtungen wie z. B. dem dezentralen Wohnen vorrangig auf. Um dies gewährleisten zu können, ist eine frühzeitige Information zwischen den Kooperationspartnern wichtig, und die erfolgt verlässlich und

Die Immobilienrunde - Abstimmungsgremium bei der Wohnraumakquise

Die Immobilienrunde wurde mit Projektbeginn im März 2004 ins Leben gerufen, damit das Ziel der Integration von Menschen in Wohnungsnot in normalen Mietwohnraum gemeinsam getragen und koordiniert erreicht werden kann. Teilnehmende sind neben der Poolmanagerin, die die Geschäftsführung innehat, die relevanten Dienststellen der Stadt Bielefeld, der Projektmitarbeiter des Bereiches Wohnraumsicherung / Integration in Wohnraum, mehrere Wohnungsgesellschaften, Wohnungsbau-genossenschaften sowie Haus und Grund als Vertreter der Privatvermieter/-innen. Die Immobilienrunde hat bisher zweimal getagt; ein halbjährlicher Turnus ist vorgesehen.

Die Immobilienrunde bietet einen Rahmen

- um strategisches Vorgehen, grundsätzliche Konzepte und Arbeitsprinzipien zu klären, z. B. bei der Belegung die Bildung sozialer Brennpunkte zu vermeiden,
- um das Projektanliegen, die festen Ansprechpartner bzw. begleitenden Sozialarbeiter/-innen bei der Stadt und die finanziellen Absicherungsmöglichkeiten eines Mietverhältnisses mit einem Wohnungsnotfall, die die Stadt den Vermieter/-innen anbieten kann, vorzustellen,
- um grundlegende Probleme, die Vermieter/-innen mit Menschen in Wohnungsnot haben, zu besprechen, Vorurteile abzubauen und Lobbyarbeit zu betreiben,
- um neuen Wohnraum für Menschen in Wohnungsnot zu werben, und
- um gemeinsam Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

Die bisherige Resonanz ist erfreulich: Neben den Wohnungsbaugesellschaften haben auch private Vermieter/-innen und Makler/-innen zahlreiche Wohnungen angeboten, und waren angesichts der gebotenen Sicherheiten sogar bereit, den Mietpreis an die Angemessenheitskriterien der Stadt Bielefeld anzupassen.

Der Arbeitskreis „Integration in Wohnraum“ - Abstimmungsgremium im Rahmen des Projekts „Wohnraumsicherung / Integration in Wohnraum“

Aufbauend auf der Akquisition von Wohnungen ist es Ziel, den Arbeitskreis „Integration in Wohnraum“ zu initiieren und zu etablieren. Er soll quartalsweise tagen. Anbieter und Dienste wie z. B. die Gebal GmbH, mit denen die Stadt im Rahmen der nachgehenden Sicherung von Wohnraum kooperiert, sollen zusammen mit dem Projekt Poolmanagement und weiteren städtischen Dienststellen an einen Tisch geholt werden. Zweck des Arbeitskreises ist es, einen Austausch über grundsätzliche und fallbezogene Fragen zu ermöglichen und ihn eventuell als Arbeitsgemeinschaft sozialer Dienste, die sich mit dem Thema Integration in Wohnraum befassen, zu entwickeln.

systematisch. Aus dem Hilfesystem versuchen wir die Betroffenen wieder in Wohnraum zu vermitteln. Zu 60 % erhalten wir diesen von der BGW.

Hr. Fecke (Stadt Bielefeld, Projekt Wohnraumsicherung): Den Aufgabenbereich den ich vertrete, die Sozialarbeit in Unterkünften, die Nachbetreuung, das ist auch etwas, was die Stadt über ihre eigentliche Aufgabe hinaus in das Projekt mit einbringt. Das muss die Stadt nicht machen, das machen auch - denke ich - andere Städte nicht unbedingt. Wir verstehen uns als eine Stelle, die Bewohner/-innen der städtischen Unterkünfte entsprechend ihren Ressourcen und Wünschen integriert. Das bedeutet - in Zusammenarbeit mit der Gebal - die Integration in die verschiedenen Angebote nach § 72 BSHG - und für die Bewohner/-innen, für die kein Angebot nach § 72 BSHG vorgehalten wird, z. B. Familien bzw. alleinerziehende Frauen, versuchen wir über das Projekt Wohnraumsicherung / Integration in Wohnraum eine dauerhafte Wohnraumversorgung sicherzustellen. Dabei gibt es eine genaue Aufgabenabgrenzung. Zur Erreichung der Ziele haben wir eine gute Schnittstellenregelung. Es gibt keine Konkurrenz unter den Projektpartnern.

Fr. Streubühr (Stadt Bielefeld): Wir stellen bei unserer Zusammenarbeit fest, dass die Ziele der verschiedenen Akteure hier am Tisch - jeder hat ja so seine eigenen Ziele - alle miteinander vereinbar sind. Und das gilt auch für die finanziellen Ziele, die bei anderen Aktionen auch mal gegenläufig waren.

PG: Was sind Ihre bisherigen Erfahrungen bei diesem Projekt? Welche Visionen haben Sie für die Zukunft?

Fr. Streubühr (Stadt Bielefeld): Erfolgreich war sicherlich, dass wir bereits im ersten Halbjahr eine ganze Menge Menschen wieder in Wohnraum integrieren konnten oder auch das Hilfesystem verstärkt in Anspruch nehmen konnten. Gleichwohl gilt es, die Öffentlichkeitsarbeit noch zu intensivieren. Das Projekt und somit auch die Kooperationen und verfolgten Ansätze sollten bekannter werden. Als Vision habe ich nach wie vor, die Unterkünfte im Wesentlichen aufzugeben und auf lange Sicht nur noch zwei Unterkünfte vorhalten zu müssen: eine für Männer und eine für Frauen und Paare. Die Vision ist, dass Familien gar nicht mehr wohnungslos werden, sondern gleich mit unserer Unterstützung ein Wohnungsaustausch stattfinden kann.

Hr. Scholz (Gebal GmbH): Positiv bewerte ich die Zusammenarbeit im Einzelfall bei der Versorgung mit Wohnraum bzw. der Vermittlung ins Hilfesystem. Die Öffnung der Systeme, die Durchlässigkeit, das funktioniert bereits gut. Die Informationen fließen zwischen den Beteiligten, lediglich die Dokumentation im Rahmen von Hilfeplanverfahren könnte noch mehr zwischen den Beteiligten automatisiert und systematisiert werden. Meine Vision für die Zukunft ist, dass man den Stadtteil noch mehr einbinden könnte, denn dort entsteht Wohnungslosigkeit. Das heißt, man sollte auch andere Akteure, z. B. die gestalterisch tätig sind, mit in die Kooperation mit hineinnehmen.

Hr. Stede (BGW): Besonders positiv empfinde ich das kooperative Vorgehen innerhalb des Projektes. Es herrscht ein angenehmes, gleichberechtigtes Klima. Als Vision würde ich die Übertragung dieses sozialen Gedankens des Projektes auf den Geist einer Stadt sehen. Dass dieses Projekt nicht nur diesen Akteuren hier bekannt ist sondern, dass die Mehrheit der Bevölkerung Bielefelds sagt: „Das ist unsere Stadt, Aufgaben bewältigen wir gemeinsam!“ Außerdem wäre es begrüßenswert, wenn solche Projekte langfristig angelegt wären, nicht immer nur bis zur nächsten Legislaturperiode, dies würde sich nachhaltig und dauerhaft auf die soziale Struktur der Stadt auswirken.

Das Interview führten Stefanie Böhm und Christine Chwalla. Wir bedanken uns für das Gespräch!

Trägerübergreifende Kooperation in einem integrierten Gesamthilfesystem für wohnungslose Menschen in Duisburg

von Jürgen Evers und Ekke-Ulf Ruhstrat, Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e. V. (GISS), Bremen

NRW-Sozialministerin Birgit Fischer weihte bundesweit einmaliges Hilfeangebot für wohnungslose Menschen in Duisburg ein

Vorbemerkung/Einführung

Am 5. 5. 2004 wurde im Beisein der Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie (MGSFF) des Landes Nordrhein-Westfalen, Frau Birgit Fischer, und der Oberbürgermeisterin der Stadt Duisburg, Frau Bärbel Zielsing, unter großer Resonanz in den Medien und in der Fachöffentlichkeit die Zentrale Anlauf-, Beratungs- und Vermittlungsstelle (ZABV) eingeweiht, die das Herzstück des innovierten Hilfesystems für wohnungslose Menschen in Duisburg bildet.

Die Reform des Duisburger Hilfesystems stellt im Ergebnis eine beispielgebende umfassende Kooperation zwischen einem Freien Träger (Diakoniewerk Duisburg GmbH) und einer Kommune (Stadt Duisburg) dar, in die auch der Landschaftsverband Rheinland (LVR) als überörtlicher Träger der Sozialhilfe

mit einbezogen ist. Gefördert wird das Vorhaben im NRW-Landesprogramm *Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern*.

Bevor die wesentlichen Elemente des innovierten Hilfesystems für (überwiegend allein stehende) wohnungslose Menschen in Duisburg dargestellt werden, soll zum besseren Verständnis kurz auf die Entwicklung der Hilfen für Wohnungsnotfälle in Duisburg in den letzten nahezu zehn Jahren eingegangen werden. Ausgangspunkt für die Einleitung von grundlegenden Veränderungen bei den Hilfen für Wohnungsnotfälle war der 1997 erstellte und anschließend von den politischen Gremien der Stadt verabschiedete Wohnungsnotfallplan (vgl. Hildebrand/Müller/Reiss/Schreiber/Schreiber 1997), der auf der Basis der Empfehlungen des Deutschen Städtetages (DST) zur Sicherung der Wohnungsversorgung in Wohnungsnotfällen und zur Verbesserung der Lebensbedingungen in sozialen Brennpunkten (DST 1987) entwickelt wurde und zur Errichtung einer Zentralen Fachstelle führte. Wesentliche Ziele des Plans waren die Verhinderung



NRW-Sozialministerin Birgit Fischer und damalige Oberbürgermeisterin von Duisburg Bärbel Zielsing zusammen mit den beiden Geschäftsführern des Diakoniewerkes Duisburg, Sieghard Schilling und Reinhard Paßmann, im Eingangsbereich der Zentralen Anlauf-, Beratungs- und Vermittlungsstelle für wohnungslose Menschen (Quelle: Stadt Duisburg, Rathaus Online)

von Wohnungsverlusten, der Abbau von Unterkünften und die Entlastung von Problemgebieten.

Mit Einrichtung der Zentralen Fachstelle und dem damit verbundenen systematischen Aufbau präventiver Hilfen zur Verhinderung von Wohnungsverlusten wurden im Rahmen eines auf fünf Jahre befristeten Projektes auch sämtliche Obdachlosenunterkünfte für Familien aufgelöst. Alle bis dahin dort lebenden Haushalte wurden mit Normalwohnraum versorgt und erhielten bei entsprechendem Bedarf flankierend für einen befristeten Zeitraum intensive persönliche Hilfen, die im Auftrag der Stadt Duisburg von verschiedenen freien Trägern durchgeführt wurden. Darüber hinaus wurde im Wohnungsnotfallplan¹ die Entwicklung und Schaffung einer diffe-

renzierten Struktur zur Unterbringung und zielgenaueren Versorgung des Personenkreises der allein stehenden Wohnungslosen bzw. spezieller Zielgruppen vorgeschlagen. Diese Struktur war aber zu Beginn des Projektes der Weiterentwicklung der Hilfen für wohnungslose Menschen und Integration dieser Hilfen in das Gesamthilfesystem in Duisburg nur in Ansätzen entwickelt und umgesetzt.

Zielsetzung und Verlauf

Mit dem Projekt wurde im Oktober 2000 unter dem Titel „Planung, Beratung, Evaluation und Begleitforschung zur Überprüfung und Weiterentwicklung der stationären und teilstationären Hilfen für allein stehende Wohnungslose in Duisburg“ begonnen. Daran wird deutlich, dass zunächst der Rückbau der Platzkapazitäten bei den (teil-)stationären Angeboten des Diakoniewerkes Duisburg bei gleichzeitigem Aufbau ambulanter und dezentraler Versorgungsangebote für wohnungslose Frauen und Männer im Zentrum stehen sollte. Bereits während der ersten Projektphase stellte sich neben dem im Rahmen der Ist-Analyse festgestellten Optimierungsbedarf bei verschiedenen vom Diakoniewerk und der Stadt angebotenen Hilfen für Wohnungsnotfälle heraus, dass die unterschiedlichen Hilfeangebote und -segmente in sehr hohem Maße voneinander abhängig waren. Veränderungen innerhalb eines vom Diakoniewerk getragenen Hilfesegments (in diesem Fall bei den stationären und teilstationären Angeboten) hätten immer auch Auswirkungen auf die anderen Segmente gehabt bzw. wären nur bei gleichzeitiger Schaffung entsprechender Voraussetzungen umsetzbar gewesen.

Daraus resultierte bereits zu diesem frühen Zeitpunkt eine Ausweitung des Arbeitsauftrages. Auf den Prüfstand gestellt und dann zur Neukonzeptionierung vorgesehen waren ab diesem Zeitpunkt sämtliche Hilfen für Wohnungsnotfälle seitens des Diakoniewerkes und der Stadt (mit Ausnahme der Prävention durch die Fachstelle und der bereits erwähnten projektbezogenen Hilfen für wohnungslose Familien im Rahmen der Auflösung der Obdachlosenunterkünfte für diese Zielgruppe).

Im Ergebnis bedeutete dies die Entwicklung eines neuen Gesamthilfekonzeptes für wohnungslose Einpersonenhaushalte und Paare ohne Kinder.

Die veränderte Zielsetzung des Projektes zog eine Reihe weiterer Veränderungen bei der Durchführung, den Inhalten und den Anforderungen in allen dann folgenden Projektphasen nach sich. Exemplarisch sollen hier für die Phase der Konzeptentwicklung benannt werden:

- die Erweiterung der das Projekt begleitenden Arbeitsgruppe um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Funktionsbereichen der Zentralen Fachstelle²
- die Überprüfung und Bewertung sämtlicher kommunaler Hilfesegmente für die einbezogenen Zielgruppen auf ihre Bedarfsgerechtigkeit
- die Entwicklung neuer Hilfesegmente (inklusive dazugehöriger Leistungskataloge)
- die Auflösung überholter Angebote (kommunale Obdachlosenunterkunft) bei gleichzeitiger Entwicklung alternativer Versorgungsstrukturen und
- die Analyse und Bewertung der quantitativen Dimension für die einzelnen Elemente der geplanten neuen Hilfestruktur (Platzzahlen / Bedarfe).

Nach Erstellung des Konzepts und Definition einer Fülle sich daraus ergebender weiterer Detailaufgaben waren zur Umsetzung der Fachkonzeption diverse Entscheidungen zu treffen und weitere Aufgaben zu erledigen. Dazu wurde Anfang des Jahres 2003 eine Umsetzungs- und Steuerungs-AG gebildet, die sich aus leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt und des Diakoniewerkes zusammensetzte. Die wesentlichen hier behandelten Themen waren vor allem Personal- und Finanzfragen, die Beschaffung geeigneter Räumlichkeiten und Immobilien etc. und die Vorbereitung von abschließenden Entscheidungen und Vereinbarungen durch die zuständigen Instanzen bei der Stadt Duisburg, dem LVR und der Diakoniewerk Duisburg GmbH.³

Die Umsetzung der gesamten neuen Hilfestruktur konnte wegen des insgesamt damit verbundenen Aufwandes nur sukzessiv vorgenommen werden. Bereits 2003 wurden neun der bisherigen 30 und künftig nur noch 15 teilstationären Einrichtungsplätze aus dem bisherigen zentralen Standort der (teil-)stationären Hilfen im Haus am Hafen in eine kleine dezentrale Einheit ausgelagert, mit dem Aufbau von Wohnprojekten begonnen und die (große) städtische Unterkunft für allein stehende wohnungslose Männer in der Warbruckstraße geschlossen. Parallel dazu wurde mit dem Aufbau einer für alle Wohnungsnotfälle zuständigen nachgehenden Hilfe begonnen, der im ersten Quartal des Jahres 2004 abgeschlossen wurde. Im Mai dieses Jahres wurde dann die Zentrale Anlauf-, Beratungs- und Vermittlungsstelle (ZABV) eröffnet, in der die Erst- und Intensivberatung für alle neu ins Hilfesystem kommenden Menschen durch die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter des Diakoniewerkes mit der speziell für wohnungslose Menschen zuständigen wirtschaftlichen Hilfe des städtischen Sozialamts auch räumlich in einem Gebäude zusammengeführt wurde.⁴

Unmittelbar im Anschluss an die Eröffnung der ZABV wurde mit der Evaluation der Hilfen in der veränderten Struktur begonnen, mit der die Wirkung der verschiedenen Hilfesegmente und deren Zusammenspiel in einer ersten Welle von Mitte Mai bis Anfang September 2004 überprüft wurde.⁵ Ziel der

1 Das Diakoniewerk Duisburg GmbH war als zentraler Träger der Hilfen für allein stehende Wohnungslose nach § 72 BSHG an der Erstellung des Wohnungsnotfallplans beteiligt.

2 Zu bestimmten Fragestellungen und Inhalten wurde die Projektgruppe um eine Mitarbeiterin und einen Mitarbeiter des LVR ergänzt.

3 Neben der Projektgruppe und der Umsetzungs- und Steuerungs-AG wird das Projekt von einer Lenkungsgruppe begleitet, in der neben der Geschäftsführung des Diakoniewerkes und der Amtsleitung (Wohnen und Soziales) der Stadt Duisburg Vertreterinnen und Vertreter des LVR, des Fachverbandes Gefährdetenhilfe im Diakonischen Werk Rheinland, des MGSFF NRW und des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen NRW (ILS NRW) vertreten sind.

4 Die noch ausstehenden Umsetzungen sind für letzte Quartal 2004 und das 1. Halbjahr 2005 geplant.

5 Bei Redaktionsschluss lagen zusammenfassende Ergebnisse noch nicht vor. Dennoch kann bereits jetzt festgestellt werden, dass das neu implementierte Hilfesystem in seiner Grundstruktur weitgehend entsprechend der konzeptionellen Vorgaben greift. Eine weitere Evaluationsphase wird Anfang 2005 folgen. Die Ergebnisse beider Evaluationsphasen sowie des gesamten Projektes werden daran anschließend in dem Abschlussbericht zum Projekt veröffentlicht.

Evaluation ist auch, auf der Basis einer gemeinsamen Diskussion und Bewertung der Ergebnisse bei eventuellen Inkompatibilitäten zwischen Programm (Konzept) und Prozess erforderliche Nachsteuerungen vorzunehmen.

Die wesentlichen Veränderungen gegenüber der Ausgangssituation

Durch die erforderliche umfassende Neustrukturierung der Hilfesegmente wurde ein integriertes und bedarfsgerechtes Gesamthilfesystem entwickelt. Die wesentlichen Veränderungen gegenüber der Ausgangssituation sind:

- die Schaffung einer Zentralen Anlauf-, Beratungs- und Vermittlungsstelle (ZABV) als Herzstück, von der als neue Zentralstelle die Diagnostik als Grundlage der Bedarfsermittlung und Vermittlung durchgeführt und über die der ausschließliche Zugang zu allen anderen Angeboten gesteuert wird und der alle zur umfassenden Aufgabenerfüllung benötigten Funktionen und Kompetenzen zugewiesen werden
- die Schaffung von umfassenden, differenzierten und bedarfsgerechten Versorgungsangeboten, mit denen den unterschiedlichen Problemlagen verschiedener Zielgruppen Rechnung getragen wird
- die Einrichtung von zwei zentralen aufeinander abgestimmten Steuerungen bei den kommunalen (präventiven) und den freiverbandlichen Hilfen
- eine weitere Qualifizierung, Differenzierung und Ambulantisierung der teilstationären Angebote sowie der tendenzielle Abbau stationärer Plätze durch Qualifizierung im Bereich der Zu- und Abgänge
- die Auflösung der kommunalen Unterkunft (Warbruckstraße) und die Versorgung der Bewohner über adäquate alternative Angebote
- die konsequente Ausrichtung der Angebote ausschließlich an den Bedarfslagen
- die Zusammenfassung und Steuerung der Wohnungsversorgung aller Wohnungsnotfälle an einer zentralen Stelle

- der Aufbau einer Nachgehenden Hilfe zur dauerhaften und nachhaltigen Absicherung aller vorangegangenen präventiven und reintegrativen Hilfen
- die Schaffung von Wohnprojekten zur weitgehenden Normalisierung der Lebenssituation von Haushalten mit längerfristigen oder dauerhaften Beeinträchtigungen
- der Aufbau von eigenständigen Hilfeangeboten für Suchtmittelabhängige und wohnungslose Jungerwachsene außerhalb des Systems der Hilfen für Wohnungsnotfälle und
- eine deutliche Intensivierung der Kooperation zwischen der Stadt Duisburg und der Diakoniewerk Duisburg GmbH durch Schaffung gemeinsamer Dienste und die Zusammenführung von Funktionen und unterschiedlichen Trägerschaften unter einem Dach.

Die wesentlichen Vorteile dieser Veränderung bestehen in:

- der Schaffung von Voraussetzungen für eine zielgenaue und effektive fachliche Steuerung (inklusive laufender Daten- und Bedarfsermittlung und darauf aufbauenden Planungen)
- dem Erzielen von Synergieeffekten insbesondere durch:
 - Bündelung und Konzentration von Tätigkeiten und Funktionen in den Bereichen „Diagnostik“, „Vermittlung“, „Wohnraumversorgung“ und „Nachgehende Hilfe“
 - Minimierung von Reibungsverlusten und Mehrfachaufwendungen
 - Schaffung von klaren Strukturen und Abläufen bei der Fallbearbeitung
 - konsequente Abstimmung und Einbindung der Innovation in bereits realisierte Innovationen seitens der Zentralen Fachstelle
- der Verbindung von passgenauen Versorgungsangeboten mit - zu-

mindest mittelfristig - auch fiskalisch bedeutsamen Effekten

- der Verpflichtung aller Beteiligten (Diakoniewerk, LVR, Stadt Duisburg) zu einer neuen, beispielgebenden Form der Zusammenarbeit und Übernahme gemeinsamer Verantwortung
- der Erprobung modellhafter Wege bei der Finanzierung der Angebote und
- der Umsetzung eines integrierten, bedarfsgerechten und abgestimmten Gesamthilfekonzeptes, welches zur umfassenden Lösung der Wohnungsnotfallproblematik und der damit zusammenhängenden Hilfen nach § 72 BSHG in Duisburg führt.

Kurzdarstellung des neuen Hilfesystems

Die neue Hilfestruktur für wohnungslose Menschen in Duisburg unterteilt sich in verschiedene Funktionsbereiche, von denen einige zu Arbeitsbereichen zusammengefasst sind. In der folgenden Übersicht sind die Arbeits- und Funktionsbereiche inklusive der für die Startphase festgelegten Platzzahlen aufgelistet. In dem dann anschließend folgenden Schaubild ist die Struktur der Hilfen und Angebote noch einmal grafisch dargestellt. Dort sind dann auch die künftigen niedrighschwelligigen Versorgungsangebote für Jungerwachsene und für BTM-Abhängige mit akutem Gebrauch dargestellt, ebenso wie das Peter-Beier-Haus (Dauerwohneinrichtung für „nasse“ Alkoholiker nach § 39 BSHG) und andere Einrichtungen/Dienste außerhalb der Wohnungsnotfallhilfe. Diese Abgrenzung folgt der konzeptionellen Festlegung, dass Menschen mit vorrangig anderer Problematik nicht mehr im System der Hilfen für Wohnungsnotfälle aufgenommen werden. Die für diese Zielgruppen erforderlichen Hilfeangebote und Versorgungsmöglichkeiten werden parallel zur Umsetzung des Gesamthilfesystems für Wohnungsnotfälle durch die Stadt Duisburg aufgebaut bzw. die Zugänge für bereits bestehende Angebote zielgerichtet verbessert.

Tab. 3: Übersicht über Arbeits- und Funktionsbereiche sowie Fallzahlen für die Startphase der innovierten Hilfestruktur in Duisburg

Übersicht über Arbeits- und Funktionsbereiche sowie Fallzahlen für die Startphase der innovierten Hilfestruktur in Duisburg		
Arbeitsbereiche	Funktionsbereiche	Fall-/Platzzahl
1. ZABV	1. Erst- und Intensivberatung	wöchentlich ca. 15 bis 20 Fälle
	2. Notübernachtung	5 Plätze, davon einer für Frauen
	3. Clearingunterkunft	5 Plätze, davon einer für Frauen
	4. Wirtschaftliche Hilfe	
	5. Kurzfristige Unterbringung	bei Bedarf Hotel/Pension
	6. Wohnprojekte A	10 Plätze/Whg., eine für Frauen
	7. Wohnprojekte B	20 Plätze/Whg., eine für Frauen
2. Teilstationäre Intensivhilfen	1. Teilstationäre Einrichtung	15 Plätze gesamt, davon in einem Segment 9 und in einem anderen 6 Plätze
	2. Betreute Wohngruppen	16 Plätze in 8 Wohngruppen fest, weitere Plätze nach Bedarf, Platzangebot für Frauen nach Bedarf
	3. Betreutes Individualwohnen	11 Plätze/Wohnungen fest, weitere Angebote (auch für Frauen) nach Bedarf
3. Betreutes Wohnen	Betreutes Wohnen für Frauen	12 Plätze, ausschließlich für Frauen
4. Stationäre Intensivhilfen	Übergangsheim	40 Plätze, davon 15 übergangsweise, kein Angebot für Frauen
5. Nachgehende Hilfe	Nachgehende Hilfe	124 Plätze/Whg. lfd., 110 bei Reintegration und 14 bei Prävention
6. Zentrale Fachstelle	1. Prävention	in diesem Kontext unbedeutend rd. 350 Whg. im ersten Kalenderjahr in diesem Kontext unbedeutend
	2. Soziale Wohnraumhilfe	
	3. Sonstige Funktionen	

Zu den in der Übersicht und im nachfolgenden Schaubild aufgeführten Funktionsbereichen soll noch ergänzt werden, dass die *Clearingunterkunft* für diejenigen Hilfesuchenden vorgesehen ist, bei denen zunächst unklar bleibt, welches Hilfsangebot bedarfsgerecht ist bzw. von den Betroffenen gewünscht wird. Ihnen wird für einen Zeitraum von maximal einem Monat ein spezielles Unterbringungs- und Beratungsangebot unterbreitet, über das die zunächst diffusen und unklaren Bedarfe präzisiert werden, um dann an das entsprechende geeignete Hilfeangebot weiterzuvermitteln. Die Notübernachtung (als befristete Übernachtungsmöglichkeit) dient der Sicherstellung der Notversorgung, die *Kurzfristige Unterbringung* ist für Personen vorgesehen, die nur als Überbrückung bis zum Wohnungsbezug adäquat unter-

gebracht werden müssen und außer einer Wohnungsversorgung keine sozialarbeiterischen Hilfen benötigen, während die *Wohnprojekte* dauerhafte oder zeitlich nicht befristete Versorgungsangebote unter weitgehend normalen Wohn- und Lebensbedingungen darstellen und sich an Personen richten, die für gewöhnlich als Langzeitbewohnerinnen und -bewohner im Obdachlosensystem leben und die zumindest mittelfristig nicht ohne Weiteres reintegriert werden können oder wollen.⁶

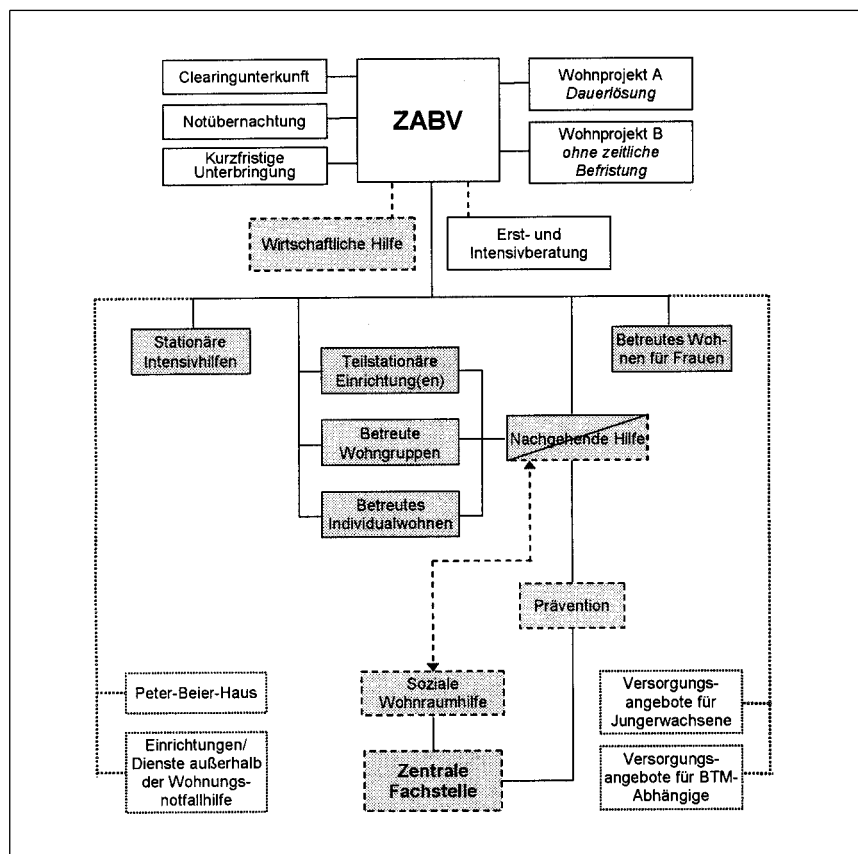
Zusammenfassende Bewertung der Kooperation in Duisburg

Die Kooperation bei der Bearbeitung der Wohnungsnotfallproblematik in Duisburg ist in mehrfacher Hinsicht bemerk-

wenswert. Zunächst soll hervorgehoben werden, dass über die Finanzierung der gesamten innovierten Hilfestruktur zwischen der Diakoniewerk Duisburg GmbH, von der fast alle reintegrativen Hilfen durchgeführt werden, der Stadt Duisburg als örtlichem Träger der Sozialhilfe und örtlicher Ordnungsbehörde sowie dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) als überörtlichem Träger der Sozialhilfe anlässlich der Einweihung der ZABV im Mai 2004 eine auf (zunächst) fünf Jahre befristete Rahmenvereinbarung geschlossen wurde, wodurch die vereinbarte Finanzierungs- und Leistungsstruktur und die sich daraus ergebenden Kooperationen für alle Beteiligten für diesen Zeitraum verbindlich festgeschrieben wurden.

⁶ Vgl. detaillierter zu diesen sowie auch den anderen Funktionsbereichen Evers 2002, S. 298 - 308.

Wohnungsnotfallhilfen in Duisburg inklusive Versorgungsangebote an den Schnittstellen zu benachbarten Hilfesystemen



Hinweis zum Schaubild: In dem Schaubild sind die Angebote für Wohnungslose mit vorrangig anderem Hilfebedarf als weiße Kästen mit gepunkteter Linie dargestellt. Die von der Fachstelle der Stadt getragenen Hilfesegmente sind grau mit gestrichelter Linie markiert, bei der nachgehenden Hilfe findet eine unmittelbare Arbeitsteilung zwischen Fachstelle und Diakoniewerk statt. Bei der ZABV findet ebenfalls eine enge Kooperation und auch eine räumliche Zusammenführung vieler Funktionsbereiche statt. So befinden sich neben der Erst- und Intensivberatung und der wirtschaftlichen Hilfe hier u. a. auch die Arbeitsplätze der für die Nachgehende Hilfe, die Wohnprojekte, die Wohngruppen und das Betreute Individualwohnen zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die weiß mit durchgehender Linie dargestellten Segmente werden vom Diakoniewerk betrieben, wenngleich die Finanzierung ausschließlich durch die Stadt erfolgt - mit Ausnahme der Erst- und Intensivberatung, die jeweils zur Hälfte vom LVR und der Stadt finanziert wird. Die grau unterlegten Segmente mit durchgehender Linie fallen in den Zuständigkeitsbereich des Diakoniewerkes und werden vom LVR finanziert (mit Ausnahme des Betreuten Wohnens für Frauen, an dem die Stadt zur Hälfte beteiligt ist).

Darüber hinaus wurden die sich aus der geteilten sozialhilferechtlichen Zuständigkeit ergebenden herkömmlichen Trennlinien im gesamten System weitestgehend aufgehoben. Innerhalb der neu geschaffenen, differenzierten und abgestimmten Angebotstruktur wurden auch das Verfahren und die Voraussetzungen beim Zugang zu den einzelnen Segmenten eindeutig und verbindlich definiert. Diese verbindliche Kooperation auf der

Ebene des Hilfesystems umfasst die grundsätzliche Ebene der an der Durchführung der Hilfen unmittelbar beteiligten Träger (Stadt und Diakoniewerk) ebenso wie alle einzelnen Segmente des Hilfesystems, sodass trotz geteilter sachlicher Zuständigkeiten alle Hilfen sinnvoll miteinander verknüpft werden konnten. Und nicht unerwähnt bleiben soll, dass in Duisburg nicht nur gemeinsame Dienste der beiden Träger unter einem

Dach geschaffen wurden, sondern die Kooperationen auch die Verwendung von einheitlichen bzw. aufeinander abgestimmten Arbeitsinstrumenten und -materialien beinhalten.

In Duisburg wurde nicht nur versucht, über den üblichen „Tellerrand“ hinauszuschauen. Durch die Fülle der Innovationen und insbesondere die Auflösung tradierter Arbeitsstrukturen und deren Ersetzung durch neue Kooperationsformen wurde „ein neuer Teller geschaffen“, durch dessen Durchmesser vorausgegangene Dimensionen weit überschritten wurden (Evers/Ruhstrat 2004).

Literatur:

- DST, Deutscher Städtetag (1987): Sicherung der Wohnungsversorgung in Wohnungsnotfällen und Verbesserung der Lebensbedingungen in sozialen Brennpunkten, DST-Beiträge zur Sozialpolitik, Heft 21, Köln
- Evers, J.(2002): Von der institutionellen Hilfe in Sonderwohnformen zu persönlichen Hilfen in Normalwohnraum, in: Berthold, M. (Hrsg.): Wohnungslosenhilfe: Verbindlich verbunden! Kooperationen - Verbundsysteme - Bündnisse, Bielefeld
- Evers, J./Ruhstrat, E.-U. (2004) Über den Tellerrand zu neuen Dimensionen, Grußwort in: Diakoniewerk Duisburg GmbH (Hrsg.): 25 Jahre Diakoniewerk. Jubiläumsfeier am 17. Juni 2004, Duisburg
- Hildebrand, K. H./Müller, H./Reiss, P./Schreiber, H./Schreiber, K. (1997) Wohnungsnotfallplan Duisburg. Analysen Fakten Maßnahmen, hg. von der Stadt Duisburg, Duisburg

Angaben zu den Autoren:

Jürgen Evers ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V. (GISS), Bremen. Dr. Ekke-Ulf Ruhstrat ist Geschäftsführer der GISS. Das Duisburger Projekt wird von der GISS, Bremen wissenschaftlich begleitet.

Abb. 7: Wohnungsnotfallhilfen in Duisburg inklusive Versorgungsangebote an den Schnittstellen zu benachbarten Hilfesystemen

Offene Szene in Solingen ist Stein des Anstoßes für Kooperation



Foto: Melanie Ratzka

Noch vor wenigen Monaten lockten der Park oder die Innenstadt zum ausgedehnten Einkaufsbummel und Verweilen in Kneipen, Eisdielen und Cafés. Bei Sonnenschein und warmen Temperaturen ist der öffentliche Raum der Anziehungspunkt für die Bürger/-innen einer Stadt. Wenn alles nach draußen drängt und dabei möglichst gute Plätze ergattern möchte, kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

So auch in Solingen, wo sich Mitglieder örtlicher Szenegruppierungen regelmäßig an bestimmten Orten zusammen-

finden, um dort gemeinsam ihren Tag zu verbringen. Die Lebenssituation der Szene, die überwiegend aus männlichen Personen besteht, ist durch Arbeitslosigkeit, Suchtprobleme, Verschuldung sowie akute oder latente Wohnungslosigkeit gekennzeichnet. Die öffentlichen Treffen sind für sie sozialer Austausch und Freizeitbeschäftigung und bieten eine Art Tagesstruktur. Dies führt zu Konflikten mit anderen Bürgerinnen und Bürgern, die hierin ein öffentliches Ärgernis sehen. Beliebte Szenetreffpunkte sind der Bremsheyplatz unmittelbar am Beginn der Fußgängerzone Ohligs, die Clemensgalerien, eine große Einkaufspassage in der Innenstadt und der Stadtpark in Solingen.

Unterschiedliche Interessen sowie verschiedene Vorstellungen von öffentlicher Ordnung und Sauberkeit prallen hier aufeinander. Sie bieten immer wieder Zündstoff für Diskussionen um den Umgang bzw. die Akzeptanz von Wohnungslosigkeit, Drogenkonsum und Armut im Stadtbild. Der Ruf nach einer Verschärfung der Straßensatzung, um

den Auseinandersetzungen im öffentlichen Raum beizukommen, bildet oft den Höhepunkt solcher Debatten.

In Solingen war die erneute Debatte Anstoß für ein Kooperationsprojekt. Lesen Sie hier ein Gesprächsprotokoll mit den beteiligten Institutionen in Solingen über ihr Konzept und die dazu notwendige Zusammenarbeit.

Akteursübergreifende Kooperationen für ein soziales Miteinander in Solingen

„Eine Verschärfung der Straßensatzung ist keine Lösung“ haben sich die Solinger Akteure aus Politik, Verwaltung und Wohlfahrtsverbänden gedacht und der hitzigen Diskussion ein Konzept entgegen gesetzt: das integrierte Gesamtkonzept „Versorgung und Betreuung für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten“. Dies erfolgte unter der Regie des städtischen Sozialdezernenten Günter Smentek. Für ihn war es ein besonderes Anliegen, durch einen Mix von sozialpolitischen und ordnungsbehördlichen Maßnahmen einer bloßen Vertreibungsstrategie entgegenzutreten

Das Nadelöhr Brehmsheyplatz und die Zentralisierung der Szene vor den Clemens-Galerien

Die Probleme an diesen beiden Orten ergeben sich nach Einschätzung der Solinger Träger u. a. durch die städtebauliche Gestaltung der Plätze. Ein zuvor freier Raum mit Bänken, Büschen und „Rückzugsmöglichkeiten“ in der Innenstadt ist durch die Einkaufspassage Clemens-Galerien verdichtet worden. Es gibt keine Möglichkeit mehr, dass sich die Szenen verteilen. Alle finden sich an einer zentralen Treppe vor dem Eingang zusammen, die als Sitzgelegenheit dient. Ähnliches trifft für den Brehmsheyplatz zu, der ohnehin schon wie ein Nadelöhr wirkt. Durch die Ausweitung des Außengastronomiebereichs einer nahegelegenen Eisdielen wurde auch hier der öffentliche Raum weiter eingeschränkt. Konflikte sind hier vorprogrammiert.

Ein gemeinsamer Ortstermin des Runden Tisches Szenetreffpunkte mit dem Solinger Planungsamt soll nun die städtebauliche Situation zum Thema machen. Vielleicht lassen sich Konflikte auch mildern, indem sich räumlich etwas verändert.

programm gegen Wohnungslosigkeit gefördert. Seine Aufgabe ist es, die Szene der von Wohnungslosigkeit bedrohten und betroffenen Menschen aktiv an die vorhandenen Hilfen anzubinden und diese bedarfsgerecht zu vernetzen. Das vorhandene Potenzial des Hilfesystems in Solingen soll für diese Zielgruppe nutzbar gemacht werden. Beratung, offene Treffpunkte oder Beschäftigungsangebote sollen wieder zur Alternative für die Straßenszene werden. Der vierte Baustein des Gesamtkonzeptes sieht Aktionen hinsichtlich Gestaltung und Säuberung der Plätze vor.

Umgesetzt wird das Gesamtkonzept mit den vorhandenen Angeboten und Akteuren. Zusätzliche Ressourcen fließen lediglich durch die 80 %-Förderung der Stelle für die aufsuchende Beratung durch das NRW-Landesprogramm sowie die 20 % Spitzenfinanzierung durch die Stadt Solingen ein. Die Zusammenarbeit der Träger in einem Expertenkreis trägt das Vorhaben organisatorisch und inhaltlich.

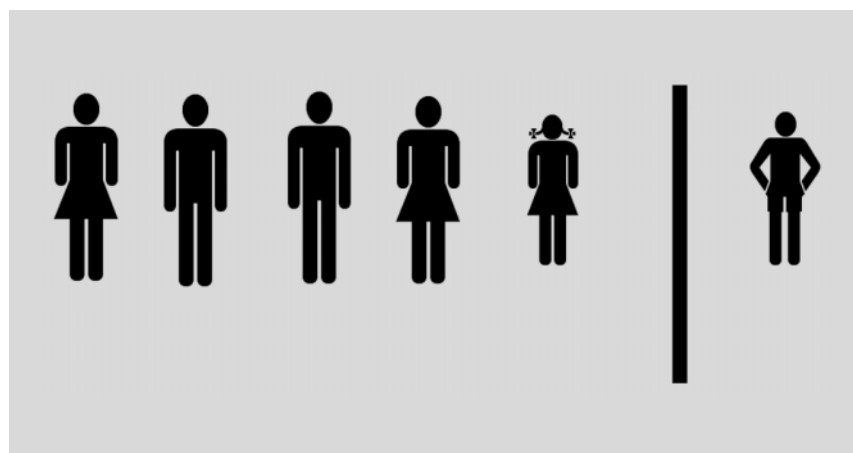
und ein Netzwerk von Angeboten zu entwickeln, das unterschiedlichen Interessen gerecht wird.

Das Gesamtkonzept entstand entsprechend in Zusammenarbeit von Sozialdezernat und Trägern der Freien Wohlfahrtspflege. Um allen Facetten der Problematik gerecht zu werden, wurden vorher Gespräche mit der Solinger Werbegemeinschaft, politischen Stadtteilvertretungen, weiteren Wohlfahrtsverbänden und Einrichtungen sowie Mitgliedern der Szenegruppen geführt.

Das Gesamtkonzept zielt darauf ab, das Hilfesystem für Menschen in Wohnungsnot so anzupassen, dass es besser angenommen wird. Die Lebenssituation der Szene soll sich stabilisieren und verbessern. Als positiven Nebeneffekt erhofft man sich eine Entspannung der örtlichen Szenetreffpunkte, da diese an Bedeutung verlieren dürften, wenn sich veränderte Tagesstrukturen ergeben haben.

Als Grundlage wurde zunächst eine Bestandsaufnahme aller Angebote durchgeführt, die in Solingen für die Zielgruppe bereit gehalten werden. Dabei kam heraus, dass eigentlich ein umfangreiches Angebot vorhanden ist. Im vorhandenen Hilfesystem steht allerdings die Kommstruktur im Vordergrund, zusätzliche Ressourcen für Aufsuchende Arbeitsansätze sind nicht vorhanden. Dadurch wird das vorhandene Angebot nicht immer genutzt, ist nicht bekannt und wenig vernetzt. Diese „Lücke“ zwi-

schen vorhandenen Hilfsangeboten und den Menschen auf der Straße soll nun geschlossen werden. Um eine Alternative zu den konfliktträchtigen öffentlichen Plätzen zu entwickeln und hier die Auseinandersetzungen mit Passant/-innen und Gewerbe zu minimieren, setzt die Stadt Solingen auf vier Bausteine. Zum



einen werden sozialarbeiterische Maßnahmen verschiedener sozialer Träger in einer Einrichtung - FAXE - gebündelt. Zum anderen sollen ordnungsrechtliche Maßnahmen der Polizei und Ordnungsbehörde an den öffentlichen Plätze erfolgen. Motor der Gesamtstrategie ist das Projekt „Aufsuchende Arbeit in Solingen“, das stellvertretend von der Jugend- und Drogenberatung anonym e.V., einem anerkannten Träger der Jugend- und Drogenhilfe beantragt wurde. Seit November 2003 wird das Projekt von dem Sozialministerium NRW im Landes-

Ein Gespräch mit allen Beteiligten bringt zwölf Menschen und sieben Anlaufstellen für Menschen in Wohnungsnot an einen Tisch

Die Programmgeschäftsstelle traf sich mit einigen Mitgliedern der Expertengruppe, die das Gesamtkonzept in Solingen umsetzen. In den Räumen des Kontaktladens FAXE der Jugend- und Drogenberatung anonym e.V. kennt man sich aus, denn hier finden regelmäßig Kooperationsrunden statt. Und manche/-r der Akteure hat hier einmal die Woche sein Büro.

Runder Tisch Solinger Szenetreffpunkte

Parallel zum Gesamtkonzept wurde im Mai 2002 ein Dialog zwischen den Beteiligten in der Szene und der Stadt angestoßen. In gemeinsamen Diskussionen wird seitdem regelmäßig darüber gesprochen, worin die Konflikte um den Raum eigentlich gründen und welche Lösungen sinnvoll sind. Beteiligte an dem Dialogprozess sind die Freien Träger der Wohlfahrtspflege, die Sozialverwaltung sowie die Gewerbetreibenden und Mitglieder der Szenegruppen sowie Vertreter/-innen der Polizei, des Stadtdienstes Ordnung und der Politik. Mit dem Runden Tisch wird aber vor allem den Mitgliedern der Szene und den Gewerbetreibenden ein Podium geboten, sich auszutauschen und miteinander zu diskutieren. Gegenüber der Szene soll dieses auch eine vertrauensbildende Maßnahme sein: man will nicht mehr nur *über* sondern *mit* ihnen sprechen. Das Gespräch findet meist in den Räumen der FAXE statt. Es gab aber auch schon „Ortstermine“.

Der Runde Tisch setzt der schnellen Konfrontation die klärende Kommunikation entgegen. Dabei verstehen die Beteiligten Kommunikation als Mittel, Verhaltensänderungen herbei zu führen. Nach dem Motto: „Die Bierdose muss auch nicht quer über die Straße geworfen werden!“ Ein Beispiel für den Erfolg der Kommunikation: es stellte sich heraus, dass die Verunreinigungen am Brehmsheyplatz nicht willentlich bzw. direkt von den Szenemitgliedern verursacht wurden. Die vorhandenen Mülleimer waren einfach nicht regelmäßig geleert worden und quollen daher über. Mit einem Anruf bei den Entsorgungsbetrieben ließ sich dieses Problem schnell lösen. Eine neue Herausforderung ist die Neugestaltung des Ohligser Bahnhofes. Auch hier will man sich kritisch einbringen.

Mit der Programmgeschäftsstelle sprachen die Solinger Akteure der Wohnungsnotfallhilfe über Motivation, erste Erfahrungen und Ziele der Zusammenarbeit. Wegen der Größe der Gesprächsrunde werden die Inhalte zusammengefasst wiedergegeben. Unsere Gesprächspartner/-innen waren:

Die FAXE - Der Ort, an dem die Kooperation sichtbar wird

Bei der konzeptionellen Weiterentwicklung der Angebote für die Solinger Szene gab es von Seiten der Stadtverwaltung von Anfang an zwei Schwerpunkte. So sollte zum einen eine zentrale und für die Zielgruppe leicht erreichbare Anlauf-

stelle gefunden werden, in der unterschiedliche Hilfe- und Beratungsangebote konzentriert angesiedelt werden könnten. Zum zweiten sollte die Straßensozialarbeit, die mangels eigener Ressourcen nicht gewährleistet werden konnte, als Bindeglied zum Hilfesystem ausgebaut werden. Durch den verbesserten Zugang zum Klientel sollte die Vermittlung an bedarfsgerechte Hilfe der kooperierenden Träger erleichtert werden.

Bezüglich der zentralen Anlaufstelle fiel die Wahl schnell auf die FAXE, einen Kontaktladen, der sich wegen der Nähe zum Ohligser Bahnhof - einem ebenfalls häufig frequentierten Ort - und der schon bestehenden Bekanntheit unter einigen Betroffenen anbot.

In dem etwas von der Straße zurückliegenden Haus in der HansasträÙe 45a bieten nun die verschiedenen Solinger Einrichtungen und Anlaufstellen der Kooperationspartner im Wechsel ihre Beratungsleistungen an. Das Spektrum reicht von originären Angeboten der Jugend- und Drogenberatung über Angebote für alleinstehende Wohnungslose des Caritasverbandes, deren Mitarbeiter/-innen eigentlich in einer Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten in der Innenstadt sitzen, bis hin zu städtischen Diensten, die eigentlich nur über einen Besuch im Sozialamt zu erreichen sind.

Jede Einrichtung und jeder Träger hat feste Sprechzeiten in der FAXE, die sich nicht überschneiden. Für die Betroffenen ist es nun leicht, an einem anderen Tag oder zu einer anderen Zeit zum bekannten Ort zurück zu kehren um das ergänzende Hilfeangebot wahrnehmen zu können. Für die Mitarbeiter/-innen der verschiedenen Institutionen wechselt mit dem Ortswechsel auch so manche Perspektive und man scheint froh darüber, mal in anderem Umfeld auf die Menschen zugehen zu können. Herr Kurz vom Sozialamt sagt: „Im Rathaus ist die Zeit an der Kundenfront doch recht begrenzt. Ein Anreiz bei dem Projekt mitzumachen war es, auch mal raus aus dem Rathaus und in die Einrichtungen zu gehen, wo die Leute weniger Hemmungen haben.“ Gemeinsam mit Herrn Kurz sind die Kollegen

Tab. 4: Gesprächspartner/-innen in Solingen

Name	Institution / Funktion
Herr Schäfer	Jugend- und Drogenberatung anonym e.V. (Dienststellenleiter)
Herr Rest	Sozialarbeiter der Jugend- und Drogenberatung anonym e.V.
Herr Krienke	zum Zeitpunkt des Gesprächs Projektmitarbeiter der aufsuchenden Beratung, angestellt bei der Jugend- und Drogenberatung anonym e.V.
Herr Oberheuser	Stadt Solingen, Ressortkoordination Soziales
Herr Kurz	Stadt Solingen, Stadtdienst Soziales
Frau Hackbart	Stadt Solingen, Stadtdienst Jugend - Notschlafstelle
Frau Izadi	Stadt Solingen, Stadtdienst Jugend, ASD
Herr Zimmermann	Caritasverband für die Stadt Solingen e.V.
Herr Lesweng	Caritasverband für die Stadt Solingen e.V.
Frau Zsack-Möllmann	Frauenhaus Solingen
Frau Krüger	EWFra Frauenwohnprojekt
Frau Manrig	EWFra Frauenwohnprojekt

der Caritas-Wohnungslosenhilfe jeden Mittwoch Nachmittag in der FAXE präsent. Vor dem Hintergrund der guten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Trägern, beispielsweise im Kontext vergangener Diskussionen um die Verschärfung der Straßensatzung, sei man beim Caritasverband für die Stadt Solingen ganz unbürokratisch in das Konzept mit eingestiegen.

Ein Nebeneffekt der Zusammenarbeit besonders mit der Stadt: Insiderwissen der Träger über die Zielgruppe und ihre Bedarfe können direkt bei den richtigen Ansprechpartner/-innen im Stadtdienst Soziales oder bei der Zentralen Fachstelle „abgeliefert“ werden. Anders herum gilt dies natürlich auch für Fachfragen oder Probleme: „Wenn in der Beratung Fragen oder Probleme im Zusammenhang mit dem Sozialamt auftauchen ist dieses gleich mit im Boot“.

Die Entwicklung der Hilfeangebote in der FAXE ist noch nicht abgeschlossen. FAXE soll langfristig zu der zentralen Beratungs- und Kontaktstelle für die Szene ausgebaut werden und dann möglichst alle vorhandenen Angebote umfassen. Zur Zeit prüft der Stadtdienst Jugend/ASD die Berührungspunkte seiner Arbeit zu dem Klientel. Inhaltlich sinnvoll wäre es, beispielsweise tagesstrukturierende Maßnahmen wie ein Beschäftigungsangebot in der FAXE anzusiedeln. Dazu wäre es notwendig, die Öffnungszeiten zu erweitern. Aber trotz allen politischen Rückhaltes sind zusätzliche Ressourcen von Seiten der Politik zur Zeit nicht zu erwarten, sagt Herr Oberheuser von der Stadt Solingen. Diese wäre aber notwendig, um das Angebot in der FAXE temporär auch mit Fachpersonal u.a. aus dem ASD, der Notschlafstelle für Jugendliche oder der Frauenhausarbeit zu ergänzen.

Die Bedeutung der Aufsuchenden Arbeit im Gesamtkonzept

Die Aufsuchende Arbeit fungiert auf zweierlei Weise als Motor im Solinger Hilfesystem. Sie ist zunächst ein wichtiger Baustein, der das Klientel zu den weiterführenden Angeboten „schleust“. Die kooperierenden Institutionen profitieren von der Vorarbeit und setzen dort an, wo die Aufsuchende Arbeit losgelassen hat.



Abb. 8: Informationskarte Faxe

Zum anderen ist der Streetworker (Hinweis: zum Zeitpunkt des Interviews Herr Krienke, der mittlerweile das Projekt verlassen hat, neuer Projektmitarbeiter ist Herr Schmitz) wichtiger Mittelsmann, der durch seine Einsichten in die örtliche Szene viele Informationen über Wünsche und Erwartungen sammelt.

Im Austausch zwischen Klientenwunsch und fachlicher Einschätzung entstehen so immer wieder neue Ideen für Angebote, die in der FAXE umgesetzt werden sollten. Zum Beispiel wird es als sinnvoll erachtet, zukünftig auch ein frauenspezifisches Angebot vor Ort anzubieten. Denn wie die Erfahrungen des Frauenwohnprojekts EWFra und des Stadt-

dienstes Jugend zeigen, nimmt die Zielgruppe der jungen Frauen zu. Bei den Klientinnen handelt es sich um eine sehr heterogene Gruppe, zu der u. a. Frauen nach der Entlassung aus dem Gefängnis oder der Psychiatrie, mit Drogenproblematik und/oder mit Gewalterfahrungen zählen.

Die Stelle der Aufsuchenden Arbeit ist letztendlich auch ein wichtiges Subzentrum im Solinger Kooperationsnetz. Um dieses Angebot herum konnten sich die anderen Hilfebereiche erst ansiedeln. Ohne die Landesförderung, so die Anwesenden, wäre diese Stelle nicht auszufüllen gewesen. Der Anstoß zur Bündelung vorhandener Mittel ohne zusätzliche Ressourcen hätte gefehlt.

SOLINGEN

Sein Arbeitsplatz ist die Straße

Der Streetworker Marco Krienke kümmert sich künftig um die Ohligser Straßenszene. Er soll den Betroffenen helfen, wieder ein geregeltes Leben zu führen.

(asc) Die Szene hat den Bremsheyplatz fest in ihrer Hand: Männer und Frauen trinken am Brunnen ihr Bier, Drogensüchtige setzen sich ihren „Schuss“, Betrunkene schlafen ihren Rausch aus. Jetzt geht die Stadt neue Wege: Solingen hat seit zwei Wochen seinen ersten Streetworker. Der Diplom-Sozialarbeiter Marco Krienke soll sich um die Szene kümmern, Ansprechpartner sein für Menschen, deren „Wohnzimmer“ der Bremsheyplatz ist. „Die Szene wird sich dadurch nicht auflösen“, dämpft Sozialdezent Günter Smentek überzogene Erwartungen. „Aber wenn Einzelnen besser geholfen werden kann, ist bereits das ein Erfolg.“

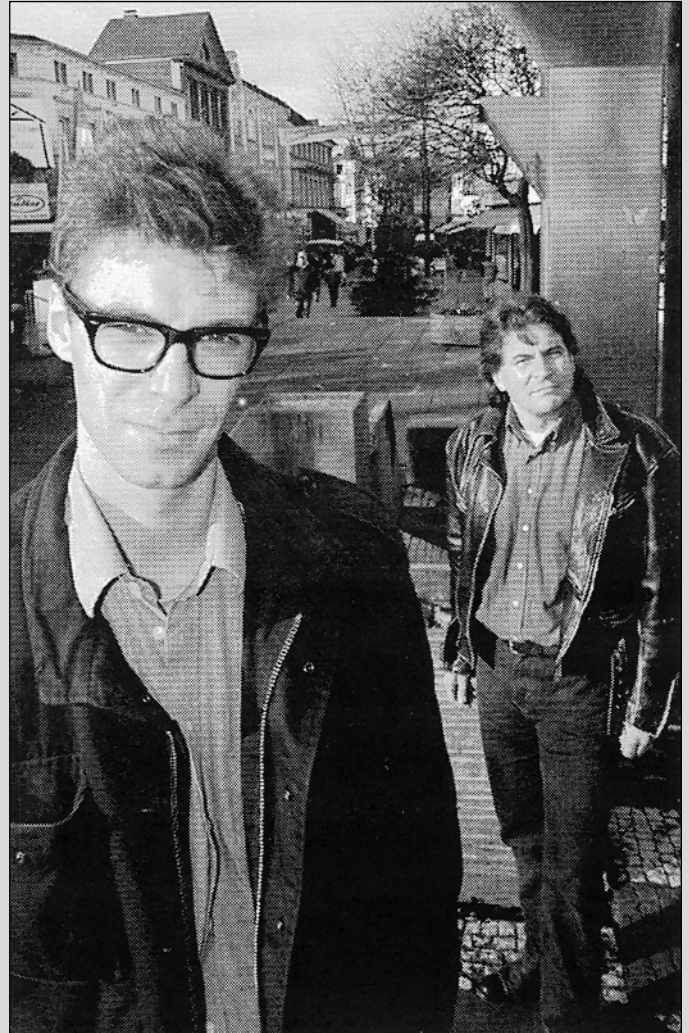
Szene am Kölner Hauptbahnhof betreut

Marco Krienke hat als Sozialarbeiter zuletzt die offene Drogenszene am Kölner Hauptbahnhof betreut: „So eine Stelle macht auch in Solingen Sinn.“ Er soll jetzt zwischen den Frauen und Männern am Bremsheyplatz und den Behörden und Hilfe-Einrichtungen vermitteln. Die Stadt will ihm einen Sachbearbeiter im Sozialamt zur Seite stellen, der sich um diese Fälle kümmert.

Die Finanzierung der Vollzeit-Streetworker-Stelle war lange un-

geklärt: 70 Prozent der Personalkosten kommen vom Land Nordrhein-Westfalen, der Rest musste jedoch in Solingen aufgebracht werden. Weil die Kassen der Stadt leer sind, sprang die Jugend- und Drogenberatung für November und Dezember ein. Günter Smentek hat bei den Ohligser Geschäftsleuten um Spenden geworben – bislang ohne Erfolg: „Überraschung war bislang die einzige Reaktion. Dabei kommt es auch den Händlern zugute, wenn der Bremsheyplatz befriedet wird“, argumentiert er.

Marco Krienke arbeitet nun zunächst daran, den Kontakt zu seiner Klientel zu suchen, und Vertrauen aufzubauen. Neben dem Bremsheyplatz, seinem Schwerpunkt, wird er einmal pro Woche an einer weiteren Problemecke, dem Mühlenplatz, präsent sein. „Es geht um kleine Schritte, nicht um den großen Knall“, sagt Norbert Schäfer, Leiter der Jugend- und Drogenberatung. Krienke: „Ich möchte mit den Menschen Ziele entwickeln, die für sie erreichbar sind: eine eigene Wohnung zu kriegen oder vom Alkohol loszukommen.“ Und er soll erreichen, dass sie auch die „Faxe“, eine Kontaktstelle der Jugend- und Drogenberatung, stärker als Treffpunkt nutzen – und weniger ihr „Wohnzimmer“ Bremsheyplatz.



Politik der kleinen Schritte: Sozialarbeiter Marco Krienke (links) Jugend- und Drogenberatung, Norbert Schäfer. Foto: Uli Preuss

Quelle: Solinger Tageblatt v. 27. 11. 2003

Tradition und Form der Kooperation in Solingen

Das hohe Maß an einrichtungsübergreifender Zusammenarbeit und Denken in integrierten Konzepten ist in Solingen nichts außergewöhnliches mehr. Denn die enge Vernetzung zwischen verschiedenen Trägern und Diensten hat eine lange Tradition. Sie geht auf problem- und themenbezogene Projekte wie Spritzentausch oder die meist saisonbedingt wiederkehrende Notwendigkeit, sich gegen eine Verschärfung der Straßensatzung zur Wehr zu setzen, zurück.

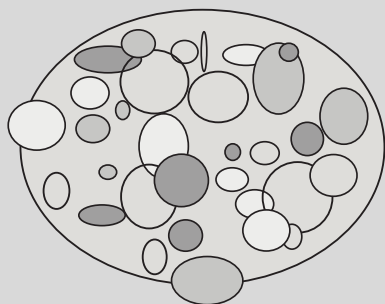
Viele Projekte und heutige Einrichtungen sind selbst aus modellhaften Projekten und befristeter Kooperation entstanden, so dass sich das Thema Vernetzung und Synergieeffekte wie ein roter Faden durch die Solinger Trägerlandschaft zieht. So ist das Frauenwohnprojekt EWFra aus einer Kooperation zwischen Frauenhaus, Caritasverband, dem Stadtdienst Wohnen und der Gleichstellungsstelle entstanden. Die FAXE entsprang der Initiative von zehn verschiedenen Trägern, die gemeinsam im Spritzentausch tätig waren. Auch die

Jugend- und Drogenberatung anonym e.V. ist ein Beispiel für integriertes Denken, da sich hier die Überschneidung originärer Leistungen der Jugendhilfe plus Angebote der Suchtkrankenhilfe finden lässt.

Zwischen den einzelnen Einrichtungen herrscht auch heute ein reger Austausch und es scheint, als ob sich Kooperationsideen als Bestandteil der täglichen Arbeit in immer neue Formen bringen lassen. Diese Vorstellung prägte wohl auch die Wahl der Grafik, mit der die Koopera-

tionspartner ihre aktuelle Zusammenarbeit an dem Gesamthilfekzept am besten abgebildet sehen.

Die Akteure wählten das Modell „Zelle“, weil es Bewegung symbolisiere, die Konturen des Systems noch unscharf seien und nicht statisch. Die äußere Umgrenzung des Kooperationsverbunds ist wahlweise das kommunale Gesamtkonzept oder ganz konkret und räumlich: die FAXE, unter deren Dach verschiedene Fachkompetenzen zusammen kommen, die jedoch nicht vollständig gebündelt zusammen arbeiten. Die kleinen und großen Blasen stellen die verschiedenen Träger dar, die sich in unterschiedlichem Maße einbringen, so der Caritasmitarbeiter Herr Lesweg. Da das Bild nahe legt, es „wabere alles so vor sich hin“ wurden auch Überlegungen zu festen Strukturen in den Arbeitsbeziehungen angestellt.



Hr. Oberheuser, Stadt Solingen: Derzeit bewegt sich eine Menge, aber die Konturen sind noch ein wenig unscharf.

Hr. Lesweg, Caritasverband: Man braucht keinen institutionellen Mittelpunkt, sondern der Klient steht im Mittelpunkt.

Frau Hackbart, Stadt Solingen: Unter einem Dach kommen verschiedene Fachkompetenzen zusammen, die noch nicht ganz gebündelt sind. Die unterschiedlich großen Kreise symbolisieren, dass sich die Akteure unterschiedlich stark einbringen.

Frau Zsack-Möllmann, Frauenhaus: Es fehlen Überlappungen, weil einzelne Träger doch enger zusammen arbeiten.

Hierarchische Strukturen seien nicht zu finden, vielmehr entstünden diese durch die Formen der Zusammenarbeit, also die funktionelle Arbeitsteilung. „Man wendet sich eben immer an den, der im entsprechenden Fall über die größte Kompetenz, die nötigen Leistungen oder auch den höchsten Einfluss verfügt, um seinen Zielen ein Stück näher zu kommen“. Eine Strategie „der kleinen Schritte“, so der Projektmitarbeiter der aufsuchenden Beratung, Herr Krienke.

Bilanz der ersten Projektphase

Viele kleine Erfolge können die beteiligten Akteure verbuchen. Zu allererst ist es ein großer Erfolg, dass das Gesamtkonzept, so wie es gedacht war, auf den Weg gebracht wurde und auch funktioniert.

Durch die Kooperation wird mehr Input in die FAXE gebracht. So kommt man dem Ziel, ein vielfältiges und kontinuierliches Angebot für Hilfesuchende zu erbringen, ein gutes Stück näher. FAXE als Alternative zur Straße, das muss sich sicherlich noch weiter rum sprechen. Aber die Akteure sind zuversichtlich, dass sich die Konflikte im öffentlichen Raum mildern lassen. Verschwinden werden Interessenskonflikte und die Konfrontation wohl nie ganz, denn sie sind Bestandteil einer heterogenen Stadtgesellschaft.

Neben der Alltagsarbeit setzen sich die Akteure deshalb auch in anderen Gremien immer wieder für das Gespräch und eine moderate Haltung gegenüber den Szenen ein. Denn trotz des Runden Tisches zwischen Gewerbe, Politik, Betroffenen und Hilfesystem fordern einzelne nach wie vor die „Entfernung“ des Klientels von den Straßen. Und das trotz guter Aufklärung durch positive Presseberichte über die laufenden Bemühungen im Rahmen des kommunalen Konzepts. „Einige begreifen es halt doch nie“ so der Tenor der Anwesenden.

An dem übergeordneten Ziel, den sozialen Frieden in Solingen zu erhalten bzw. zu fördern, wird festgehalten. Statt unnatürlicher „Grabesruhe“, so Herr Schäfer von der Jugend- und Drogenberatung anonym e.V., ist ein reges Miteinander verschiedener Interessensgruppen entstanden, bei dem es auch mal

etwas lauter zugehen darf, so lange alle als gleichberechtigte Diskussionspartner ernst genommen werden.

Man ist enger an die Szene herangekommen. Hemmschwellen wurden abgebaut, vor allem dadurch dass man aus den Behörden und Institutionen raus geht und die spezifischen Bedarfe der Betroffenen wissen will. Alle Beteiligten sind stolz angesichts der Entwicklungen, die sie trotz angespannter Personal- und Finanzlage in Gang gebracht haben.

Teil der Bilanz ist aber auch die Erkenntnis, dass die beispielhafte Zusammenarbeit in der FAXE auf wackeligen Beinen steht. Ohne zusätzliche Ressourcen bleiben Angebote wie die innerstädtische Beratungsstelle geschlossen, während die Mitarbeiter/-innen in der FAXE ihre Beratung anbieten. Der Stadtdienst Jugend steht beispielsweise momentan nicht als verlässlicher Kooperationspartner zur Verfügung, weil zusätzliche Präsenzzeiten in der FAXE die Regalarbeit im ASD gefährden würden. In naher oder ferner Zukunft wird man, so die beteiligten Akteure, trotz „good will“ und Kooperation an Grenzen stoßen. Für die Hilfesuchenden bedeutet das dann möglicherweise, dass Bedarfen wegen mangelnder Ressourcen keine adäquate Handlungsmöglichkeit gegenübergestellt werden kann. Schon jetzt fehlen beispielsweise Arbeitsangebote und Möglichkeiten zur Freizeitbeschäftigung als tagesstrukturierende Maßnahmen, die eine wirklich sinnvolle und attraktive Alternative zur Straße sein könnten.

Der Geschäftsführer der Jugend- und Drogenberatung anonym e.V., Herr Schäfer, umschreibt die Situation angesichts immer wieder drohender Kürzungen so: „Die Eisdecke, auf der wir uns bewegen, ist fürchterlich dünn, und die Kühlschränke, die das Eis hier produzieren und stärken, fallen manchmal aus oder müssen an anderen Stellen eingesetzt werden.“ Trotzdem lassen die Akteure nicht die Köpfe hängen, sondern sind weiter motiviert, für ihre Klient/-innen bedarfsgerechte Antworten auf deren Probleme zu finden und die FAXE als zentralen Anlaufpunkt langfristig zu etablieren.

Abb. 9: Das Solinger Kooperationsmodell

„Das Netz ist geknüpft, die Partner bekannt und alle sehr engagiert damit befasst, das Begonnene weiter zu entwickeln“, meint Herr Oberheuser von der Stadt Solingen zum Abschluss. Ein Projekt der kleinen Schritten, aber mit langem Atem!
(se, mr, ss)

Verwendete/ angesprochene Quellen:

- Westfälischer Herbergsverband e.V. (2003): Gestaltung des Zusammenlebens im öffentlichen Raum - eine Arbeitshilfe.
- Deutscher Caritasverband (2003): Neue Caritas - Sonderdruck „Integrieren statt ausgrenzen - wider die Verdrängung und Kriminalisierung von sozialen Randgruppen im öffentlichen Raum der Innenstädte (13/2003).
- Stollheis, Kohl (1990): Zur Zulässigkeit ordnungsrechtlicher Maßnahmen gegen ‘Nichtsesshafte’ in den Städten, insbesondere durch Alkoholverbot auf Grund straßenrechtlicher Sondernutzungssatzungen (veröffentlicht in Gefährdetenhilfe 2 /1990, S. 55 ff).
- Hecker (1997): Die Regelung des Aufenthaltes von Personen im innerstädtischen Raum, Darmstadt.
- Ronneberger (1998): Die Unwirtlichkeit der Städte, in: Wohnungslos 2 / 1998, S. 48 ff.
- Simon (2001): Wem gehört der öffentliche Raum? Zum Umgang mit Armen und Randgruppen in Deutschlands Städten, Opladen: Leske + Budrich.

2 mal Kooperation zwischen Wohnungswirtschaft und Sozialarbeit in Essen – wie passt das zusammen?

Wohnungswirtschaftliche Unternehmen haben eine zentrale Bedeutung für das Hilfesystem für Wohnungsnotfälle. Nicht nur, weil sie Wohnraum bereitstellen und bewirtschaften, sondern auch, weil im Zuge eines erweiterten Aufgabenverständnisses in einigen Unternehmen mittlerweile wohnbegleitende Dienstleistungen für Mieterinnen und Mieter angeboten werden. Dieser Entwicklung liegt oftmals ein verändertes Unternehmensleitbild zugrunde, welches soziale Serviceangebote, eine konfliktfreie Nachbarschaft und das Image des Wohnquartiers neben Wohnungsgröße, Wohnungszustand und Miethöhe als relevante Faktoren für die Marktfähigkeit einer Immobilie und das eigene Image erkennt. Es eröffnet sich somit ein Handlungsfeld, in dem sozialarbeiterische Leistungen der Wohnungsnotfallhilfe gut integrierbar sind und zudem durch bestehende Angebote der Wohnungsunternehmen flankiert bzw. abgerundet werden können.

Besonders ehemals gemeinnützige Wohnungsunternehmen stehen in ihrer Tradition der sozialen Verantwortung vermehrt als Kooperationspartner für die Woh-

nungsnotfallhilfe zur Verfügung. Der Einsatz von Sozialarbeiter/-innen, entweder im Unternehmen selber oder durch Kooperationsvereinbarungen mit Trägern der Freien Wohlfahrtspflege, soll Haushalten mit Mietschulden frühzeitig Hilfen an die Hand geben. Wirtschaftliche Ziele, wie Mietrückstände und Fluktuationsraten zu senken oder Leerstände durch Räumungsklagen zu vermeiden, lassen sich nach ersten Erfahrungen durchaus mit den Zielen der Wohnungsnotfallhilfe - ausreichende Ver-

sorgung mit angemessenem Wohnraum, Sicherung der Wohnung, Vorbeugung von Wohnungsverlusten - vereinbaren.

Wie dies in der Praxis aussehen kann, wird im Folgenden an zwei im Rahmen des NRW-Landesprogramms *Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern* geförderten Modellprojekten vorgestellt. Die Programmgeschäftsstelle hat dazu die zuständigen Projektmitarbeiter gebeten, einige Fragen zu beantworten.

Das Projekt präventiver Beratung und Unterstützung für Wohnungsnotfälle bei der Allbau AG

Die Allbau AG ist ein überwiegend kommunales, ehemals gemeinnütziges Wohnungsunternehmen mit einem Bestand von etwa 18.700 Wohnungen im gesamten Essener Stadtgebiet, u. a. auch in den Programmstadtteilen der Sozialen Stadt Katernberg und Altendorf. Konflikte in einzelnen Wohnquartieren und die Zunahme der Mahn- und Klageverfahren in den letzten Jahren, die für einige Betroffene mit dem endgültigen Wohnungsverlust endeten, wiesen auf einen Handlungsbedarf hin, der mit den ursprünglichen Leistungen des Wohnungsunternehmens nicht zu decken war. Um Haushalte mit Mietschulden frühzeitig zu erreichen und dann angemessene Hilfen anbieten zu können, wurde daher mit Hilfe des Landesprogramms die Projektstelle *Präventive Beratung und Unterstützung für Wohnungsnotfälle* eingerichtet.

Die Allbau AG finanziert den für die Realisierung der Stelle erforderlichen Eigenanteil an den Landesfördermitteln und ist unmittelbarer Projektträger. Dies ist bei einem Projekt zur Entwicklung

aufsuchender Beratungs- und Hilfeangebote im Rahmen des Landesprogramms *Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern* eine Besonderheit.

Seit April 2003 ist der Dipl.-Sozialarbeiter Herr Weyer, der zuvor sechs Jahre als Hausverwalter im Wohnungsunternehmen tätig war, zuständig für Kontaktaufnahme, Situationsaufklärung sowie intensive soziale Beratung und Unterstützung auffällig gewordener Haushalte. Seine Stelle ist organisatorisch und räumlich bei der Mahn- und Klageabteilung im Allbau-Haus am Kennedyplatz angesiedelt. Im Zuge der dortigen monatlichen Mieteingangskontrolle wird er frühzeitig in Kenntnis darüber gesetzt, wo Mietzahlungsschwierigkeiten bestehen, sich Mietschulden auftürmen und letztendlich auch Räumungsklagen drohen. Nach Auswahl des in Frage kommenden Personenkreises für das Projekt macht Herr Weyer Hausbesuche und bietet seine Unterstützung und Beratung vor Ort an. Seine Arbeit ist einzelfallbezogen und nicht auf einen bestimmten Stadtteil begrenzt.

Das Projekt berücksichtigt besonders die Zielgruppe der allein erziehenden jungen Mütter bzw. der jungen Familien sowie die Gruppe der allein stehenden jungen Männer. Leitspruch bei Herrn Weyers Arbeit, der vor allem als Vertrauensperson für die Betroffenen fungieren will, lautet: Eine Wohnungsgesellschaft besteht nicht nur aus Häusern, sondern hauptsächlich aus Menschen.“ Zur Unterstützung seiner Arbeit kann Herr Weyer auf bestehende Kooperationen der Allbau zur Geschäftsstelle Wohnungsnotfälle der Stadt Essen, dem Jugendamt und Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände zurückgreifen.



Foto: Allbau AG

Kontakt:

Allbau AG
Martin Weyer
Kennedyplatz 5
45127 Essen
Telefon: + 49 (0)2 01 - 22 07-363
Telefax: + 49 (0)2 01 - 22 07-3 35
E-Mail: m.weyer@allbau-ag.de
Website: <http://www.allbau-ag.de>

**Aufsuchende Beratung für Haushalte mit Mietrückständen in Essen-Katernberg:
Ein Kooperationsprojekt der viterra-Wohnen und der NEUE ARBEIT der Diakonie Essen
gGmbH**

In Katernberg, einem Stadtteil des integrierten Handlungsprogramms Soziale Stadt NRW, wurde in den letzten Jahren eine überproportionale Zunahme von Verschuldungen privater Haushalte verzeichnet. Mietzahlungen wurden nicht mehr mit der erforderlichen Priorität geleistet und es kam vermehrt zu Mietrückständen und (drohendem) Wohnungsverlust in Folge von Räumungsklagen. Um dieser Entwicklung gezielt entgegen zu wirken, führen die Viterra-Wohnen und die NEUE ARBEIT der Diakonie Essen gGmbH gemeinsam das Projekt *Aufsuchende Beratung für Haushalte mit Mietrückständen* durch.

Der Diplom-Sozialpädagoge Ulrich Korber arbeitet seit März 2004 an diesem Projekt, welches im Rahmen des Landesprogramms *Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern* für zwei Jahre gefördert wird. Viterra-Wohnen trägt den komplementär zur Landesförderung zu erbringenden Eigenanteil. Die beiden Projektinitiatorinnen der Aufsuchenden Beratung für Haushalte mit *Mietrückständen* sind als Institutionen bereits mit ihren Angeboten vor Ort im Stadtteil aktiv und etabliert: Viterra-Wohnen bietet ein Servicecenter, in dem die Vermietung vor Ort abgewickelt wird und einmal wöchentlich eine Mietersprechstunde stattfindet. Herr Korber hat sein Projektbüro in unmittelbarer Nähe zum viterra-Servicecenter unter dem Dach der Beratungs- und Dienstleistungsagentur der NEUE ARBEIT der Diakonie Essen. Hier befinden sich eine Beratungsstelle für arbeitslose Menschen, ein Arbeitslosenzentrum, eine Beratungsstelle für Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion und zwei kommunale Beschäftigungsförderungsprojekte. Neben dem trägereigenen Netzwerk kann Herr Korber auf bestehende Kooperationen mit anderen Beratungsstellen und Einrichtungen, wie z. B. die Schuldnerberatung und die Abteilung Verhinderung von Obdachlosigkeit des Sozialamtes Stadt Essen, zurückgreifen.

Herr Korber erreicht mit seiner aufsuchenden Mieterberatung insbesondere zwei Zielgruppen: Familien mit niedrigem Einkommen und Menschen mit Migrationshintergrund. Der Kontakt entsteht entweder aktiv durch die Menschen, die Mietschulden haben und in seine Sprechstunde kommen, oder Herr Korber macht Hausbesuche bei den betreffenden Mieterhaushalten. Die entsprechende Information bekommt er von den Kundenbetreuer/-innen der viterra-Wohnen, die vor einer Kündigung den betreffenden Mietschuldern das Angebot ankündigen. Sein Motto: Beraten statt eintreiben.

Langfristig soll die aufsuchende Beratung von Mieterhaushalten die Basis der mieterorientierten Dienstleistungen verbreitern und eine Verstetigung unabhängig von Fördermitteln erreicht werden.

Kontakt:

Ulrich Korber
 NEUE ARBEIT der Diakonie Essen gGmbH
 Beratungs- und Dienstleistungsagentur im Bezirk VI
 Am Handwerkerpark 7
 45309 Essen
 Telefon: +49 (0)2 01 - 3 02 03 64
 E-Mail: ulrich.korber@neue-arbeit-essen.de
 Website: http://www.neue-arbeit-essen.de



Foto: NEUE ARBEIT der Diakonie Essen gGmbH

PG: Was war der Anlass für die Initiierung der Kooperation ?

Hr. Weyer (ALLBAU): Bedingt durch die in den letzten Jahren zunehmenden soziale Probleme innerhalb der Bevölkerung - auch und gerade im Bestand von Wohnungsbaugesellschaften - und vor dem Hintergrund sinkender öffentlicher Mittel haben Gesellschaften wie die Allbau AG ihren Verantwortungsbereich über die reine bauliche Bestandssicherung hinaus erkannt und um eine umfassende soziale Komponente erweitert. Seit 2002 gibt es bei der Allbau AG Ansprechpartner, die sich ausschließlich um soziales Management und Wohnumfeldverbesserung - nichts zuletzt auch als erweiterte und integrative Form der Belegungspolitik - kümmern.

Auch die Mahn- und Klageverfahren, die in der folgenreichen Konsequenz immer auch mit dem Verlust der Wohnung unmittelbar verbunden sind, haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Daher entwickelte der Allbau eine Projektstelle für präventive Beratung und aufsuchende Hilfe. Ihre Zielsetzung besteht im Erhalt und in der dauerhaften Sicherung des Wohnraumes von Mieter/-innen, denen unmittelbar oder mittelbar der Verlust ihrer Wohnung droht. Gerade diese Zielgruppe ist - aus Gleichgültigkeit, Resignation oder bestehenden Ängsten vor jedweder Einrichtung mit

Behördencharakter - auf den üblichen Wegen leider in den meisten Fällen nicht mehr erreichbar. Um diese Schwellenängste abzubauen und aufzubrechen, wurde daher für die Arbeitsweise des Projektes bewusst der Weg der aufsuchenden Beratung gewählt, bei der die Betroffenen in ihrem sozialen Umfeld aufgesucht werden und die notwendige Beratung in der Regel in der vertrauten Umgebung der eigenen vier Wänden stattfindet.

Herr Korber (NEUE ARBEIT der Diakonie Essen): Die NEUE ARBEIT der Diakonie Essen gGmbH arbeitet seit 1999 mit der Viterra im Rahmen des Kooperationsprojektes Hausbetreuer zusammen. Im Laufe dieser Zusammenarbeit und den daraus entstandenen Gesprächskontakten wurden wir durch die Viterra in unserer Beobachtung bestätigt, dass bei steigender Langzeitarbeitslosigkeit im Bezirk VI (Essen Katernberg) Verschuldung und damit auch Mietrückstände zunehmen. Da diese Problemstellung, besonders das der Mietrückstände, nicht mehr im Rahmen unserer Arbeitslosenberatung vor Ort aufzufangen war, schlugen wir der Viterra vor, für die Mieter/-innen der mit ca. 4.000 Wohneinheiten größten Wohnungsgesellschaft im Bezirk im Rahmen eines gemeinsamen Projektes eine Beratungsstelle einzurichten. Die Koopera-

tion bezüglich dieses Projektes wurde durch einen Vorstandsbeschluss der Viterra unterstützt.

PG: Warum haben Sie die bestehende Kooperationsform gewählt ?

Hr. Weyer (ALLBAU): Die direkte Einbindung des Projekts in die Strukturen der Allbau AG wurde bewusst so gewählt, um die notwendigen Wege für die Betroffenen so gering wie möglich zu halten und somit eine einfache und schnelle Hilfestellung leisten zu können. Dabei ist auch die unmittelbare Anbindung des Projekts an die Mahn- und Klageabteilung der Allbau AG von Bedeutung, da an dieser Stelle sowohl neue als auch erneute Auffälligkeiten im Zahlungsverhalten der betroffenen Mieter/-innen unmittelbar und schnellstmöglich registriert werden. Zusätzlich stellt die Allbau AG auch sicher, dass dem Projektmitarbeiter im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung des jeweiligen Beratungsfalls auch kurzfristige und weiterreichende Informationen aus anderen Abteilungen zur Verfügung stehen.

Im Zusammenspiel aus Beratungsprojekt, Mahn- und Klageabteilung, Hausbewirtschaftung, Vermietung und Beschwerdemanagement ist so eine umfassende Betrachtung des Beratungsfalls -

nicht zuletzt auch im direkten Interesse der Betroffenen - auf schnellst möglichen Wege gegeben.

Hr. Korber (NEUE ARBEIT der Diakonie Essen): Die NEUE ARBEIT und die Viterra kennen sich schon seit 1999 durch Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte als Kooperationspartner. Mit dem Projekt der aufsuchenden Beratung wurden die bestehenden Arbeitsbeziehungen ausgeweitet und genutzt, um die mieterorientierten Dienstleistungen des Wohnungsunternehmens zu verbreitern.

Zwischen Viterra und NEUE ARBEIT bestehen institutionalisierte Kooperationsvereinbarungen, wodurch eine regelmäßige Kommunikation gewährleistet wird und die Beratungsarbeit der NEUE ARBEIT zum Nutzen der Klient/-innen eine größere Verbindlichkeit bei der Problemlösung erhält. Im Rahmen klar geregelter Arbeits- und Aufgabenbereiche zwischen den Kooperationspartnern ergeben sich informelle Zugänge zu den Klient/-innen sowie bessere Interventionsmöglichkeiten. Zeigt sich - wovon wir ausgehen - dass die aufsuchende Beratung für Haushalte mit Mietschulden nicht nur von Vorteil für die betreffenden Mieter/-innen ist, sondern auch positive betriebswirtschaftliche Effekte für Viterra mit sich bringt, wird eine Übertragung des Projekts auf weitere Viterra-Niederlassungen denkbar und die Weiterfinanzierung der Beratungsstelle in Essen-Katernberg wahrscheinlich.

PG: Was sind die Vorteile Ihrer Kooperationsform, z. B. hinsichtlich des Informationsflusses und der Erreichbarkeit bzw. Akzeptanz der Zielgruppe?

Hr. Weyer (ALLBAU): Als überaus positiv für die Arbeit des Projektes hat sich erwiesen, dass lediglich ein Ansprechpartner bei der Allbau AG verantwortlich ist. Nur er setzt sich mit seinen Kollegen aus anderen Abteilungen der Allbau AG in Verbindung. Somit wurde auch eine kurzfristig reaktionsfähige Bearbeitung etabliert. Der Informationsfluss wird hierbei weder durch unnötiges

Kompetenzgerangel behindert noch durch gegebenenfalls verlängerte Informationswege über zweite oder dritte Hand in die Länge gezogen. Dabei bleiben die Möglichkeiten des Projektes nicht nur auf die Beratung zum Erhalt des jetzigen Wohnraums der Betroffenen beschränkt. Zusätzlich ist in Kooperation mit der Vermietungsabteilung der Allbau AG auch die kurzfristige Vermittlung von neuem und an die persönlichen Verhältnisse der Betroffenen angepasstem Wohnraum möglich.

Hr. Korber (NEUE ARBEIT der Diakonie Essen): Die Mieterberatung der NEUE ARBEIT hat bei der Viterra konkrete Ansprechpartner: die System- und Bestandsbetreuer. Sie ist daher mit den Informationen der Wohnungsgesellschaft und der Mieter/-innen verzahnt. Die systematisierten Daten der Viterra-Bestandsbetreuung und Informationen von Seiten der Mieter/-innen, ergänzt um informelle Hinweise über diese, können so zusammengeführt und ausgewertet werden. In Abhängigkeit vom Handlungsdruck und der Problemkomplexität bei den Haushalten, für die die aufsuchende Mietschuldnerberatung tätig werden soll, findet bei der Viterra eine Fallauswahl statt. Aufbauend auf den Erfahrungen der Mitarbeiter/-innen bei Viterra, z. B. zur Erreichbarkeit der ausgewählten Haushalte, sowie mit der Zeit gemachte eigene Erfahrungen lässt sich eine Strategie der aufsuchenden Arbeit finden und verbessern.

PG: Was sind die Nachteile?

Hr. Weyer (ALLBAU): Aus meiner Sicht haben sich aus der direkten Anbindung an die Allbau AG bisher keine Nachteile für die Arbeit des Projektes ergeben.

Hr. Korber (NEUE ARBEIT der Diakonie Essen): Manchmal kann es mehrere Wochen dauern, bis es zum Erstkontakt kommt, denn aus Datenschutzgründen gibt Viterra keine Information über die Problematik der Mieter/-innen weiter, bevor der/ bzw. die Mieter/-in nicht seine/ihre Zustimmung gegeben hat. Außerdem besteht kein direkter Zugriff auf Informationen durch

das Viterra-interne Informationssystem SAP, selbst wenn die Zustimmung durch den/die Mieter/-in gegeben ist. Daher ist die Mieterberatung auf Informationen der System- oder der Bestandsbetreuer der Viterra angewiesen.

PG: Welche Vorteile ergeben sich durch die Kooperation mit der Sozialarbeit für die Wohnungsunternehmen?

Hr. Weyer (ALLBAU): Im Zuge wachsender Verarmung der Kommunen und den damit verbundenen anwachsenden sozialen Problemen tritt der Bereich der Sozialarbeit mit all seinen Aufgabenbereichen bei vielen Wohnungsunternehmen immer weiter in den Vordergrund. Wohnraum kann und soll nicht sich selbst überlassen werden, die aktive Einflussnahme auf die Gestaltung bestehender Wohnumfelder hat im Zuge einer Neuorientierung der Belegungspolitik erheblich an Bedeutung gewonnen. Hierbei sind insbesondere alle Aktivitäten der Wohnumfeldverbesserung unter direkter Einbindung der Mieter/-innen zu sehen, alle Maßnahmen zum Erhalt der „Kundenzufriedenheit“, zum Verbleib der Mieter/-innen in ihren Wohnungen und letztlich auch zur Vermeidung von Leerständen im Wohnungsbestand der Gesellschaften. Neben dem klassischen Sozialmanagement ist nun auch der Bereich der Mietschuldnerberatung weiter in den Vordergrund gerückt, bedingt durch den sich innerhalb der BRD verschlechternden Arbeitsmarkt und der damit verbundenen Tendenz zu einer neuen Armut in Deutschland. Jeder Wohnungsverlust aufgrund von Mietschulden ist für alle Beteiligten mit weitreichenden Konsequenzen verbunden, finanziell wie auch organisatorisch. Zusätzlich zum Verlust der Wohnung, dem sozialen Abstieg und dem Verlust seines gewohnten sozialen Umfeldes bedeutet dies für die betroffenen Mieter/-innen auch eine erhebliche zusätzliche Verschuldung mit all ihren Konsequenzen. Für die Wohnungsgesellschaften ist jede Zwangsräumung ein nicht unerheblicher Mehraufwand und auch einen zusätzlichen Leerstand mit allen daraus resultierenden Folgen. Diese Konsequenzen lassen sich im Vorhinein in vielen

Fällen durch einen entsprechenden und auch finanziell durchaus angemessenen Einsatz an Sozialer Arbeit vermeiden.

Arbeit in Zukunft ein neuer und auch dauerhaft gesicherter Wirkungskreis, von dem beide Seiten profitieren werden.

-innen haben und/oder verursachen soziale Probleme, bedürfen also des Engagements der Sozialen Arbeit. Insoweit schließt sich der Kreis hier recht schnell. Warum also sollte man Systeme von einander trennen, die im Grunde ihrer Existenz doch soviel miteinander verbindet? Meines Erachtens liegt gerade in ihrer unmittelbaren Zusammenführung eine besondere Stärke und Leistungsfähigkeit, auch und nicht zuletzt im Interesse der betroffenen Mieter/-innen bzw. Kund/-innen.

Hr. Korber (NEUE ARBEIT der Diakonie Essen): Der Nutzen für das Unternehmen stellt sich in folgenden Punkten dar: Mit der aufsuchenden Beratung von Haushalten mit Miet-schulden können langfristig durch präventive Maßnahmen aber auch kurz-fristig durch Interventionen in akuten Krisensituationen betriebswirtschaftliche Vorteile erreicht werden, z. B.:

Hr. Korber (NEUE ARBEIT der Diakonie Essen): Die Zusammenarbeit von Sozialarbeit und Wohnungswirtschaft eröffnet die Möglichkeit, mehr Einblicke in und Verständnis für die wohnungswirtschaftlichen Zusammenhänge zu bekommen und darauf begründet auch neue Arbeitsfelder für die Sozialarbeit zu entdecken oder zu entwickeln.

- Vermeidung von Zwangsräumungen und damit Leerstandsreduzierungen,
- Reduzierung der Mietrückstände bei laufenden Mietverhältnissen,
- Senkung der Fluktuationsrate bei Mieterwechsel.

Der Erfahrungsaustausch zwischen Sozial- und wohnungswirtschaftlicher Arbeit fördert außerdem die Auseinandersetzung mit umfassenderen sozialen Zusammenhängen bei auffälligen Haushalten in der Wohnungswirtschaft. Das hilft, mehr Verständnis für die Probleme auffälliger Mieterhaushalte aufzubringen und damit die Sozialarbeit als sinnvolle und unterstützende Tätigkeit zu erkennen.

Außerdem kann das Wohnungsunternehmen hierdurch sein Image weiter verbessern. Mit den neuen sozialen Aufgabengebieten können neue Arbeitsplätze geschaffen und mehr Kundenorientierung bewiesen sowie eine erhöhte soziale Verantwortung gezeigt werden.

PG: Sehen Sie Probleme in der Zusammenarbeit auf Grund unterschiedlicher Arbeitsphilosophien?

PG: Welche Vorteile entstehen andererseits für die Soziale Arbeit?

Hr. Weyer (ALLBAU): Oberflächlich und in althergebrachtem Verständnis ergeben sich natürlich diverse Probleme und Widersprüche aufgrund der unterschiedlichen Arbeitsphilosophien. Auf der einen Seite steht ein Unternehmen der Wohnungswirtschaft, das sich nicht zuletzt auch an wirtschaftlichen Zwängen orientieren muss. Auf der anderen Seite ist die Soziale Arbeit mit ihrem zuerst einmal auf den einzelnen Menschen abgestellten und sehr individuell orientierten Ansätzen besonders wichtig. Hinterfragt man aber diese unterschiedlichen Institutionen genauer, dann zeigt es sich, dass sie überhaupt nicht so weit auseinander liegen müssen wie bisher gedacht und praktiziert.

Hr. Weyer (ALLBAU): Bereits zum heutigen Zeitpunkt ist deutlich erkennbar, dass sich die bisher praktizierte Trennung von Sozialer Arbeit (geleistet durch Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Freien Trägern) und wirtschaftlich orientierten Unternehmen in Zukunft so nicht weiter fortführen lassen wird. Die Abhängigkeit vieler Träger Sozialer Arbeit von öffentlichen Mitteln hat dazu geführt, dass durch die wachsende Finanznot der Kommunen ihre weitere Finanzierung immer dramatischer in Frage gestellt oder bereits komplett eingestellt wurde. Mit der Übernahme von neuen Arbeitsfeldern in wirtschaftlich denkenden Unternehmen wie den Wohnungsgesellschaften, so auch durch Miet-schuldnerberatung und andere soziale Projekte, erschließt sich der Sozialen

Hr. Korber (NEUE ARBEIT der Diakonie Essen): Es gibt bei zwei unterschiedlichen Unternehmen mindestens zwei unterschiedliche Unternehmensphilosophien mit unterschiedlichen Interessen und Arbeitsweisen, die sich gegenseitig behindern oder ergänzen können. Das Unternehmen der Wohnungswirtschaft sieht die steigenden Probleme der Mieter/-innen durch die fehlenden Mieteinnahmen. Gleichzeitig sinkt auf Seiten der Mieter/-innen die Bereitschaft, mit dem/der Vermieter/-in zu kommunizieren; drohender Wohnungsverlust kann die Folge sein. Der Mieterberater nimmt an dieser Stelle die Kommunikation wieder auf, schafft Vertrauen, analysiert mit Hilfe des/der Mieter/-in die problematische Situation und sucht nach Lösungen. Die Mieterberatung ist hier ein ergänzendes System, es setzt mit pädagogischen und sozialarbeiterischen Mitteln dort ein, wo die Wohnungswirtschaft kein Handwerkzeug und keine Ressourcen hat.

In der Zusammenarbeit von Wohnungswirtschaft und Sozialer Arbeit liegt die Chance, dass Mietrückstände reduziert und Wohnraum erhalten bleibt und dass Menschen, die in Schwierigkeiten geraten sind, adäquat Hilfe geboten wird.

PG: Was können Sie auf Grund Ihrer bisherigen Erfahrungen für die Zusammenarbeit zwischen Wohnungswirtschaft und Sozialer Arbeit empfehlen?

Beide „Systeme“ leben ausschließlich von den Bedürfnissen der Menschen und sind jeweils auf eine bestimmte Art auf die finanzielle Absicherung ihres Bereiches angewiesen. Wohnungsgesellschaften haben und brauchen Mieter/-innen für ihre Existenz und Mieter/-

Hr. Weyer (ALLBAU): Nicht in der Trennung der Systeme, sondern in ihrer Zusammenarbeit und insbesondere in der direkten Einbindung der Sozialen Arbeit

in die Arbeit der Wohnungsgesellschaften liegt eine besondere Stärke und Chance für die Zukunft.

Viele Wohnungsgesellschaften haben bereits deutlich erkannt, dass ihre Verantwortung weit über die bauliche Bestandsicherung hinausgeht. Bei ihnen wohnen Menschen mit all ihren sozialen Problemen und Notlagen, die ein professionelles Wohnumfeldmanagement mit integrierter Sozialer Arbeit unumgänglich machen. Gerade in der Sozialen Arbeit muss nun stärker berücksichtigt werden, dass man einen Menschen mit seinen Problemen und seinem Sozialverhalten nicht ausschließlich individuell und losgelöst betrachten, sondern immer auch als Teil eines sozialen Systems in einem bestimmten Wohnumfeld und damit auch aus wirtschaftlicher Sicht sehen muss.

In der direkten Zusammenführung von Wohnumfeldmanagement und Sozialer Arbeit liegt eine große Chance zum Nutzen aller Seiten, sowohl für die Wohnungsgesellschaften im Interesse einer dauerhaften und finanziell gesicherten Belegung der Wohnungen, als auch für die Soziale Arbeit im Sinne ihrer finanziellen Absicherung.

Und nicht zuletzt und gerade auch für die Mieter/-innen bzw. Kund/-innen selbst, die in diesem System möglichst viele Hilfestellungen aus einer Hand und auch in seinem direkten Wohnumfeld erhalten können.

Hr. Korber (NEUE ARBEIT der Diakonie Essen): Grundsätzlich ist bei der Zusammenarbeit von Wirtschaftsunternehmen und Sozialer Arbeit zu beachten, dass beide Bereiche unterschiedliche Aufgaben haben:

- Wirtschaftsunternehmen haben die Aufgabe, monetäre Rendite zu erwirtschaften.
- Sozialer Arbeit hat soziale Hilfen adäquat bereitzustellen.

Diese unterschiedlichen Aufgabenstellungen und deren bewusste Wahr-

nehmung bietet Sicherheit im Umgang miteinander, da dadurch auch Kompetenzen eindeutig festgelegt werden können. Auf Seiten der Sozialer Arbeit sind da Eindeutigkeit der Methoden und Zielsetzungen und Transparenz in deren Darstellung notwendig.

So ist, bezogen auf das aktuelle Projekt, dem Wohnungsunternehmen klar, dass die Beratungsstelle in jedem Beratungsfall mit zwei Akten arbeitet. Eine Akte bezieht sich ausschließlich auf den Forderungsfall des/der Vermieter/-in und die darin enthaltenen Daten finden nur mit Einverständnis des Mieters bzw. der Mieterin darin Eingang. Die zweite Akte bezieht sich auf den über den Gegenstand Mietschulden hinausgehenden Beratungsvorgang und ist vor dem Hintergrund der absoluten Vertraulichkeit für das Wohnungsunternehmen nicht relevant.

Das Wohnungsunternehmen geht davon aus, dass die NEUE ARBEIT mit Hilfe ihres systemischen Beratungsansatzes die Mietschulden in der Regel als nur eines von mehreren Teilfeldern bearbeitet. Daraus resultiert im gemeinsamen Problemlösungsprozess mit den Ratsuchenden nicht nur eine adäquate Bearbeitung der aktuellen Schuldenproblematik, sondern im besten Fall auch eine nachhaltige Lösung bezüglich zukünftiger Mietzahlungen. Ohne das Vertrauen des Wohnungsunternehmens in die fachliche Integrität der Sozialer Arbeit sind längerfristige Lösungen oft nicht erreichbar.

Im Verhandlungsprozess mit dem Wohnungsunternehmen ist eine strikt fachlich fundierte Argumentation notwendig. Das gilt auch für informelle Gespräche. Wenn die fachliche Ebene verlassen wird, werden der Sachbearbeiter, die Sachbearbeiterin zu Sozialhelfern, was zur Kompetenzkonfusion führt. Auch emotional intendierte Äußerungen von Unternehmensseite sollten von der Sozialer Arbeit fachlich fundiert kommentiert werden.

Fazit

Die bisherigen Erfahrungen von Herrn Weyer und Herrn Korber zeigen zunächst

etwas Grundlegendes. Unabhängig von der Vorgehensweise und dem organisatorischen Kontext - wohnungswirtschaftliche Prinzipien und sozialarbeiterische Hilfen für Wohnungsnotfälle passen zusammen und können gemeinsam eine offensive Präventionsstrategie bilden. Die engere Zusammenarbeit zwischen den Institutionen führt zu eindeutigen Synergieeffekten. Über Kommunikation und grundlegenden Erfahrungsaustausch zwischen sozial- und wohnungswirtschaftlicher Arbeit können Probleme von Mieter/-innen mit Mietschulden in einem größeren Zusammenhang gesehen und ganzheitlicher angegangen werden. Art und Qualität des Informationsflusses zwischen den Kooperationspartnern sind daher entscheidende Faktoren für das Gelingen des Projekts. Eine direkte Anbindung des bzw. der Mitarbeiters/-in im Wohnungsunternehmen, wie im Fall der Allbau, ermöglicht eine schnelle Informationsweitergabe. Auch die Einflussnahme auf die Fallauswahl scheint hier größer. Auf der anderen Seite kann es aber von Vorteil sein, nicht direkt mit der Institution verbunden zu sein, die monetäre Forderungen an den/die säumigen Mieter/-in stellt. Die Annahme der Hilfe mag hier dem ein oder anderen leichter fallen, auch wenn man letztendlich doch immer einem Menschen gegenüber steht, von dem maßgeblich abhängt, ob er als Vertrauensperson und Helfer oder als Geldeintreiber gesehen wird.

Beide Projektmitarbeiter sprechen sich auf Grund ihrer Erfahrungen eindeutig für eine Intensivierung der Kooperationen zwischen Sozialer Arbeit und Wohnungswirtschaft in der Wohnungsnotfallhilfe aus. Dass die beteiligten Akteure hinsichtlich ihrer Eigenständigkeit bzw. fachlichen Abgrenzung vom Kooperationspartner von Herrn Weyer und Herrn Korber unterschiedlich gesehen werden, ändert dabei nichts daran, dass eine engere Zusammenarbeit in jedem Fall den Klient/-innen von Nutzen ist.

Wir bedanken uns bei den Interviewpartnern für die Einblicke in ihre Arbeit! (mr, sb)

Zusammenarbeit per Mausklick :-) WoNET in Rheine

Menschen, die mit dem Verlust ihrer Wohnung konfrontiert sind, verhalten sich selten so, wie es das Hilfesystem gerne hätte. ;-)

Anstatt direkt - beispielsweise in einer kompetenten Beratungsstelle oder bei der Zentralen Fachstelle - nachzufragen, bittet man lieber erst mal die Nachbarin um Hilfe, wendet sich an das bekannte Sozialbüro im Stadtteil, den oder die Mitarbeiter/-in des Migrationsdienstes oder lässt sich von der Mieterbetreuung des Wohnungsunternehmens ansprechen. Häufig reagieren Mieter/-innen vor ihrem drohenden Wohnungsverlust aber auch mit Apathie, öffnen Mahnbriefe des/der Vermieters/-in nicht mehr und ignorieren aus Hilflosigkeit das Problem viel zu lange. Der Grund ist, dass sie keine Perspektive für Problemlösungen sehen. Die Wohnung ist dabei häufig nur ein Problembereich neben anderen finanziellen, sozialen oder familiären Problemen.

Je differenzierter das soziale System ausgestaltet ist, desto mehr Auswahl gibt es bei Ort und Anlass der Mitteilung eines

Hilfe- oder Informationsbedarfs. Auch hier ist die Unkenntnis über die Möglichkeiten innerhalb des Hilfesystems für die Betroffenen eher verwirrend, was den Zugang erschwert. Die Wohnungsnotfallhilfe ergänzt deshalb ihre Kommunikationsstrukturen immer öfter dadurch, dass die Hilfen zu den Menschen „gehen“. Die mobile soziale Arbeit oder die integrierten Beratungsstellen im Stadtteil stehen sinnbildlich für diese Idee.

In Rheine beschreiten einige Akteure des Hilfesystems nun einen dritten Weg :-O Nicht Komm- oder Gehstrukturen sind hier das Stichwort, sondern Informationstransfer. Statt der Menschen - seien es Menschen in Wohnungsnotfällen oder Profis der Wohnungsnotfallhilfe - sollen zunächst die Daten zirkulieren. Über verbindliche Informationskanäle zwischen Stadtverwaltung, sozialem Träger und lokaler Wohnungswirtschaft sollen Informationen über drohende Wohnungsverluste, Wohnungssuche, freien Wohnraum, Konflikte, Hilfeangebote und Kontakte etc. schnell und zielgerichtet den Akteur erreichen, der damit etwas tun kann.



Foto: Thomas Milosek

Eine Internetplattform soll zur virtuellen Wohnraumbörse werden, Informationen und zielgerichteten Kontakt zur Wohnungsnotfallhilfe für alle bieten, die mit einem Wohnungsnotfall konfrontiert sind. Neu ist an dieser Kommunikation vor allem, dass sie im virtuellen Raum

statt findet. Das heißt es werden automatische Mails verschickt, es wird über das Internet kommuniziert und die Datenauswertung erfolgt - soweit vom Datenschutz erlaubt - elektronisch. Unabhängig davon wo ein Wohnungsnotfall auftritt, können fallbezogene und übergreifende Informationen gewonnen oder sogar ausgetauscht werden. Was man dazu braucht ist ein PC mit Internetzugang. Die räumliche Nähe zwischen den Kooperationspartnern ist zunächst zweitrangig.

Träger des Modellprojekts, das diese Kommunikation ermöglichen will, ist der Caritasverband Rheine e.V., der in Rheine u. a. ein Sozialbüro unterhält. Beteiligt sind darüber hinaus die Stadtverwaltung Rheine und die örtlichen Wohnungsgesellschaften. Sie bilden einen Runden Tisch, der das Projekt begleitet. Das Vorhaben wird seit Juni 2003 im NRW-Landesprogramm gefördert.

Wesentliche Teile des Projektes sind die Entwicklung und Installation der virtuellen Informationswege und des Internetportals. Voraussetzung dafür ist eine Abstimmung unter allen beteiligten Institutionen. Im Projektverlauf soll ein Kooperationsvertrag zwischen Wohnungsgesellschaften, Kommune und Caritasverband erarbeitet werden, der die Informationsflüsse, die Leistungen und die Finanzierung absichert. Neue Kooperationspartner sollen WoNET ergänzen und werden von dem zuständigen Mitarbeiter auf Veranstaltungen und durch Öffentlichkeitsarbeit aufmerksam gemacht. Die mit dem Datenschutz in Zusammenhang stehenden Fragen stellen eine zusätzliche Herausforderung dar. Im WoNET sollen personenbezogene Daten zirkulieren, deren Schutz oberstes Projektziel ist.

Was bisher geschah ...

Ein gemeinsames *Datenmanagement* aller Beteiligten im WoNET über die einheitliche Nutzung der selben Software scheiterte zunächst. Zu unterschiedlichen sind die EDV-bezogenen Anforderungen und Voraussetzungen der Akteure sowie die Auflagen des Datenschutzes. Man ist nun dazu übergegangen, die fallbezogene Kommunikation über ein automatisches Mailing von Wohnungsgesellschaften

Falldokumentation Sozialberatung

Die Falldokumentation Sozialberatung wurde im Rahmen des „Modellprojektes Sozialbüros NRW“ entwickelt, welches vom Sozialministerium NRW in den Jahren 1996 bis 1999 umgesetzt wurde. Ziel des Modellprojektes war es, neue Formen der Beratung zu erproben, um Personen mit sozialen und wirtschaftlichen Problemen bei der Überwindung ihrer Notlage zu helfen. Die Arbeit in sieben Sozialbüros in NRW (darunter Rheine) wurde wissenschaftlich ausgewertet und die Ergebnisse wurden im Jahr 2000 veröffentlicht. Ein „Produkt“ des Projektes ist die Falldokumentation *Sozialberatung*, die für das NRW-Landesprogramm *Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern* um ein Modul zum Thema Wohnen ergänzt wurde das zur Zeit erprobt wird.

Sie erhalten den Abschlussbericht zum „Modellprojekt Sozialbüros NRW“ als Pdf-Download auf den Internetseiten des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW unter www.mgsff.nrw.de/soziales/material/endbericht14s.pdf.

und Stadtverwaltung zum Caritasverband zu erproben. Möglichst frühzeitig schicken nun Stadtverwaltung und Wohnungsgesellschaften die Information über drohende Wohnungsverluste an das Sozialbüro des Caritasverbandes. Von hier aus erfolgt dann die Kontaktaufnahme zu dem Haushalt in drohender Wohnungsnot. Das Sozialbüro berät, unterstützt und vermittelt den oder die Klient/-in dann im Hinblick auf die Sicherung der Wohnung. Die Verwaltung aller Falldaten erfolgt bei Caritasverband mit der Falldokumentation Sozialberatung und dem Zusatzmodul + *Wohnen*.

Parallel zu dem internen Informationsraum entsteht auch eine öffentliche Plattform: die gemeinsame *Internetseite* - www.wonet-rheine.de - . Hier ist dann eine lokale Wohnraumbörse für Wohnungssuchende, Wohnungsanbieter/-innen, Träger und Stadtverwaltung eingerichtet. Hinter dem Bildschirm-Gesicht der Website verbirgt sich eine Datenbank, die einen Pool an Wohnungen verwaltet. Wohnungsgesuche und -anzeigen können nach einer Registrierung „geschaltet“ werden. Die Plattform ist eigenständig und offen für alle Wohnungssuchenden und -anbieter/-innen. Außerdem können auch Träger die Plattform nutzen, um für Klient/-innen ohne Zugang zum Internet Wohnraum zu suchen oder Anzeigen einzustellen. Einen Wohnungsmarkt zweiter Klasse, nur für Menschen in Wohnungsnotfällen, will dabei keiner der Kooperationspartner.

Zusätzlich zu Wohnungssuche und -angebot wird die Internetplattform auch weiterführende Informationen enthalten, die im Wohnungsnotfall helfen können. Mit direkten Links zu allen wichtigen Stellen in der Stadt will die Plattform immer aktuell, schnell und unverbindlich verfügbar sein. :-]

Vierteljährlich werden die Daten aus der Fallarbeit und dem Wohnungspool von der Projektstelle WoNET anonym ausgewertet. So werden Informationen gewonnen, die Aufschluss über den Wohnungsmarkt, die Wohnungssuchenden, die Verfahren und Abläufe im Hilfesystem geben. Der *WoNET-Datenbericht* ist eine Diskussionsgrundlage für alle beteiligten Institutionen. Vor dem Hintergrund der nackten Zahlen will man ein gemeinsames Leitbild „Wohnungsversorgung“ erarbeiten, das auch Standards für die Wohnungsnotfallhilfe enthält.

Nicht zuletzt ist der *Schutz personenbezogener Daten* unverzichtbar, wenn man über Datenmanagement, Mails und Pools nachdenkt. In Rheine sind schon Projektideen am Datenschutz gescheitert oder mussten verändert werden. Diese Erfahrungen sind jedoch unumgänglich, da die Akteure hier Neuland betreten. Maxime des Projektes ist es, alle Anforderungen des Datenschutzes im Interesse der Klient/-innen einzuhalten. Diese werden deshalb auf die Weitergabe von Daten hingewiesen und können Einspruch erheben. Die Reaktionen auf diese pragmatische Lösung sind durchweg positiv. Für

viele Haushalte war die Ansprache durch WoNET der erste Schritt, ihre Probleme zu lösen.

Das Rad ist nicht neu, aber es dreht sich virtuell

WoNET Rheine hat das Rad der Zusammenarbeit - oder, besser gesagt, der Arbeitsteilung - zwischen sozialer Arbeit, Wohnungsunternehmen und Kommunalverwaltung nicht neu erfunden. *Jeder macht, was er kann* ist auch hier das Motto. Und auch in Rheine sind Kooperationshemmnisse zu überwinden, die darin begründet sind, dass die Akteure unterschiedliche Interessen haben und Verbindlichkeiten möglichst vermeiden. Neu sind jedoch die Mittel, die der alltäglichen Kooperation dienen sollen. Internet und Mail sind bereits zum Handwerkszeug vieler Mitarbeiter/-innen in Wohnungsnotfallhilfe und

Wohnungswirtschaft geworden. Breite Schichten der Bevölkerung nutzen diese Mittel zur Information und Kommunikation. Sie in den Dienst einer schnellen und bedarfsgerechten sozialen Arbeit zu stellen, ohne dabei auszugrenzen, ist Ziel von WoNET. In der dreijährigen Projektlaufzeit wird sich erweisen, ob die Kombination aus Menpower und Medien so effektiv ist, dass die Beteiligten Synergien in der Zusammenarbeit erkennen und dauerhaft nutzen.

(se)

Kontakt:

Ludger Schulten
 Caritasverband Rheine e.V.
 Sozialbüro
 Sadelstraße 13
 48429 Rheine
 Telefon: +49 (0) 59 71 - 8 62-3 33
 E-Mail: schulten@caritas-rheine.de

Wohnungsnotfallhilfe und Internet

WoNET ist nicht das erste Projekt, das die Vorteile des Internets für die Wohnungsnotfallhilfe nutzen will. Am 29. 09. 2004 ging die Seite www.kids-hh.de ans Netz. Die von Sozialarbeiter/-innen der Anlaufstelle für obdachlose Jugendliche (KIDS) in Hamburg in Zusammenarbeit mit einem Diplom-Medienwissenschaftler entwickelte Seite bietet Information für Jugendliche aber auch für Eltern, Freunde von Betroffenen und Wissenschaft. Außerdem soll die Seite obdachlosen Jugendlichen die Möglichkeit geben, „Computerkompetenz“ zu entwickeln. Neben einem frei einsehbaren gibt es auch einen passwortgeschützten Bereich. Dort können die Jugendlichen, die durch die Anlaufstelle betreut werden, beispielsweise per „Hauspost“ miteinander kommunizieren und kostenlose SMS verschicken.

Rundum versorgt – Aufsuchende Krankenpflege als Bindeglied im Hilfesystem für Menschen in Wohnungsnot. Das Beispiel Mülheim a. d. Ruhr

Oft wird den Systemen der Wohnungslosenhilfe und des Gesundheitswesens eine traditionell große Distanz zueinander unterstellt. Dies wird vor allem mit Unterschieden bei der beruflichen Sozialisation, in Kommunikationsstrukturen und Hierarchieebenen erklärt. Durch die prekäre Gesundheitssituation der Klient/-innen und einen zunehmenden Erfolgsdruck in Folge von Effizienzkriterien und mangelnden Ressourcen im Hilfesystem ist die Überwindung der vermeintlichen oder bisweilen auch realen Distanzen aber zwingend notwendig. Von einem Mehr an Kommunikation und Kooperation zwischen den beteiligten Berufsgruppen profitieren alle Seiten. Die Hilfesuchenden erhalten eine bedarfsgerechtere Behandlung und die jeweiligen Institutionen können ihre Ressourcen gewinnbringender einsetzen. In der Schnittstelle zwischen Wohnungslosenhilfe und Gesundheitswesen haben sich mittlerweile einige „Zwitterangebote“ etablieren können. Ein gutes Beispiel dafür ist das Berufsfeld der aufsuchenden Krankenpflege für Menschen in Wohnungsnot. Im NRW-Landesprogramm *Wohnungslosigkeit vermeiden -*

dauerhaftes Wohnen sichern wurden bisher zehn solcher Projekte gefördert. Dabei zeigte sich, dass gezieltes Networking genauso zu den Aufgaben einer Krankenpflegekraft in der Wohnungslosenhilfe gehört, wie Verbände zu wechseln und Medikamente auszuteilen. Bevor dies am Beispiel des Mülheimer Krankenpflegeprojekts praxisnah veranschaulicht wird, zunächst einige Hintergrundinformationen.

Faktoren, die die Gesundheitsversorgung wohnungsloser Menschen erschweren

Menschen ohne festen Wohnsitz leben unter stark gesundheitsgefährdenden Umständen. Sie sind daher besonders auf medizinisch-pflegerische Hilfen angewiesen. Allerdings steht diesem erhöhten Bedarf oftmals kein entsprechendes Hilfeangebot gegenüber. Dies ist zunächst auf strukturelle Versorgungslücken zurückzuführen. Formale Hürden, wie die Klärung des Versichertenstatus bzw. des Kostenträgers vor der Behandlung, verhindern einen einfachen Zugang zum Regelversorgungssystem. Dazu kommen subjektive Ängste und Scham-

gefühle bei den Hilfesuchenden, die negative Erfahrungen im Kontakt zu Ärzt/-innen, Arzthelfer/-innen oder anderen Patient/-innen gemacht haben. Es findet sich daher bei der Zielgruppe auch eine geringe Bereitschaft, ärztliche Hilfe überhaupt aktiv in Anspruch zu nehmen. In vielen Städten bestehen mittlerweile Projekte und Initiativen, die die Verbesserung der medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen über niedrigschwellige Arbeitsansätze zum Ziel haben. Über bestehende Angebote sind viele Hilfesuchende allerdings noch nicht genug informiert. Und selbst wenn, werden diese manchmal nicht in Anspruch genommen, weil sich oft eine Diskrepanz zwischen individueller Krankheitsbewertung/-einschätzung und objektiv feststellbarem Gesundheitszustand - im Sinne „was von selber kommt, geht auch wieder von selber“ - feststellen lässt (vgl. Trabert 1994).

Die besondere Aktualität des Themas – das Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG)

Die Beschäftigung mit Möglichkeiten und Grenzen der medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen erhält

Soziale Lage und Gesundheit

Den Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Gesundheit haben zahlreiche sozial- und naturwissenschaftliche Untersuchungen belegt. Bevölkerungsgruppen mit einem hohen Armutsrisiko, wie Arbeitslose, Alleinerziehende und schließlich Wohnungslose bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen, deren Situation als Extrempol materieller Armut zu sehen ist, haben ein signifikant höheres Erkrankungs- und Mortalitätsrisiko. Einer Studie zu Folge (vgl. Siegrist 1995) besteht bei diesen Gruppen ein 2- bis 3-fach erhöhtes Herzinfarkt- und Schlaganfallrisiko sowie konkrete Zusammenhänge zu speziellen Krebs- und Lebererkrankungen. Magen-Darm-Erkrankungen kommen bei Wohnungslosen etwa 4-mal, Atemwegserkrankungen 8-mal und Haut- sowie Alkoholerkrankungen 10-mal häufiger als in der Wohnbevölkerung vor (vgl. Kunstman 1999). Zudem finden sich auch immer häufiger Verletzungen auf Grund von Unfällen und Gewalttätigkeiten, Infektionskrankheiten und psychiatrische Erkrankungen. Es liegen meist Mehrfacherkrankungen vor; d. h. 60 - 70 % haben mindestens zwei Erkrankungen, etwa 40 % haben drei und mehr Erkrankungen (vgl. Trabert 1994). Effekte zwischen sozialer Lage und Gesundheitssituation lassen sich in zwei Richtungen finden: Wer arm ist, kann sich eine gesunde Lebensführung nicht leisten, wird also eher krank; und wer krank ist, steht in größerer Gefahr arm zu bleiben oder es zu werden.

vor dem Hintergrund des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes erneute Aktualität. Einige Regelungen der Gesundheitsreform sind laut BAG Wohnungslosenhilfe e.V. als sehr bedenklich einzuschätzen. So wird befürchtet, dass sich der Gesundheitszustand wohnungsloser Menschen rapide verschlechtern wird, weil Arztbesuche und Medikamente einfach zu teuer werden und notwendige Behandlungen daher herausgezögert oder ganz aufgegeben werden. Eine Praxisgebühr von 10 € pro Quartal, erhöhte Medikamentenzuzahlungen und eine Budgetierung der Behandlungskosten scheint das mühsam aufgebaute Prinzip der niedrighwelligen, medizinischen Hilfen aus den Angeln zu heben (vgl. Ishorst-Witte, Heise-Luis 2003). Mit der Lebenssituation eines Wohnungslosen lässt sich das im Zuge der Reform propagierte Ziel eines „mündigen und gesundheitsbewussten Patienten“ nur schwer vereinbaren. Anstatt sich mit den Fragen „wie ernähre ich mich am besten?“ oder „wie kann ich meinen Lebensstil gesundheitsbewusster gestalten?“ zu beschäftigen, steht für diese Menschen eher im Vordergrund „wie ernähre ich mich heute überhaupt?“ oder „wo kann ich heute Nacht schlafen?“.

Entgegen den aktuellen politischen Bestrebungen mehr Verantwortung für sich und seine Gesundheit in die Hände

des Einzelnen zu übergeben, muss bei der Gesundheitsversorgung Wohnungsloser zunächst also ein anderer Weg gegangen werden - und das im ganz wörtlichen Sinne.

Aufsuchende medizinische Angebote für wohnungslose Menschen

Im Zuge des NRW-Landesprogramms werden seit 1996 Modellprojekte Aufsuchender Krankenpflege gefördert. Hierdurch konnte in einigen Kommunen eine hygienisch-pflegerische Grundversorgung und Beratung an öffentlichen Treffpunkten, Notschlafstellen sowie in weiteren institutionellen Einrichtungen

der Wohnungslosenhilfe erprobt und dauerhaft installiert werden. Die Verbreitung mobiler Krankenpflegeprojekte hat vor allem dazu geführt, dass die zuständigen Pflegekräfte inzwischen ohne Einsatzanordnung und Aufgabendefinition medizinisch oder sozialarbeiterisch vorgesetzter Stellen agieren können. Sie fungieren jetzt als wichtige Vermittler/-innen zwischen den Angeboten der Wohnungslosenhilfe - bei denen sie größtenteils organisatorisch angebunden sind - und Angeboten der (Regel-)Versorgung des allgemeinen Gesundheits- und Sozialsystems. Der mittlerweile eigenständige Standort innerhalb des Hilfesystems darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Effektivität aufsuchender Krankenpflege ganz maßgeblich mit der Kooperationsbereitschaft und -qualität der anderen Berufsgruppen in der Gesundheitsversorgung, der Wohnungslosenhilfe und auch der kommunalen Verwaltung zusammenhängt.

Aufsuchende Krankenpflege des Diakonischen Werkes in Mülheim an der Ruhr

Wie sich Interdisziplinarität und bereichsübergreifende Arbeit in der Wohnungslosenhilfe praktizieren lassen, wird im Folgenden am Beispiel des Krankenpflegeprojekts beim Diakonischen Werk in Mülheim an der Ruhr vorgestellt. Die Programmgeschäftsstelle traf sich hierfür mit den zentralen Akteuren zu einem gemeinsamen Gespräch im Diakonietreff Auerstraße:

Das Gespräch wird komprimiert wiedergegeben.

Name	Funktion und Institution
Herr Brachat	Leiter der Ambulanten Gefährdetenhilfe / Zentrale Beratungsstelle, Diakonisches Werk
Frau Wilke	Krankenpflegekraft, Diakonisches Werk
Herr Dr. Kleinert	Niedergelassener und zentraler Kontaktarzt des Projekts
Herr Kreisel	Leiter der Abteilung für besondere Sozialaufgaben, Sozialamt, Stadt Mülheim a.d. Ruhr
Herr Sommer	Leiter der Zentralen Wohnungsfachstelle zur Vermeidung von Wohnungsverlusten, Sozialamt, Stadt Mülheim a.d. Ruhr

Tab. 5: Gesprächspartner/-innen in Mülheim a.d.R.

Das Modellprojekt aufsuchender Hilfen zur Krankenpflege wurde von Dezember 2000 bis November 2003 vom Sozialministerium NRW gefördert und vom Institut für Sozialforschung, Praxisberatung und Organisationsentwicklung (iSPO) wissenschaftlich begleitet. Seit Abschluss der Modellprojektphase ist Frau Wilke mit 30 Wochenstunden als fest angestellte Krankenpflegekraft beim Diakonischen Werk beschäftigt. Ihre Arbeit folgt einem somatisch-pflegerischen Ansatz, d. h. Schwerpunkte liegen auf den grund- und behandlungspflegerischen Leistungen. Die Verbesserung der Gesundheitssituation bei den meisten betreuten Klient/-innen sowie damit zusammenhängend finanzielle Einsparpotenziale für die Kommune, die sich auf Grund einer frühzeitigeren und daher weniger kostenintensiven Intervention ergeben, sind laut Herrn Kreisel vom Sozialamt der Stadt Mülheim a.d.Ruhr und Frau Wilke, Krankenpflegekraft beim Diakonischen Werk, eindeutige Ergebnisse der Arbeit.

Während Frau Wilke als Krankenpflegekraft in der ersten Projektphase noch viel Zeit für den oft monatelang dauernden Vertrauensaufbau zum Klientel sowie organisatorische Aspekte und die Suche nach verlässlichen Kooperationspartnern aufwenden musste, steht jetzt die konkrete hygienische bzw. pflegerische Versorgung der Patient/-innen eindeutig im Vordergrund.

Da das gewonnene Vertrauen sowohl bei den Hilfesuchenden als auch den Kooperationspartnern ganz klar an die Person von Frau Wilke gebunden ist, war ihre Festanstellung - finanziert über kommunale und trägereigene Mittel - nach Auslaufen der Förderung ein unbedingtes



Foto: Frau Wilke bei ihrer täglichen Arbeit in der Hygienestation im Diakonietreff Auerstraße

Muss. Die guten Kontakte zu niedergelassenen Ärzt/-innen, hier besonders Herrn Dr. Kleinert, einigen örtlichen Krankenhäusern, soziotherapeutischen Einrichtungen etc., können dadurch auch in Zukunft zum Einsatz kommen.

Vor Frau Wilke war die Beurteilung der gesundheitlichen Verfassung der Hilfesuchenden in der Zentralen Beratungs-

stelle laut Herrn Brachat vom Diakonischen Werk lediglich nach „sozialarbeiterischem Augenmaß“ möglich. Berufsbedingt konnten die Sozialarbeiter/-innen kaum als kompetente Ansprechpartner/-innen hinsichtlich medizinischer Diagnostik und Versorgung fungieren. Obwohl die Ambulante Gefährdetenhilfe schon ein umfassendes Hilfeangebot mit verschiedenen Wohnhilfeeinrichtungen, einer Teestube - neuerdings mit gelernter Krankenhausköchin, die täglich ein leckeres Mittagessen für die Besucher/-innen zaubert - Streetwork, der Zentralen Beratungsstelle und demnächst auch einer Werkstatt zur Beschäftigungsförderung umfasst, zeigte sich im pflegerisch-medizinischen Bereich immer deutlicher ein Versorgungsengpass. Zwar konnten im Notfall Aufgaben wie Wundversorgung oder Begleitung zu Ärzten erfolgen, allerdings immer auf Kosten der Grundaufgaben der Beratungsstelle.

Diakonietreff Auerstraße

Seit Sommer 2003 befindet sich die Ambulante Gefährdetenhilfe / Zentrale Beratungsstelle (ZBS) des Diakonischen Werks im sogenannten Diakonietreff Auerstraße. Hier werden Beratung und Unterstützung für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten gemäß § 72 BSHG angeboten. Die Hilfeangebote umfassen kurzfristige Krisenintervention, kontinuierliche und differenzierte Beratungsleistungen, Hilfen bei der Wiedererlangung von Wohnung und Beschäftigung sowie aufsuchende Beratung und Begleitung im Rahmen von Streetwork. Die Abteilung mit mehreren Einrichtungen und Diensten ist bereits als eng vernetztes Hilfesystem konzipiert. Neben Fachberatung gibt es hier Tagesaufenthalts- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Der Krankenpflegeansatz ist der Abteilung organisatorisch angegliedert.

Im Zuge der Landesförderung aufsuchender Krankenpflege ist in Mülheim inzwischen ein effektive Verbindung dieses Angebots mit den sozialarbeiterischen Leistungen gelungen. Als „ineinandergreifende Bausteine“ wird den komplexen Problemlagen wohnungsloser bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohter Patient/-innen somit ein bedarfsgerechteres Angebot entgegengesetzt.

Dies zeigt sich auch in den oft unbürokratischen und daher schnelleren Wegen, mit denen die Krankenpflegekraft Frau Wilke bei ihrer Arbeit Maßnahmen für den oder die Einzelnen bzw. Einzelne einleiten kann. Nicht ohne Grund lautet daher das Grundsatzziel der Ambulanten Gefährdetenhilfe: „Die auf Gesundheit bezogenen Lebensumstände von Wohnungslosigkeit betroffener Personen in Mülheim in dem Maße zu verbessern, als Maßnahmen pflegerischer und medizinischer Versorgung greifen sowie parallel dazu zuverlässige und zeitnahe Versorgung mit Wohnraum geling“.

Kooperationen als Dreh- und Angelpunkt einer effektiven Arbeit

Um dies letztendlich gewährleisten zu können, sind verlässliche interne und externe Kooperationen notwendig. Als wichtigste Kooperation innerhalb des Diakonischen Werkes ist sicherlich die zum Streetwork zu nennen. Nach Einschätzung von Herrn Brachat vom Diakonischen Werk besteht darin die „partnerschaftlichste Verbindung“ zu Frau Wilkes krankenschwägerischer Arbeit. In der Praxis sieht es so aus, dass z. B. Streetworker/-innen darüber informieren, wenn sie auf Rundgängen pflegebedürftige oder akut kranke Personen antreffen. Streetworker/-innen gehen auch mit Frau Wilke zusammen los oder man verweist auf den jeweils anderen als speziellen Ansprechpartner. Zwischen den übrigen Mitarbeiter/-innen der Zentralen Beratungsstelle und Frau Wilke werden regelmäßig Informationen ausgetauscht, da die pflegerische Versorgung oft von sozialen Beratungsangeboten - und umgekehrt - flankiert wird.

Der sogenannte „Kontaktarzt“ Herr Dr. Kleinert zählt zu den wichtigsten externen Kooperationspartnern. Er ist vor

Die Pflege- und Hygienestation

Die Pflege- und Hygienestation wurde im Juli 2003 in den Räumlichkeiten des Diakonietreffs Auerstraße eröffnet. Sie entstand als Reaktion auf die fehlenden Möglichkeiten zur körperlichen Hygiene der Klient/-innen sowie zur Optimierung der räumlichen und organisatorischen Bedingungen in der Krankenpflege. Es finden sich dort ein Büro für die Krankenpflegekraft, eine Nasszelle und ein Pflege- bzw. Behandlungsraum.



Foto: Frau Wilke im Gespräch mit Herrn Brachat, Abteilungsleiter der ZBS

zwei Jahren von Frau Wilke ins Projekt des Diakonischen Werkes eingebunden worden. Seitdem klappt die Zusammenarbeit nach beiderseitiger Einschätzung sehr gut, was vor allem an der bisher recht informellen und diskreten Vorgehensweise bei den Konsultationen liegt. Zu Anfang einigte man sich meist auf Termine außerhalb der üblichen Sprechzeiten, in denen das Wartezimmer meist leer war. So wurden Schwellenängste der wohnungslosen Patient/-innen verringert und Konflikte mit anderen Patient/-innen, die sich über eine „Wartezimmerunfähigkeit“ dieser Personen beschweren könnten, verhindert. Mittlerweile sind dank einer Pflege- und

Hygieneestation im Diakonietreff Auerstraße „offizielle“ Arztbesuche besser vorzubereiten. Es reicht jetzt meist aus, dass sich Frau Wilke bei Bedarf telefonisch in der Praxis ankündigt, um dann mit ihren Patient/-innen noch in der Sprechstunde unterzukommen. In besonderen Fällen macht Dr. Kleinert Hausbesuche, die aber nach eigener Aussage immer seltener werden, weil „die [Patient/-innen] mittlerweile wissen, wer ich bin, was sie bei mir zu erwarten haben, und dann ist es ein Leichtes sie zu überreden, wiederzukommen.“ Und das ist genau das, was mit dem etwas abstrakten Ziel der „Heranführung an das Regelversorgungssystem“ gemeint ist.

Ein Beispiel: Ein wohnungsloser Klient mit starker Suchtmittelabhängigkeit wird Frau Wilke im Rahmen ihrer aufsuchenden Arbeit bekannt bzw. ihr wird davon im Zuge des Streetworks ihrer Kolleg/-innen berichtet. Wenn es gelingt einen Zugang zu dieser Person zu bekommen und der Vertrauensaufbau stattgefunden hat, kann über Dr. Kleinert eine stationäre Entgiftung in einem kooperierenden Krankenhaus eingeleitet werden. Nach der Entgiftung gäbe es mehrere Möglichkeiten: Aufenthalt in einer soziotherapeutischen Einrichtung, der Rückgriff auf die Wohnhilfeeinrichtungen der Diakonie, Betreutes Wohnen, ein Übergangwohnheim, kurzfristige Unterbringung in einer Notschlafstelle mit sozialpädagogischer Betreuung oder bei Bedarf auch eine Unterbringung in einer Altenpflegeeinrichtung.

Abb. 10: Das Mülheimer Kooperationsmodell

Nur über solche Positiv-Erfahrungen können wohnungslose, kranke Menschen (wieder) lernen, aktiv medizinische und sozialarbeiterische Hilfen in Anspruch zu nehmen. Wenn über einen „Arzt des Vertrauens“ Kontakte zu weiteren Fachärzt/-innen vorbereitet und eingeleitet werden können, erschließen sich nach und nach zusätzliche Anlaufstellen.

Zu weiteren Institutionen und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe und Gesundheitsfürsorge bestehen meist einzelfallbezogene Arbeitsbeziehungen. Frau Wilke, Krankenschwester beim Diakonischen Werk, fungiert hier als wichtiger Knotenpunkt bzw. Brücke, die potentielle Ansprechpartner/-innen findet oder schon kennt und miteinander in Verbindung bringt.

Es bestehen mittlerweile gute Kontakte zu örtlichen Krankenhäusern, Ambulanzen, soziotherapeutischen Einrichtungen, die zum Beispiel nach einer Entgiftung relevant sind, und auch speziellen Altenpflegeheimen. Diese zunächst unabhängig voneinander stehenden Beziehungen können dann zu einem individuellen „Hilfepaket“ zusammen geschnürt werden.

Aber auch auf umgekehrtem Wege zeigen sich Effekte der Vernetzung. Einzelne Krankenhäuser informieren Frau Wilke beispielsweise über wohnungslose Patient/-innen, die noch nicht betreut werden und ermöglichen so ein frühzeitiges Eingreifen und Einleiten von nachgehenden Maßnahmen noch vor der Entlassung. Manchmal klappt es sogar einen Entlassungstermin zu verschieben, wenn noch keine Anschlussversorgung sichergestellt werden konnte. Vom Petrusheim, einer Einrichtung für ältere wohnungs-

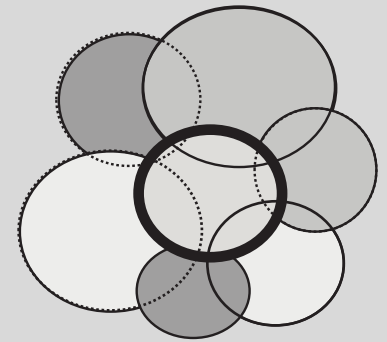
lose Menschen, wird ebenfalls über freie Plätze informiert, womit ein weiteres Glied in der Versorgungskette besteht.

Darüber hinaus ist die Vernetzung mit der seit 1999 bestehenden Zentralen Wohnungsfachstelle der Stadt Mülheim a.d. Ruhr (kurz ZeWo) zu nennen. Hier sind die Berührungspunkte zur krankenschwesterlichen Arbeit von Frau Wilke in Zusammenhang mit der Betreuung der letzten kommunalen Notunterkunft, deren Verwaltung der ZeWo obliegt, zu sehen. Sie bietet dort zweimal wöchentlich eine Pflegesprechstunde an und fungiert nach Einschätzung von Herrn Sommer von der ZeWo, Stadt Mülheim a.d. Ruhr bei Nutzer/-innen immer wieder als „Stein des Anstoßes“, auch über das Medizinische hinaus, um weitere Problemlagen anzugehen.

Die Arbeitsbeziehung ist nicht institutionalisiert, aber man bleibt auch ohne dies im regelmäßigen Informationsaustausch, so die Beteiligten. Man hat sich gegenseitig als kompetente Partner kennen gelernt: Frau Wilke für die pflegerische Grundversorgung, die ZeWo für unterstützende Dienstleistungen im Bereich Wohnvermittlung.

Zwischenresümee: Persönlich, unbürokratisch, flexibel – Kooperationsbeziehungen in Mülheim

Insgesamt lässt sich das Netzwerk zwischen den Akteuren in Mülheim als eher informell und persönlich gebunden charakterisieren, was - wie die Praxis zeigt - nicht von Nachteil ist, zumindest wenn man sich aufeinander verlassen und von einem „eingespielten Team“ sprechen kann. Vielmehr bewirkt die Offenheit des Kooperationsystems mehr Flexibilität.



Hr. Dr. Kleinert (Kontaktarzt): Ich finde das Beispiel am besten. Wir haben ja eine zentrale Stelle, das ist hier die Diakonie. Und wir haben ganz viele Menschen und Angebote drum rum, die sich kümmern und zuarbeiten.

Hr. Sommer (ZeWo, Stadt Mülheim a.d. Ruhr): Beim Netzmodell stehen alle zu sehr im Abstand.

Hr. Brachat (Diakonisches Werk): Bei uns gibt es schon Überschneidungsbereiche, aber die Kreise dürften nicht alle die gleiche Größe haben, weil nicht alle gleichgewichtig sind.

Auf die Frage, wie sich die Zusammenarbeit in Mülheim grafisch am ehesten darstellen ließe, einigte sich die Gesprächsrunde auf das „Blütenmodell“ mit einem klaren Zentrum und Überschneidungen der beigeordneten Kreise. Im Zentrum wird die Diakonie gesehen, um die sich herum, so die Anwesenden, alle Menschen und Angebote ansammeln, die Hilfen für wohnungslose Menschen anbieten und darauf zuarbeiten, ein möglichst passendes Angebot zu stellen. Lediglich die in der Darstellung implizierte Gleichgewichtigkeit durch die gleich großen Kreise wurde in Frage gestellt. Manche Kooperationspartner bzw. Anlaufstellen seien bei der täglichen Arbeit von größerer Bedeutung als andere bzw. würden stärker und öfter genutzt, und müssten daher eigentlich mehr Raum einnehmen. Ausschlaggebend sei aber, so die Anwesenden, dass in dem Modell eine enge Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteuren symbolisiert werde sowie die Diakonie als ein Knotenpunkt dargestellt werden könnte.

Auflösung kommunaler Notunterkünfte in Mülheim:

Zwischen 1997 und 2000 wurden in Mülheim von zehn Obdachlosenunterkünften neun aufgelöst. In dieser Zeit nahmen die Zahlen obdachloser Personen insgesamt von 623 auf 170 Personen ab, was einem Rückgang von 453 abs. bzw. 72,8 % entspricht. Die Reintegration der in den Unterkünften lebenden Bewohner/-innen in den allgemeinen Wohnungsmarkt konnte durch das Zusammenwirken von Wohlfahrtsverbänden und Sozialverwaltung sowie mit Unterstützung durch Mülheimer Wohnungsgesellschaften und private Vermieter/-innen gelingen. Neben fachlicher und materieller Unterstützung bei der Suche nach Wohnraum kamen den ehemaligen Bewohner/-innen vor allem auch die Angebote sozialer Nachbetreuung durch die AWO, den Caritasverband und das Diakonische Werk zu Gute.

Angesichts der bisher wenig institutionalisierten Arbeitsbeziehung ist es für den Kontaktarzt Dr. Kleinert dann auch enorm wichtig, dass die Diakonie im Hintergrund als verlässlicher Partner steht. Wegen der oftmals versicherungsrechtlichen Probleme im Zuge der Leistungsabrechnung bei wohnungslosen Patient/-innen, ist für den niedergelassenen Arzt das Vertrauen in den örtlichen Wohlfahrtsverband ausschlaggebend für eine langfristige Zusammenarbeit. Im Rahmen der eingeführten Praxisgebühr streckt die Diakonie beispielsweise oft die 10 Euro vor. Bei Klient/-innen, für die eine Geldverwaltung besteht, ist das natürlich einfacher, „ansonsten muss auch schon mal der Einzelhilfeeinsatz für solche Ausgaben geplündert werden“. Dies kann auf Dauer natürlich nicht Sinn der Sache sein und behindert wiederum die originäre Arbeit, so Herr Brachat vom Diakonischen Werk. Genauso wie die Tatsache, dass in der Beratungsstelle die Quittungen für einzelne Klient/-innen gesammelt werden müssen, damit das Erreichen der Belastungsgrenze auch belegt werden kann. Das ist aber „wieder ein Zusatzjob, der wertvolle Zeit am Menschen wegnimmt.“

Die Betonung von Personen anstatt Institutionen scheint für die Mülheimer Kooperation charakteristisch zu sein. „Da müssen sich Menschen gegenüber stehen, die voneinander wissen“. Das persönliche Engagement und die Motivation sind es nämlich, die eine effektive Arbeit trotz mancher Hindernisse garantieren. Manchmal gehört eine Portion Kreativität dazu, um Ziele zu erreichen, insofern als „es immer wieder Menschen gibt, mit denen eine Zusammenarbeit undenkbar ist, weil sie einfach nicht gewillt sind mit unserem Klientel zusammenzuarbeiten. Da muss man eben auch mal Umwege gehen, es gibt ja nie nur eine Anlaufstelle“, so Frau Wilke, Krankenpflegerin beim Diakonischen Werk.

Ergebnisse der bisherigen Arbeit

In Person der Krankenpflegerin Frau Wilke konnte eine damalige Schwachstelle im Leistungsangebot der Diakonie behoben und somit die Hilfen zur Gesundheitsversorgung wohnungsloser

Menschen im tragereigenen als auch im lokalen Hilfesystem intensiviert werden. Die Pflege- und Hygienestation als Teil einer Gesamtkonzeption Wohnungslosenhilfe ist dafür nur ein Beweis. Vielmehr gilt es zu wertschätzen, dass durch die Vernetzungsarbeit einerseits und die Vertrauensarbeit bei den Klient/-innen andererseits eine Veränderung in den Köpfen angestoßen werden konnte.

Dazu gehören vor allem die Lernprozesse, dass es sich wirklich auszahlt, wenn man Hand in Hand arbeitet, anstatt die Fälle nur im Sinne von „dann holen sie den jetzt mal schnell ab“ weiterzureichen.

Streetwork und aufsuchende Krankenpflege der Diakonie sind mittlerweile öffentlich bekannt und genießen hohe Akzeptanz. Über die Lenkungsgruppe Innenstadt - bestehend aus Vertretern der Polizei, Ordnungsbehörde, Sozialamt und Gewerbetreibenden -, die sich für mehr Ordnung, Sauberkeit und sozialen Umgang zwischen allen Bürger/-innen einsetzen, gibt es auch erhöhte Aufmerksamkeit zu diesem Thema unter den Geschäftsleuten. Wenn Hilfebedürftige in der Innenstadt auffallen, kommt auch schon mal von diesem Personenkreis der eine oder andere Anruf. Frau Wilkes krankenschwägerische Arbeit ist heute weniger von der wirklich aufsuchenden Struktur gekennzeichnet als zu Beginn. Dies ist als Indikator für ein weiteres Ziel des Gesamtprojekts, nämlich die Senkung von Schwellenängsten beim Klientel, zu sehen. Neue Patient/-innen finden jetzt auch über Mund-zu-Mund-Propaganda zu Frau Wilke. Hiermit wird mehr Zeit gewonnen, die für die konkrete Behandlung der Patient/-innen genutzt werden kann.

Der Blick in die Zukunft

Angesichts schärferer gesellschaftlicher bzw. politischer Rahmenbedingungen, wie die Reformen am Arbeitsmarkt und die Reformulierung des BSHG im neuen SGB XII, sind trotz all dieser positiven Entwicklungen natürlich auch in Mülheim nicht sämtliche Probleme beseitigt. Bei aller Kreativität und großem Engagement der Akteure vor Ort würden Zugeständnisse und ein Modus der Zusammenarbeit mit den Krankenkassen bzw. der Kassenärztlichen Vereinigung viel Arbeit ersparen. Besonders im pflegerischen Bereich würde beispielsweise die Abrechnung nach Modulen, vergleichbar mit der mobilen Alten- und Krankenpflege mancher Wohlfahrtsvereine, eine Erleichterung bringen, so Frau Wilke, Krankenpflegerin beim Diakonischen Werk.

Da hierauf aber kein Einfluss zu nehmen ist, beschränken sich die Wünsche für die nächste Zeit auf kleinere Vorhaben, wie etwa eine wöchentliche Sprechstunde mit dem niedergelassenen Kontaktarzt Dr. Kleinert im Diakonietreff einzurichten. Dann gäbe es auch in Mülheim so etwas wie eine räumliche Verortung der Kooperation, im Sinne von „rundum versorgt in der Auerstraße“.



Foto: Willkommen im Diakonietreff Auerstraße

Maßgeblich für eine erfolgreiche Arbeit wird auf jeden Fall eine dauerhafte Kommunikation und der fruchtbare Austausch zwischen Stadt, Freien Trägern und weiteren beteiligten Institutionen sein. Ganz so, wie es im Rahmen des „Sozialdialogs“ zwischen Stadt und Verbänden praktiziert wird, um das soziale Netz in Mülheim zu erhalten und zukunftsfähig zu machen. „Ich denke wir sind alle darauf angewiesen, uns miteinander zu unterhalten und das wird auch so weitergehen“, so Hr. Brachat vom Diakonischen Werk.

(mr, cc)

Verwendete Quellen:

- Ishorst-Witte, H.L. (2003): Die Auswirkungen des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes (GMG) auf die medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen, in: Wohnungslos 4/2003, S. 117 - 119.
- Kunstmann, W. (1999): Weiterentwicklung des Gesundheitswesens: Leistungsbeiträge zur dauerhaften Sicherung aufsuchender medizinischer Versorgungsformen für Wohnungslose. In: Dokumentation der Fachtagung AG Medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen, Münster 30. 9. - 1. 10. 1999.
- Schwarzenau, Dr. M. (2002): Medizinische Versorgung Wohnungsloser in Deutschland - Wo stehen wir? In: Wohnungslos 1/2001, S. 1 - 6.
- Behnsen, S. (2002) : Vom Luxus der Kommunikation - „Networking“ in Wohnungslosenhilfe und Gesundheitssystem. In: Wohnungslos 1/2002, S. 7 - 15.
- Trabert, G. (o. J.): Armut und Gesundheit am Beispiel Gesundheitsstatus und medizinische Versorgungssituation von alleinstehenden, wohnungslosen Menschen.
- Trabert, G. (1994): Gesundheitssituation (Gesundheitszustand) und Gesundheitsverhalten von alleinstehenden, wohnungslosen Menschen im Kontext ihrer Lebenssituation. Bielefeld, VSH.
- Cleven, W.: Obdachlosensiedlungen endlich aufgelöst. In: Jahrbuch 2001. Mülheim a. d. Ruhr.

Kooperationen zur Vermeidung und Behebung von Wohnungslosigkeit im europäischen Kontext – das EU-Projekt COOP

von Dipl.-Ing. Melanie Kloth, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum GmbH (InWIS)

Das Projekt **COOP Integrierte Kooperationsformen in der Wohnungsbestandspolitik** zielt darauf ab, ein internationales Netzwerk zum Informationsaustausch über Kooperationen zur Wohnversorgung von „Risikogruppen“ aufzubauen. Der Informationsaustausch erfolgt anhand der Diskussion guter Beispiele von Kooperationen in den beteiligten Ländern. Im Folgenden wird das Projekt selbst sowie zwei good practice Beispiele aus Österreich und den Niederlanden vorgestellt.

COOP als Plattform für den Informationsaustausch zwischen Praktiker/-innen

Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, die Beseitigung der sozialen Ausgrenzung und der Armut in den Mitgliedsstaaten zu fördern. Dazu hat sie das Aktionsprogramm zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung aufgelegt. Ein Instrument dieses Aktionsprogramms ist die Förderung des Informationsaustausches und des gegenseitigen Lernens zwischen den Mitgliedstaaten. Das Projekt COOP wird im Rahmen dieses „Transnationalen Programms für den Informationsaustausch“ gefördert.



Abb. 11: Coop Logo

COOP befasst sich mit der Verbesserung der Wohnversorgung von „Risikogruppen“ auf großstädtischen Wohnungsmärkten durch integrierte, kundensorientierte Kooperationsformen. Inhaltlich umfasst dies zum einen die Folgen ungenügender und instabiler Wohnbedingungen („housing stress“) und zum ande-

ren die vollständige Ausgrenzung vom Wohnungsmarkt („housing exclusion“) in Form von Wohnungslosigkeit. In beiden Handlungsfeldern ist ein integrierter Hilfeansatz erforderlich, der neben der reinen Wohnraumversorgung auch soziale Beratung und Betreuung umfasst. Grundannahme von COOP ist, dass die-

ser integrierte Ansatz nur in Kooperation von Akteuren aus den Bereichen Wohnungsanbieter, Soziale Träger und kommunale Verwaltung leistbar ist.

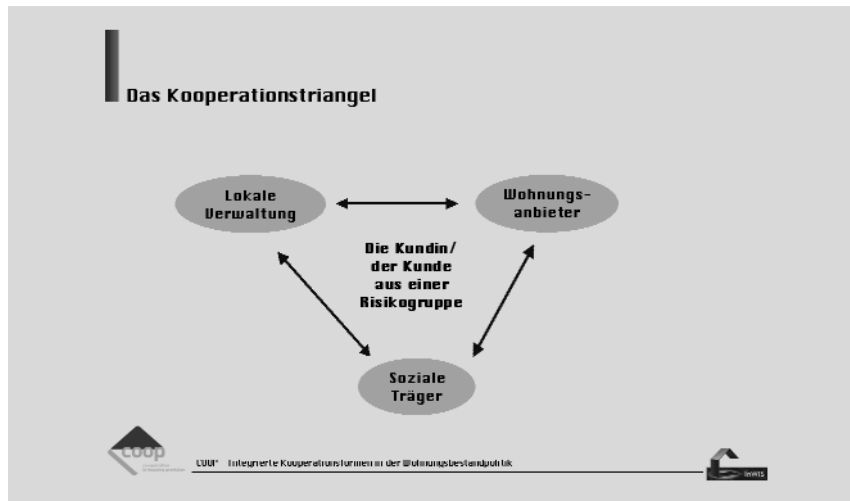
Gegenseitiges Lernen anhand von good practice Beispielen

Ziel von COOP ist es, ein internationales Netzwerk von Praktikerinnen und Praktikern aus diesen drei Akteursbereichen aufzubauen. Neben Deutschland sind Österreich, die Niederlande, Belgien,

Anhand von gemeinsam festgelegten Kriterien haben die einzelnen nationalen Teams Kooperationsformen ausgewählt, die sie in dem jeweiligen lokalen und nationalen Kontext für vorbildlich halten. Diese Beispiele wurden beschrieben und auf ihre Qualitäten hin analysiert. Im Rahmen der Projektmeetings wurden sie dann den internationalen Partner/-innen vorgestellt und - insbesondere im Hinblick auf Impulse für die Praxis in anderen Ländern und ihre Übertragbarkeit - diskutiert.

Im Hannoverschen Projekt „Wohnungsbau für Wohnungslose“ werden Wohnhäuser mit dem Ziel der Vermietung an wohnungslose Personen neu gebaut. Die Soziale Wohnraumhilfe gGmbH (SWH) als sozialer Träger übernimmt dabei die technische Planung und wohnungswirtschaftliche und soziale Entwicklung der Projekte sowie die Einwerbung öffentlicher Fördergelder. Die Wohnungsunternehmen übernehmen als Bauherren die Errichtung der Gebäude und die Kommune stellt öffentliche Fördermittel für den Bau zur Verfügung und trägt später in der Rolle als Sozialhilfeträger die Mietzahlungen für die Mieter/-innen. Nach Fertigstellung der Häuser mietet die SWH die Objekte für die Dauer der - durch die öffentlichen Fördermittel begründeten - Sozialbindungen an und vermietet die Wohnungen an die Zielgruppe. Sie bewirtschaftet die Objekte, übernimmt damit auch die wohnungswirtschaftlichen Risiken und sorgt für die notwendige soziale Betreuung der Mieter/-innen. Der Erfolg dieser Projekte ist durch wissenschaftliche Evaluationen bestätigt worden: 10 Jahre nach Erstbezug wurde für über 70 % der Mietverhältnisse ein positiver Verlauf festgestellt, d.h. die Mieter/-innen wohnten entweder noch in der Wohnung oder waren in eine andere Wohnung umgezogen (vgl. Busch-Gertseema, 2002).

Abb. 12: Das Kooperations-triangiel



Polen und Tschechien an dem Projekt beteiligt. In diesen Ländern haben jeweils Forschungsinstitute als Koordinatoren entsprechende nationale Teams von Praktiker/-innen organisiert. Koordinator in Deutschland ist das Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum GmbH (InWIS). Als „Kern“ des Praxisnetzwerkes wurde aufgrund der langjährigen und erfolgreichen Kooperationserfahrungen die Wohnungsnotfallhilfe in Duisburg ausgewählt. Beteiligt sind hier die Stadt Duisburg, die Diakoniewerk Duisburg GmbH und das kommunale Wohnungsunternehmen GEBAG - Duisburger Gemeinnützige Baugesellschaft AG. Erweitert wird der Kreis durch den Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen (VdW), die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., den Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V. und die Soziale Wohnraumhilfe Hannover gGmbH.

Basis für den Informationsaustausch im Netzwerk sind best bzw. good practice Beispiele aus den beteiligten Ländern.

Deutsche good practice Beispiele aus Duisburg und Hannover

Das deutsche Team hat sich - auch vor dem Hintergrund seiner Zusammensetzung - entschieden, das Duisburger Integrierte Gesamthilfesystem für Wohnungslose und das Projekt „Wohnungsneubau für Wohnungslose“ in Hannover als deutsche good practice Beispiele im Netzwerk zu präsentieren.

Das Duisburger Gesamthilfesystem basiert auf einer Kooperation zwischen dem Diakoniewerk Duisburg und der Kommune sowie verschiedenen ansässigen Wohnungsunternehmen. Es wird im NRW-Landesprogramm *Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern* gefördert. Gemeinsam haben sich die Duisburger Akteure zum Ziel gesetzt, allein stehenden Wohnungslosen eine schnelle, auf den individuellen Bedarf zugeschnittene und integrierte - Wohnraumversorgung, finanzielle Hilfe und soziale Betreuung umfassende - Unterstützung zu geben (s. dazu auch den Artikel von Jürgen Evers und Ekke-Ulf Ruhstrat, GISS, in diesem Heft).

Von den ausländischen Beispielen, die im Rahmen von COOP vorgestellt wurden, sind für die deutsche Situation insbesondere zwei Projekte aus Österreich und den Niederlanden interessant: die Wohndrehscheibe in Wien und die „Local Care Networks“ in Rotterdam.

Die Wohndrehscheibe in Wien – Unterstützung von Zugewanderten bei der Wohnungssuche

Die Wohndrehscheibe ist ein Projekt der Volkshilfe Österreich. Ihr Ziel ist die Verbesserung des Zugangs zum Wohnungsmarkt für Flüchtlinge und Zuwanderer/-innen mit niedrigen Einkommen. Dazu bietet die Wohndrehscheibe Beratung, Unterstützung und soziale Betreuung bei der Wohnungssuche.

Diese gestaltet sich für Zuwanderer/-innen in Wien besonders schwer, da

70 % des Wohnungsbestandes im kommunalen Eigentum und/oder öffentlich gefördert sind und Zugewanderte zu diesen keinen Zugang haben. Weitere Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche sind mangelnde Kenntnisse und Informationen über den Wiener Wohnungsmarkt und die Suche und Anmietung von Wohnungen sowie auftretende Diskriminierungen seitens der Wohnungsanbieter/-innen.

Die Wohndrehscheibe bietet eine breite Bandbreite an Hilfestellungen: von Informationen über den Wohnungsmarkt und über mögliche Wege, eine Wohnung zu finden (Zeitung, Internet, etc.), über spezielle Beratung zu wohnungsbezogenen Themen (z. B. zu Mietverträgen, Verträgen mit Maklern, u. a.), intensive Unterstützung für Analphabeten, Menschen mit psychosozialen Schwierigkeiten und Personen mit Behinderungen bis hin zu Mediationsangeboten in Konfliktsituationen zwischen (potenziellen) Mieter/-innen und Vermieter/-innen. Die Wohndrehscheibe hat 8 Mitarbeiter/-innen, die alle einen unterschiedlichen kulturellen und beruflichen Hintergrund haben. Alle Angebote der Wohndrehscheibe sind in verschiedenen Sprachen verfügbar.

Die Wohndrehscheibe arbeitet mit 80 verschiedenen sozialen Einrichtungen und Trägern in Wien zusammen, die die Zugewanderten gezielt zur Wohndrehscheibe vermitteln. Seit 1997 wurden insgesamt 7.000 Haushalte bei der Wohnungssuche unterstützt. Zusätzlich zu diesen Beratungen konnte für 1.550 Haushalte eine angemessene Wohnung mit unbefristetem Mietvertrag organisiert werden. Finanziert wird das Projekt durch verschiedene Ämter der Stadt Wien. In 2004 wurde die Wohndrehscheibe von der UN HABITAT als best practice anerkannt.

Local Care Networks in Rotterdam – Netzwerke zur Prävention von Wohnungslosigkeit

Die Local Care Networks (Lokale Pflege/Beratungs-Netzwerke) sind ein Zusammenschluss von verschiedenen Hilfs- und Betreuungseinrichtungen im Stadtteil. Diese einzelnen Einrichtungen sind üblicherweise fachspezifisch orga-

nisiert und richten sich an Personen/Haushalte mit speziellen Bedarfslagen. Personen mit einer Vielfalt an Problemen (wie psychosozialen Schwierigkeiten, Krankheiten, finanzielle Engpässe) werden daher zur Lösung der Einzelprobleme zu den verschiedenen Stellen geschickt und sind damit oft völlig überfordert. Die Erfahrung zeigt zudem, dass sich Personen mit multipler Problemlage nur selten von sich aus um Hilfe bemühen. Gerade diese Personen mit multiplen Problemen sind aber besonders von Wohnungslosigkeit bedroht.

Das Ziel der Local Care Networks ist daher, durch aufsuchende Hilfe solchen Personen frühzeitig zu helfen und ihnen einen umfassenden Hilfeplan anzubieten, dessen Koordinierung seitens des Netzwerkes übernommen wird. Wohnungsverluste als weiterer Schritt in der persönlichen Abwärtsspirale sollen auf diese Weise vermieden werden.

Um tatsächlich frühzeitig Hilfe anbieten zu können, greift das Netzwerk die Informationswege der einzelnen Hilfseinrichtungen sowie Hinweise Dritter auf: über ein Telefonportal kann jeder (Nachbarn, Bekannte, ...) Hinweise auf Personen geben, bei denen ein Interventionsbedarf vermutet wird. Im Rahmen dieser Informationsaufnahme gibt es auch Vereinbarungen mit verschiedenen Wohnungsunternehmen. Wenn die Unternehmen Hinweise auf einen Unterstützungsbedarf bei Mieter/-innen erhalten (z. B. über Mietrückstände), wenden sie sich ebenfalls an das Netzwerk. Auf diese Weise kann bereits im Vorfeld von Kündigungen eine aufsuchende und umfassende Hilfe angeboten und Wohnungsverlust vermieden werden.

Über eine Kontaktaufnahme mit den entsprechenden Personen wird der tatsächliche Hilfebedarf festgestellt. Die Lenkungsgruppe des Netzwerkes trifft sich regelmäßig, um neue Fälle zu diskutieren und einen individuellen und integrierten Hilfeplan (inkl. Aufgabenverteilung zwischen den einzelnen Hilfsorganisationen) zu erarbeiten. In vielen Fällen gelingt es dann, die Klient/-innen in das normale Hilfesystem zu vermitteln. Ist dies nicht möglich, bleibt das Netzwerk für die Betreuung zuständig.



Foto: Volkshilfe Österreich

Jedes lokale Netzwerk wird von einem bzw. einer Koordinator/-in betreut. Diese/-r ist beim Gesundheitsamt der Stadt Rotterdam angestellt und sorgt zum einen für das Funktionieren des Netzwerkes und zum anderen auf kommunaler Ebene für den Informations- und Erfahrungsaustausch mit den anderen (insgesamt 21) Local Care Networks in Rotterdam.



Foto: Volkshilfe Österreich

Eine vergleichende Analyse von Stadtquartieren mit und ohne Local Care Network kam zu dem Ergebnis, dass das Betreuungs-/Beratungssystem durch die Netzwerke wesentlich verbessert und die Eskalation von Problemen durch die frühzeitige Kontaktaufnahme und Kooperation der einzelnen Einrichtungen häufig vermieden werden konnte. Ein weiterer Indikator für den Erfolg ist die Zahl der Zwangseinweisungen in psychiatrische Einrichtungen: Im Gegensatz zu Gebieten ohne Local Care Network ist

die Zahl der Zwangseinweisungen in den Stadtquartieren mit Netzwerk im Untersuchungszeitraum nicht gestiegen.

COOP – wie geht es weiter?

Wohndrehscheibe und Local Care Networks sind nur zwei einer Vielzahl von Beispielen aus den verschiedenen Ländern. Wenn COOP Ende nächsten Jahres abgeschlossen wird, soll zum einen eine Sammlung guter Beispiele entstanden sein, die Impulse und

Informationen für die Praxis in Europa bieten soll. Zum anderen werden Empfehlungen vorliegen, welchen Qualitätsstandards Kooperationsprojekte zur Verbesserung der Wohnsituation von „Risikogruppen“ folgen sollten, um nachhaltig für die Zielgruppen wirksam sein zu können.

Für weitere Informationen:

www.inwis.de
melanie.kloth@inwis.de

Verwendete Quelle:

- Busch-Gertseema, Volker (2002): Rehousing homeless people. The case of Soziale Wohnraumhilfe Hannover. A basic analytical evaluation and a follow-up-study of tenants and ex-tenants. Working paper for EURO-HOME-IMPACT Project. Bremen.

Fazit: Hilfe mit System

So vielfältig wie die Trägerlandschaft und die einzelnen Hilfesysteme sind auch die Formen, Anlässe und Intensitäten der Kooperation. Aus den Projekten des NRW-Landesprogramms *Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern* und den dort erprobten Kooperationen erlauben wir uns dennoch, einige grundsätzliche Schlüsse zu ziehen:

- Zufällige Kooperation kann Auslöser für langfristige Verbünde sein. Zusammenarbeit im Einzelfall oder „zufällig“ in Projekten braucht jedoch Kontinuität, um später eventuell mehr zu leisten. Das Motto sollte hier lauten: Kontakt halten. Tradition in der Zusammenarbeit ist oft ein Fundament für neue Verbünde.
- Kooperation erschließt zusätzliche Leistungen und erweitert damit das bekannte Spektrum der einzelnen Akteure. Deshalb ist Kooperation manchmal aber auch Lückenbüßer für fehlende Ressourcen. Die Bündelung der Ressourcen /Kräfte in

Kooperationen bedeutet dann, aus der Not ein Tugend zu machen. Langfristig kann Kooperation die Ressourcenausstattung nur ergänzen, nicht aber ersetzen.

- Kooperation zwingt zur Reflexion der eigenen Position, weil man sich mit anderen Verfahren, Motiven, Freiheiten und Regeln auseinandersetzen muss. Räumliche Nähe von Kooperationspartnern kann inspirierend sein und leuchtet auch der Zielgruppe ein.
- Kooperation lebt zunächst von den kooperierenden Personen, weil Sympathie und Antipathie sowie die Fähigkeit, den anderen zu verstehen wichtige persönliche Voraussetzungen sind. Verträge reduzieren den Personen-Faktor und machen Abläufe verlässlicher. Sie sind unverzichtbar wenn verbindliche Arbeitsabläufe definiert werden sollen.
- Kooperation setzt voraus, dass Informationen ausgetauscht werden. Das vermeintliche Monopol auf Informa-

tion und der Datenschutz setzen der Kooperation Grenzen. Neue schnelle Medien erleichtern den Informationsaustausch, ob sie die Kooperation erleichtern, bleibt offen.

- Kooperationen sollten nicht dazu führen, dass alle beteiligten Akteure in einem „Einheitsbrei“ aufgehen; Kooperationen profitieren von der Vielfalt unterschiedlicher Stärken und Schwächen, Positionen und Sichtweisen, Strategien und Methoden.
- Das unterschiedliche Machtpotenzial von Kooperationspartnern kann zum Problem der Zusammenarbeit werden. Es sollte funktional und bedacht genutzt werden.

Kooperation ist keine Qualität an sich, aber sie kann die Qualität der Angebote für Menschen in Wohnungsnot verbessern. In diesem Sinne hoffen wir, dass die genannten und die vielen unerwähnten Beispiele erfolgreicher Zusammenarbeit eine gute Inspiration für Ihre Praxis sind.

Tagungsberichte

Gemeinsam, statt jeder für sich! Tagung zur Zusammenarbeit in der Stadtteilprävention

Im Juni 2004 fand die Fachtagung: *Gemeinsam, statt jeder für sich!* im Kölner Maternushaus statt. Sie richtete sich an Expert/-innen der Wohnungsnotfallhilfe und Stadtteilarbeit. Ziel der Fachtagung war es, den Dialog über die frühzeitige Bekämpfung sozialräumlicher Ausgrenzung und Benachteiligung interdisziplinär und aktuersübergreifend zu führen. Im Vordergrund stand die Zusammenarbeit von Zentraler Fachstelle und freier Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention.

Die Veranstaltung wurde vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der Stadt Köln und dem Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V. veranstaltet.

Inhalt der Tagung

Eine wissenschaftliche Untersuchung zur Zusammenarbeit von freier Wohlfahrt und Kommune anhand von beispielhafter

Voraussetzungen für eine erfolgreiche Stadtteilprävention, die auch Wohnungsnotfallprävention beinhaltet:

- ein offizieller Auftrag zum Handeln / politische Legitimation,
- ausreichende Ressourcen um auch personelle Kontinuität zu gewährleisten,
- Mitgestaltungsmöglichkeiten in wichtigen Handlungsbereichen wie z. B. Wohnungsbau,
- ein zentrales Koordinationsgremium innerhalb der Verwaltung.

Stadtteilprävention in drei Kölner Stadtteilen bildete die theoretische Basis und gleichzeitig den ersten Teil der Fachtagung. Frau Höbel und Frau Kloth von der InWIS Forschung & Beratung GmbH präsentierten die Ergebnisse ihrer Begleitforschung zu dem für drei Jahre vom Sozialministerium geförderten Modellprojekt.

Ihr Fazit: Die freie Wohlfahrtspflege ist besonders dort stark, wo Stadtteilprävention Arbeit mit den Bewohner/-innen der benachteiligten Quartiere ist. Dies ist der Fall bei der Gemeinwesenarbeit und wenn diese es schafft, die Akteure im Stadtteil zu sensibilisieren. Kommunale Stadtteilprävention hingegen kann gesamtstädtische Lösun-

gen zu Gunsten der Stadtteile erwirken. Sie kann die Akteure aus Wirtschaft und Verwaltung besser ansprechen und verwaltungsinterne Abläufe optimal für den Stadtteil nutzen.

Für ein idealtypisches Modell der kooperativen Stadtteilprävention bedeutet dies: Die freie Wohlfahrtspflege ist nah am Stadtteil dran, ist Brücke und Moderator/-in in der Stadtteilprävention. Die Kommune sollte vor Ort einen Querschnitt ihrer Leistungen bündeln und gleichzeitig Lobbyist/-in sein für die benachteiligten Stadtteile. Die Zentrale Fachstelle, die bereits viele ordnungs-, sozial- und wohnungspolitischen Handlungsfelder bündelt, könnte Trägerin oder Initiatorin der Stadtteilprävention sein.

Beispiele für Stadtteilprävention: Köln, Siegen, Duisburg

Im Verlauf der Tagung folgten vier Praxisbeispiele für Stadtteilprävention; darunter aus den Zentralen Fachstellen in Köln, Duisburg und Siegen. Von den Fachstellen wurde die stadtteilbezogene Prävention in erster Linie als frühzeitige Wohnungsnotfallprävention definiert. Mit Informationsveranstaltungen an Schulen, Stadtteilkonferenzen oder sozialer Infrastruktur im Stadtteil agieren die Zentralen Fachstellen proaktiv in Bezug auf sozialräumliche Ausgrenzung, Segregation, Benachteiligung und eventuell daraus resultierende Wohnungsnotfälle. Sie tun dies, weil sie als Zentrale Fachstelle über die relevanten Informationen und Ressourcen verfügen. Die freie Wohlfahrtspflege ist in vielen Projekten wichtiger Partner der Zentralen Fachstellen.

Das Stichwort Stadtteilprävention

Die Entwicklung benachteiligter Quartiere lässt sich in ganz unterschiedlichen Stadien und Ausprägungen in fast allen Städten in NRW beobachten. In diesen Quartieren lebt es sich schlechter als in der Reststadt, so lautet oft das Stadtteilimage. Die benachteiligten Quartiere sind Adresse u. a. für arme Familien, Alleinerziehende, Migrant/-innen und am Wohnungsmarkt Ausgegrenzte. Günstige Mieten, ein tolerantes Umfeld und Zugangsbarrieren in anderen Stadtteilen tragen dazu bei. Die zunehmende Segregation verstärkt einseitige Bevölkerungsstrukturen und löst weitere Wegzüge aus. Die Wohnungsnotfallhilfe verzeichnet hier oft die meisten Mietrückstände, Räumungsklagen oder über Nacht verlassene Wohnungen.

Die Stadtteile stehen dieser Entwicklung nicht machtlos gegenüber. Bewohnerschaft, Kommunen, freie Wohlfahrtspflege, Wohnungsunternehmen, Vereine, Initiativen und nicht zuletzt Wissenschaft und Politik haben über die Jahre Strategien, Projekte und Fördermittel darauf ausgerichtet, die Lebensverhältnisse in diesen Stadtteilen nachhaltig zu verbessern. Stadtteilarbeit, Gemeinwesenarbeit, Quartiersmanagement oder stadtteilbezogene Prävention unterscheiden sich in ihren Methoden, nicht aber in dem Ziel, die Quartiere zu stärken. In NRW lautet die politische Antwort auf die beschriebene Entwicklung vor allem *Soziale Stadt NRW*. Und auch das NRW-Landesprogramm *Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern* fördert sozialräumlich ausgerichtete Projekte und Zentrale Fachstellen.

Weitere Informationen zum Thema Stadtteilprävention

Die Studie „Gemeinsam für den Stadtteil“ kann kostenlos beim Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, Broschürenstelle, 40190 Düsseldorf, bzw. über das Internet (www.mgsff.nrw.de) angefordert werden.

Die Dokumentation der Fachtagung „Gemeinsam statt jeder für sich“ kann kostenlos beim Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V. Georgstr. 7, 50676 Köln bestellt werden. (michaela.hofmann@caritasnet.de)

Die Dokumentation des vorangegangenen Workshops *Zentrale Fachstelle: Prävention, Wohnraumversorgung und Quartiersmanagement*, der am 18. März 2000 ebenfalls in Köln statt fand, steht als kostenloser Download sowohl auf den Internetseiten des Sozialministeriums als auch der Programmgeschäftsstelle (www.wohnungsnotfallhilfe.nrw.de/infothek/publikationen) zur Verfügung.

Familien in der Stadt – Tagung zum kommunalen Management für eine zukunftsweisende öffentliche Infrastruktur

Im Juni 2004 fand in Essen, Jugendzentrum Papestraße, eine Veranstaltung zum Thema *Familien in der Stadt - Kommunales Management für eine zukunftsweisende öffentliche Infrastruktur* statt. Sie richtete sich in erster Linie an städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Bereichen Bürgerdienste, Jugendämter, Regionalstellen etc. sowie an Mitarbeiter/-innen freier Träger. Die Veranstaltung wurde vom Forum des Städtenetzwerks NRW gemeinsam mit dem Ministerium für Gesundheit, Soziales Frauen und Familie des Landes NRW durchgeführt. Sie eröffnete den interkommunalen Familiendialog.

Inhalte der Tagung

In dem Familiendialog *Familien in der Stadt - Kommunales Management für eine zukunftsweisende öffentliche Infrastruktur* wurde einerseits der aktuelle Stand der Demographieforschung mit Themen wie z. B. Bevölkerungsrückgang, Segregation oder auch die Ausdifferenzierung von Familien-/ bzw. Haushaltsstrukturen dargestellt. Des Weiteren wurde der familienpolitische Umgang mit dieser Entwicklung auf kommunaler Ebene z. B. in Form von sog. Familienzentren und auf Bundesebene z. B. in Form der Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familien“ dargestellt.

Andererseits wurden zukunftsweisende Entwicklungsperspektiven für Familien-einrichtungen anhand von Praxisbeispielen diskutiert. Besonderes Augenmerk lag dabei auf der Rolle der öffentlichen Einrichtungen bei der Stärkung und Weiterentwicklung einer familien-

freundlichen Infrastruktur, den Rahmenbedingungen und Strukturen, die eine erfolgreiche Initiierung lokaler Netzwerke begünstigen und auf den Möglichkeiten, riskante Lebensverhältnisse von Familien im Sozialraum frühzeitig zu erkennen und aufzufangen.

Insbesondere bei letzterem, der frühzeitigen Organisation von Hilfe, bestehen Verknüpfungspunkte mit der Wohnungsnotfallhilfe. Beispielhaft ist hier ein Projekt aus der Stadt Emmerich zu nennen, welches Hilfen in problematischen Wohnverhältnissen anbietet. Ziel ist es, überforderte Familien präventiv aufzusuchen und anzusprechen bevor ihre Wohnverhältnisse ein unerträgliches Ausmaß annehmen. So soll dazu beigetragen werden, dass die Kinder nicht auf Grund der schlechten Wohnverhältnisse wie z. B. Vermüllung aus ihren gewohnten Familienstrukturen herausgenommen und untergebracht werden müssen. Darüber hinaus können durch den frühzeitigen Zugang zu den Familien weitere Hilfen ausgelöst werden, die die Familie in ihrer aktuellen Situation als auch bei der Ursachenbekämpfung ihrer Probleme unterstützen.

Zusätzliche Informationen:

www.netzwerk.nrw.de

Ungleich besser: Vielfalt statt Diskriminierung – Europäische Tagung zur Antidiskriminierung

Im Februar 2004 fand in Bochum die europäische Fachtagung *Ungleich besser: Vielfalt statt Diskriminierung* statt. Thema dieser Veranstaltung war die

Zielgruppen übergreifende (horizontale) Antidiskriminierungsarbeit. Die Veranstaltung richtete sich an Expert/-innen aus Wissenschaft und Praxis, Selbsthilfeorganisationen und Akteure aus dem europäischen Ausland. Die Tagung wurde von Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW (MGSFF), dem Diakonischen Werk Westfalen und dem Landeszentrum für Zuwanderung NRW (LzZ) veranstaltet.

Inhalt der Tagung

Es wurde in einem ersten Themenblock der aktuelle Stand der Antidiskriminierungspolitik sowohl in NRW als auch auf europäischer Ebene dargestellt. In einem zweiten Block wurden dann europäische Praxisbeispiele zur Bekämpfung von Diskriminierung mit Hilfe des horizontalen Ansatzes vorgestellt und diskutiert.

Bei der anschließenden Diskussion stand die Wohnungsnotfallhilfe zwar nicht primär im Vordergrund, dennoch betrifft sie dieses Thema unmittelbar, da Wohnungsnotfälle ebenfalls zu den Zielgruppen gehören, die - nicht nur am Wohnungsmarkt - diskriminiert werden. Darüber hinaus lassen sich bei einigen Wohnungsnotfällen Mehrfachdiskriminierungen z. B. eine allein erziehende Wohnungslose oder ein alkoholabhängiger Wohnungsloser mit ethnischem Hintergrund finden, die dann u. U. mit gebündelten Kräften in der Antidiskriminierungspolitik unterstützt werden würden.

(se, ss, cc)

Zusätzliche Informationen:

www.mgsff.nrw.de

Hinweise und Ausblick

Tab. 6: Neue Projekte im NRW-Landesprogramm

Neue Projekte im NRW-Landesprogramm

Folgende Projekte wurden seit März 2004 in das NRW-Landesprogramm *Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern* aufgenommen:

Arbeitsansatz	Träger	Beginn	Kontakt
2.1 Dienstleistungen zur Wohnraumschließung für Wohnungsnotfälle	Stadt Bielefeld	März 2004	Frau Saurbier Tel.: (05 21) 51 31 89
2.4 Wohnprojektbezogene Begleitung und Beratung	Stadt Bielefeld	April 2004	Herr Fecke Tel.: (05 21) 51 31 89
2.4 Wohnprojektbezogene Begleitung und Beratung	Stadt Löhne	September 2004	Frau Kolbe Frau Rothfuchs Tel.: (0 57 32) 10 03 24

Untersuchung zu Wohnungsnot und Obdachlosigkeit von Frauen in Nordrhein-Westfalen: Bedarfslagen, Hilfen und neue Wege veröffentlicht

Das Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW hat auf seinen Internetseiten www.mgsff.nrw.de die in seinem Auftrag ausgeführte Untersuchung zum Stand der Hilfen für Frauen in Wohnungsnot in NRW veröffentlicht. Die von Frau Dr. Sellach, Frau Huber und Frau Dr. Enders-Drägässer (Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Frauenforschung e.V.) verfasste Studie zeigt die Bedarfslagen von und die Hilfen für Frauen in Wohnungsnot. Besonders interessant: auch die Prävention der Zentralen Fachstellen in NRW wird einem geschlechtsspezifischen Blick unterzogen. Best-Practice-Beispiele aus NRW, Deutschland und dem Ausland geben Impulse für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Hilfen für Frauen.

Europäische Fachtagung Neue Wege bei Wohnungsnot von Frauen am 26. November in Köln

Am Freitag den 26. November 2004 veranstalteten das Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW und die Landesarbeitsgemeinschaft der Öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege in NRW im Kölner Mediapark eine europäische Fachtagung. Das Thema: Neue Wege bei Wohnungsnot und Obdachlosigkeit von Frauen - nordrhein-westfälische Initiativen und europäische Perspektiven. Anhand von guten Beispielen aus Nordrhein-Westfalen und dem europäischen Ausland wurde auf der Veranstaltung der grenzübergreifende Dialog über erfolgreiche Strategien gegen Wohnungsnot und Obdachlosigkeit von Frauen geführt werden.

Zusätzliche Informationen

Die Veröffentlichung zur Tagung kann kostenlos beim Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, Broschürenstelle, 40190 Düsseldorf, bzw. über das Internet (www.mgsff.nrw.de) angefordert werden.

Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. in Berlin vom 21. bis 22. 10. 04

Am 21. und 22. Oktober fand die Bundestagung der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. in Berlin statt. Beherrschendes Thema waren die Reformen auf dem Arbeitsmarkt, in der Sozial- und Gesundheitspolitik mit ihren Auswirkungen auf die Wohnungsnotfallhilfe. Mit einem Festakt wurde außerdem das 50-jährige Bestehen der BAG W gefeiert.





Abb. 7: Website der Programmgeschäftsstelle

Auf dem Markt der Möglichkeiten zum Festakt präsentierte sich auch die Programmgeschäftsstelle (hier Melanie Ratzka und Sofie Eichner v.l.) mit einem Informationsstand.

Neu im Web!

Seit dem 14. 06. 2004 steht unter www.wohnungsnotfallhilfe.nrw.de das aktualisierte Informations- und Beratungsangebot der Programmgeschäftsstelle online zur Verfügung. Auf der Website finden Sie u. a. Informationen zu allen Projekten des NRW-Landesprogramms, alle Ausgaben der Plattform als Download, viele Links und Kontaktadressen rund um das Thema Wohnungsnotfallhilfe.

PG-Personalia

Im Januar bzw. Februar 2005 kehren Mirjam Goerrig und Barbara Paul nach ihrer Elternzeit in das Team der Programmgeschäftsstelle zurück. Melanie Ratzka, die das Team während der

Elternzeit verstärkt hat, verlässt die Programmgeschäftsstelle dann wieder. Auch Marion Küchenmeister, die seit 2001 das Sekretariat der Programmgeschäftsstelle betreut hat, verläßt leider unser Team. Wir danken beiden für die engagierte Zusammenarbeit und wünschen ihnen viel Erfolg für ihren weiteren beruflichen Werdegang.

Die nächste Plattform ...

dreht sich schwerpunktmäßig um das Thema Prävention von Wohnungsverlusten. Damit stellen wir ein Thema in den Mittelpunkt, das an Bedeutung für die Wohnungsnotfallhilfe gewonnen hat. Unterschiedliche Präventionsstrategien, zielgruppenspezifische Projekte und die aktuellen Entwicklungen der Zentralen Fachstellen in NRW werden betrachtet und vorgestellt.

Die bisherigen Schwerpunktthemen der Plattform:

- 1/97: Frauen in Wohnungsnotfällen
- 1/98: Gesundheit und Wohnungslosigkeit

- 2/98: Wohnungsnotfallhilfe (auch!) im Stadtteil
- 3/98: Das Modell Zentrale Fachstelle
- 1/99: Junge Menschen in Wohnungsnotfällen
- 2/99: Wohnraum für Wohnungsnotfälle
- 3/99: Aufsuchende Hilfe- und Beratungsangebote für Wohnungsnotfälle
- 1/00: Stadt ohne Obdach - Zur Auflösung und Umwandlung kommunaler Notunterkünfte
- 1/01: Den Wandel gestalten?! - Hilfen für allein stehende von Wohnungslosigkeit betroffene und bedrohte Männer (vergriffen)
- 2/01: Wege ebnen, Brücken bauen - Aufsuchende Krankenpflege als Teil einer sozialen Medizin für Menschen in Wohnungsnot (vergriffen)
- 1/02: Dokumentation in der Wohnungsnotfallhilfe
- 1/03: Aufsuchende Beratung in der Wohnungsnotfallhilfe
- 1/04: Wohnungsnotfallhilfe für Migrantinnen und Migranten

www.wohnungsnotfallhilfe.nrw.de

Impressum

Plattform wird herausgegeben von der *Programmgeschäftsstelle*. Die Programmgeschäftsstelle ist im Rahmen des vom Sozialministerium des Landes Nordrhein-Westfalen aufgelegten Landesprogramms *Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern* im Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW) eingerichtet worden. Zu den Aufgaben der Programmgeschäftsstelle gehört die Koordination des Landesprogramms, die Beratung aller am Landesprogramm Interessierten und Beteiligten, der Transfer der Erkenntnisse und Erfahrungen aus den Modellprojekten in die Praxis und die Begleitforschung der Modellprojekte.

Satz und Gestaltung

ILS NRW, Tanja Bernhardt

Plattform erscheint entgeltfrei

Mitarbeit an dieser Ausgabe

Stefanie Böhm (sb), Sofie Eichner (se), Melanie Ratzka (mr), Jürgen Evers (Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V.), Melanie Kloth (InWIS Forschung & Beratung GmbH), Martin Weyer (Allbau AG), Ulrich Korber (NEUE ARBEIT der Diakonie Essen gGmbH) unter Mitarbeit von Marion Küchenmeister, Christine Chwalla (cc) und Silke Schlichting (ss). Wir danken außerdem allen Gesprächspartner/-innen für ihren Beitrag.

Redaktionsschluss: 30. 10. 2004

© **ILS NRW,**
Programmgeschäftsstelle

Deutsche Straße 5
44339 Dortmund
Tel.: (02 31) 90 51-1 80
Fax: (02 31) 90 51-1 85
E-Mail: pg@ils.nrw.de

Auflage: 1.500, Dortmund
Ausgabe: 2/2004

